

MEMORIAL

**Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg**

**MEMORIAL**

**Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxembourg**

RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 1093**30 novembre 2001****SOMMAIRE**

Afrivest S.A.H., Luxembourg	52453	Centrobank, Sicav, Luxembourg	52463
Afrivest S.A.H., Luxembourg	52453	D.B.C. S.A.H., Luxembourg	52464
AIG, Sicav, Luxembourg	52428	Europa-Bus A.G., Diekirch	52461
Airventures S.A., Luxembourg	52427	Fiblog Company S.A., Luxembourg	52440
Akila Finance S.A., Luxembourg	52453	Fleming Series II Funds, Sicav, Senningerberg . . .	52459
Alcen S.A., Paris	52451	FRIE S.A., Luxembourg	52441
Aldrine S.A., Luxembourg	52453	Fytosan Air Luxembourg S.A., Luxembourg	52417
Almanzara S.A., Luxembourg	52454	Ikor Investment S.A.H., Luxembourg	52444
Alpha Invest S.A., Luxembourg	52459	Inter Multi Investment, Luxembourg	52460
Alvamonte International S.A., Luxembourg	52454	Ispi S.A.H., Luxembourg	52462
Alvamonte International S.A., Luxembourg	52454	Locafer S.A.H., Luxembourg	52464
AM Generali Fondsstrategie	52418	Lux-Croissance, Sicav, Luxembourg	52461
Anicet Alexandre S.A., Luxembourg	52454	Lux-Equity, Sicav, Luxembourg	52462
Annabelle Holding S.A., Luxembourg	52455	Malabar International Fund	52449
Apone S.A., Luxembourg	52455	Marrie S.A.H., Luxembourg	52463
Argentinian Investment Company, Sicav, Luxembourg	52458	Overseas Media Investments S.A., Luxembourg . . .	52445
Axis Investments S.A., Luxembourg	52451	Rawi S.A.H., Luxembourg	52464
Bali S.A., Luxembourg	52450	Ressordi S.A., Luxembourg	52460
Bali S.A., Luxembourg	52450	Royal Lys Invest S.A., Luxembourg	52455
Bric S.A., Luxembourg	52452	Sparrein Gesellschaft S.A., Luxembourg	52458
Bric S.A., Luxembourg	52452	Transmondia S.A., Luxembourg	52458
Casa Assistance, S.à r.l., Luxembourg	52458	Uniholding S.A., Luxembourg	52460

FYTOSAN AIR LUXEMBOURG S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 33, boulevard du Prince Henri.

DISSOLUTION*Extrait*

Il résulte d'un acte de dissolution, reçu par Maître Emile Schlessler, notaire de résidence à Luxembourg, en date du 14 mai 2001, enregistré à Luxembourg, le 16 mai 2001, vol. 9CS, fol. 15, case 2, que la société anonyme FYTOSAN AIR LUXEMBOURG S.A., avec siège social à L-1724 Luxembourg, 33, boulevard du Prince Henri, a été dissoute, que sa liquidation est close, les livres et documents sociaux étant conservés pendant cinq ans au siège de FIDUCIAIRE DE L'ALLIANCE TMF, S.à r.l.

Pour extrait conforme délivré aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 25 mai 2001.

E. Schlessler.

(33857/227/14) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

AM GENERALI FONDSSTRATEGIE, Fonds Commun de Placement.—
VERWALTUNGSREGLEMENT (Stand: Oktober 2001)**Art. 1. Allgemeines**

AM GENERALI FONDSSTRATEGIE (der «Fonds») ist ein Organismus für gemeinsame Anlagen («OGA») des offenen Typs in der Form eines rechtlich unselbständigen Sondervermögens nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg (fonds commun de placement) bestehend aus Investmentanteilen und sonstigen Vermögenswerten («Fondsvermögen»).

Die AM GENERALI INVEST LUXEMBOURG S.A., eine Aktiengesellschaft nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg, mit Sitz in Luxemburg (die «Verwaltungsgesellschaft») verwaltet den Fonds in eigenem Namen unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung.

Das Vermögen des Fonds, das von der HVB BANQUE LUXEMBOURG SOCIETE ANONYME als Depotbank (die «Depotbank») verwahrt wird, ist von dem Vermögen der Verwaltungsgesellschaft getrennt gehalten.

Die vertraglichen Rechte und Pflichten der Inhaber von Anteilen (die «Anteilinhaber»), der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank sind in diesem Verwaltungsreglement geregelt. Dessen gültige Fassung sowie eventuelle Abänderungen desselben sind im Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg (das «Mémorial») veröffentlicht sowie beim Handelsregister des Bezirksgerichts in Luxemburg hinterlegt und erhältlich.

Der Fonds besteht aus einem oder mehreren Teilfonds im Sinne von Artikel 111 des Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen. Die Gesamtheit der Teilfonds ergibt den Fonds. Jeder Anleger ist am Fonds durch Beteiligung an einem Teilfonds beteiligt.

Jeder Teilfonds gilt im Verhältnis der Anteilinhaber untereinander als eigenständiges Sondervermögen. Die Rechte und Pflichten der Anteilinhaber eines Teilfonds sind von denen der Anteilinhaber der anderen Teilfonds getrennt.

Die Inventarwertberechnung erfolgt separat für jeden Teilfonds nach den in Artikel 9 des Verwaltungsreglements festgesetzten Regeln.

Die im Verwaltungsreglement aufgeführten Anlagebeschränkungen sind auf jeden Teilfonds separat anwendbar.

Das Netto-Fondsvermögen (Fondsvermögen abzüglich der dem Fonds zuzurechnenden Verbindlichkeiten) muss innerhalb von sechs Monaten nach Genehmigung des Fonds den Gegenwert von 50 Millionen Luxemburger Franken erreichen. Hierfür ist auf das Netto-Fondsvermögen des Fonds insgesamt abzustellen, das sich aus der Addition der Netto-Fondsvermögen der Teilfonds ergibt.

Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit neue Teilfonds auflegen. Teilfonds können auf bestimmte Zeit errichtet werden.

Die Anteile (die «Anteile») können sowohl als Namens-, als auch als Inhaberanteile ausgegeben werden. Derzeit erfolgt ausschliesslich die Ausgabe von Inhaberanteilen.

Durch den Kauf eines Anteils erkennt der Anteilinhaber eines Teilfonds den Verkaufsprospekt inkl. Verwaltungsreglement sowie alle ordnungsgemäß genehmigten und veröffentlichten Änderungen derselben an.

Art. 2. Die Verwaltungsgesellschaft

Jedes Teilfondsvermögen wird - vorbehaltlich der Anlagebeschränkungen in Artikel 5 des Verwaltungsreglements - durch die Verwaltungsgesellschaft im eigenen Namen, jedoch ausschließlich im Interesse und für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilinhaber des jeweiligen Teilfonds verwaltet.

Die Verwaltungsbefugnis erstreckt sich namentlich, jedoch nicht ausschließlich, auf den Kauf, den Verkauf, die Zeichnung, den Umtausch und die Übertragung von Investmentanteilen und anderen gesetzlich zulässigen Vermögenswerten und auf die Ausübung aller Rechte, welche unmittelbar oder mittelbar mit den Vermögenswerten des jeweiligen Teilfonds zusammenhängen.

Die Verwaltungsgesellschaft legt die Anlagepolitik jedes Teilfonds unter Berücksichtigung der gesetzlichen und vertraglichen Anlagebeschränkungen fest. Der Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft kann eines oder mehrere seiner Mitglieder und/oder sonstige Personen mit der täglichen Ausführung der Anlagepolitik betrauen.

Die Verwaltungsgesellschaft kann unter eigener Verantwortung einen oder mehrere Anlageberater hinzuziehen.

Die Verwaltungsgesellschaft kann ebenfalls unter eigener Verantwortung generell zugunsten des Fonds Informationsdienste, Beratung und andere Dienstleistungen in Anspruch nehmen.

Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, zu Lasten jedes Teilfondsvermögens das im Verwaltungsreglement und Verkaufsprospekt festgelegte Entgelt zu beanspruchen.

Art. 3. Die Depotbank

Die Bestellung der Depotbank erfolgt durch die Verwaltungsgesellschaft.

Die HVB BANQUE LUXEMBOURG SOCIETE ANONYME, eine Aktiengesellschaft luxemburgischen Rechts mit Sitz in Luxemburg, wurde als Depotbank für die Verwahrung des Vermögens sämtlicher Teilfonds bestellt. Sie ist ermächtigt, sämtliche Bankgeschäfte in Luxemburg zu betreiben.

Die Depotbank oder die Verwaltungsgesellschaft sind jeweils berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit schriftlich mit einer Frist von drei Monaten zu kündigen. Eine Kündigung durch die Verwaltungsgesellschaft setzt voraus, dass eine Bank mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde die Pflichten und Funktionen als Depotbank gemäß dem Verwaltungsreglement übernimmt. Falls eine Kündigung durch die Depotbank erfolgt, wird die Verwaltungsgesellschaft innerhalb von zwei Monaten eine neue Depotbank ernennen, welche die Pflichten und Funktionen als Depotbank gemäß dem Verwaltungsreglement übernimmt. Bis zur Bestellung dieser neuen Depotbank wird die bisherige Depotbank zum Schutz der Interessen der Anteilinhaber ihren Pflichten und Funktionen als Depotbank vollumfänglich nachkommen.

Alle flüssigen Mittel, Investmentanteile und anderen gesetzlich zulässigen Vermögenswerte, welche das Vermögen der jeweiligen Teilfonds darstellen, werden von der Depotbank für die Anteilinhaber der Teilfonds in gesonderten Konten

(die «Sperrkonten») oder Depots (die «Sperrdepots») verwahrt, über die nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Verwaltungsreglements verfügt werden darf. Die Depotbank kann unter ihrer Verantwortung und mit Einverständnis der Verwaltungsgesellschaft andere Banken im Ausland und/oder Wertpapiersammelstellen mit der Verwahrung von Investmentanteilen und anderen gesetzlich zulässigen Vermögenswerten der jeweiligen Teilfonds beauftragen, sofern diese an einer ausländischen Börse zugelassen oder in ausländische organisierte Märkte einbezogen sind oder es sich um sonstige ausländische Vermögensgegenstände handelt, die nur im Ausland lieferbar sind.

Die Depotbank wird entsprechend den Weisungen der Verwaltungsgesellschaft - vorausgesetzt, diese stehen in Übereinstimmung mit dem Verwaltungsreglement, dem Depotbankvertrag, dem jeweils gültigen Verkaufsprospekt und dem Gesetz:

- Anteile des entsprechenden Teilfonds auf die Zeichner gemäß Artikel 6 des Verwaltungsreglements übertragen;
- aus den Sperrkonten den Kaufpreis für Investmentanteile und sonstige gesetzlich zulässige Vermögenswerte zahlen, die für den jeweiligen Teilfonds erworben worden sind;
- Investmentanteile sowie sonstige gesetzlich zulässige Vermögenswerte, die für den jeweiligen Teilfonds verkauft worden sind, gegen Zahlung des Verkaufspreises ausliefern bzw. übertragen;
- den Rücknahmepreis gemäß Artikel 11 des Verwaltungsreglements gegen Ausbuchung der entsprechenden Anteile auszahlen;
- alle Ausschüttungen gemäß Artikel 14 des Verwaltungsreglements auszahlen.

Die Depotbank wird dafür sorgen, dass

- alle Vermögenswerte jedes Teilfonds unverzüglich auf den entsprechenden Sperrkonten bzw. Sperrdepots eingehen sowie eingehende Zahlungen des Ausgabepreises abzüglich des Ausgabeaufschlags und evtl. Steuern und Abgaben unverzüglich auf den Sperrkonten des jeweiligen Teilfonds verbucht werden;
- der Verkauf, die Ausgabe, die Rücknahme, die Auszahlung und die Entwertung der Anteile, die für Rechnung der jeweiligen Teilfonds vorgenommen werden, den gesetzlichen Vorschriften und dem Verwaltungsreglement gemäß erfolgen;
- die Berechnung des Inventarwertes jedes Teilfonds gemäß den gesetzlichen Vorschriften und dem Verwaltungsreglement des Fonds erfolgt;
- börsennotierte Vermögenswerte höchstens zum Tageskurs gekauft und mindestens zum Tageskurs verkauft werden sowie nicht an einer Börse notierte Vermögenswerte zu einem Preis gekauft bzw. verkauft werden, der nicht in einem offensichtlichen Missverhältnis zu ihrem tatsächlichen Wert steht;
- bei allen Geschäften, die sich auf ein Teilfondsvermögen beziehen, der Gegenwert innerhalb der üblichen Fristen zugunsten des entsprechenden Teilfonds bei ihr eingeht;
- die Erträge des jeweiligen Teilfondsvermögens gemäß dem Verwaltungsreglement verwendet werden;
- die gesetzlichen und vertraglichen Beschränkungen bezüglich des Kaufs und Verkaufs von Optionen und Finanzterminkontrakten sowie bezüglich Devisenkursicherungsgeschäften eingehalten werden.

Die Depotbank zahlt der Verwaltungsgesellschaft aus den Sperrkonten eines Teilfonds nur das in dem Verwaltungsreglement und in dem Verkaufsprospekt festgesetzte Entgelt.

Die Depotbank hat jeweils Anspruch auf das ihr nach diesem Verwaltungsreglement und dem Verkaufsprospekt zustehende Entgelt und entnimmt es den gesperrten Konten der jeweiligen Teilfonds nur nach Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft. Die in Artikel 12 dieses Verwaltungsreglements aufgeführten sonstigen, zu Lasten jedes Teilfonds zu zahlenden Kosten bleiben hiervon unberührt.

Soweit gesetzlich zulässig, ist die Depotbank berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen

- Ansprüche der Anteilhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder eine frühere Depotbank geltend zu machen;
- gegen Vollstreckungsmaßnahmen von Dritten Widerspruch zu erheben und vorzugehen, wenn in eines der Teilfondsvermögen wegen eines Anspruchs vollstreckt wird, für den das entsprechende Teilfondsvermögen nicht haftet.

Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen Ansprüche der Anteilhaber gegen die Depotbank geltend zu machen. Dies schließt die Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Depotbank durch die Anteilhaber nicht aus.

Art. 4. Hauptverwaltung

Die Hauptverwaltung des Fonds befindet sich in Luxemburg. Dies beinhaltet u.a.:

- die Buchhaltung des Fonds insgesamt sowie dessen jeweilige Teilfonds wird in Luxemburg geführt und die dazu notwendigen Unterlagen sind in Luxemburg verfügbar;
- die Inventarwerte der jeweiligen Teilfonds werden in Luxemburg errechnet;
- die Ausgabe und die Rücknahme der Anteile erfolgt in Luxemburg;
- die Verkaufsprospekte, die Rechenschaftsberichte sowie alle anderen für die Anteilhaber bestimmten Unterlagen werden in Luxemburg erstellt;
- die Korrespondenz, der Versand der Rechenschaftsberichte und aller anderen für die Anteilhaber bestimmten Unterlagen erfolgt von Luxemburg aus.

Art. 5. Allgemeine Richtlinien für die Anlagepolitik

5.1. Risikostreuung

Der Fonds besteht aus mehreren Teilfonds, deren Vermögen unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung nach den nachfolgend beschriebenen anlagepolitischen Grundsätzen und innerhalb der Anlagebeschränkungen gemäß diesem Artikel des Verwaltungsreglements angelegt wird.

Die einzelnen Teilfonds können sich hinsichtlich der Anlageziele und der Fondsarten, in die investiert werden darf («Zielfonds») sowie hinsichtlich ihrer Gewichtung in Bezug auf die anlagepolitischen Zielsetzungen des Fonds, in die investiert werden soll, unterscheiden.

Für jeden Teilfonds werden nur Anteile an solchen Organismen für gemeinsame Anlagen («OGA») des offenen Typs erworben, soweit deren Anlagepolitik dem Grundsatz der Risikostreuung im Sinne der Regeln für Luxemburger Organismen für gemeinsame Anlagen nach Teil II des Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen («Gesetz vom 30. März 1988») folgt und die in ihrem Ursprungsland einer gesetzlich zum Schutz des Anlegers eingerichteten Investmentaufsicht unterliegen. In diesem Zusammenhang werden die Teilfonds Anteile an OGA aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union («EU»), der Schweiz, Kanada, den USA, Japan, oder Hongkong erwerben.

Der Wert der Zielfondsanteile darf 51% des Wertes des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens nicht unterschreiten. Höchstens 20% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens dürfen in Anteilen eines einzigen Zielfonds angelegt werden. Für den jeweiligen Teilfonds dürfen nicht mehr als 10% der ausgegebenen Anteile des Zielfonds erworben werden. Bei Investmentvermögen, die aus mehreren Teilfonds bestehen (sogenannte Umbrella-Fonds), beziehen sich die in den beiden vorstehenden Sätzen geregelten Anlagegrenzen jeweils auf einen Teilfonds. Dabei darf es nicht zu einer übermäßigen Konzentration des Netto-Teilfondsvermögens auf einen einzigen Umbrella-Fonds kommen. Für den jeweiligen Teilfonds dürfen Anteile an Zielfonds, die mehr als 5% des Wertes ihres Vermögens in Anteilen an anderen Investmentvermögen anlegen dürfen, nur erworben werden, wenn die vom Zielfonds gehaltenen Anteile nach den Vertragsbedingungen des Investmentfonds oder der Satzung der Investmentgesellschaft anstelle von Bankguthaben gehalten werden dürfen. Die Teilfonds dürfen nicht in Future-, Venture Capital- oder Spezialfonds investieren. Für einen Teilfonds werden keine Anteile an OGA erworben, deren Anlagepolitik ihrerseits auf die Anlage in anderen OGA ausgerichtet ist.

5.2. Finanzinstrumente

Die Verwaltungsgesellschaft darf im Rahmen der ordnungsgemäßen Verwaltung für Rechnung des jeweiligen Teilfonds nur mit Absicherungszweck folgende Geschäfte tätigen, die Finanzinstrumente zum Gegenstand haben:

1. Devisenterminkontrakte abschließen sowie Optionsrechte zum Erwerb oder zur Veräußerung von Devisen oder eines Devisenterminkontraktes oder auf Zahlung eines Differenzbetrages, der sich an der Wertentwicklung von Devisen oder eines Devisenterminkontraktes bemisst, einräumen oder erwerben.

2. Optionsrechte im Sinne des vorgenannten Absatzes, deren Optionsbedingungen das Recht auf Zahlung eines Differenzbetrags einräumen, dürfen nur eingesetzt oder erworben werden, wenn die Optionsbedingungen vorsehen, dass

a) der Differenzbetrag zu ermitteln ist als ein Bruchteil, das Einfache oder das Mehrfache (Differenzbetragsmultiplikator) der Differenz zwischen dem

(1) Wert oder Indexstand des Basiswerts zum Ausübungszeitpunkt und dem Basispreis oder dem als Basispreis vereinbarten Indexstand oder

(2) Basispreis oder dem als Basispreis vereinbarten Indexstand und dem Wert oder Indexstand des Basiswerts zum Ausübungszeitpunkt,

b) bei negativem Differenzbetrag eine Zahlung entfällt.

5.3. Notierte und nicht notierte Finanzinstrumente

1. Die Verwaltungsgesellschaft darf Geschäfte tätigen, die zum Handel an einer Börse zugelassene oder in einen anderen organisierten Markt einbezogene Finanzinstrumente zum Gegenstand haben.

2. Geschäfte, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassene oder in einen anderen organisierten Markt einbezogene Finanzinstrumente zum Gegenstand haben, dürfen nur mit geeigneten Kreditinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten auf der Grundlage standardisierter Rahmenverträge getätigt werden.

3. Die im vorgenannten Absatz genannten Geschäfte dürfen mit einem Vertragspartner nur insofern getätigt werden, als der Verkehrswert des Finanzinstrumentes einschließlich des zugunsten des jeweiligen Teilfonds bestehenden Saldos aller Ansprüche aus offenen, bereits mit diesem Vertragspartner für Rechnung des jeweiligen Teilfonds getätigten Geschäften, die ein Finanzinstrument zum Gegenstand haben, 5% des Wertes des jeweiligen Teilfondsvermögens nicht überschreitet. Bei Überschreitung der vorgenannten Grenze darf die Verwaltungsgesellschaft weitere Geschäfte mit diesem Vertragspartner nur tätigen, wenn diese zu einer Verringerung des Saldos führen. Überschreitet der Saldo aller Ansprüche aus offenen, mit dem Vertragspartner für Rechnung des jeweiligen Teilfonds getätigten Geschäften, die Finanzinstrumente zum Gegenstand haben, 10% des Wertes des jeweiligen Teilfondsvermögens, so hat die Verwaltungsgesellschaft unter Wahrung der Interessen der Anteilhaber unverzüglich diese Grenze wieder einzuhalten. Konzernunternehmen gelten als ein Vertragspartner.

5.4. Devisenterminkontrakte und Optionsrechte auf Devisen und Devisenterminkontrakte mit Absicherungszweck

1. Die Verwaltungsgesellschaft darf nur zur Währungskurssicherung von in Fremdwährung gehaltenen Vermögensgegenständen für Rechnung des jeweiligen Teilfonds Devisenterminkontrakte verkaufen sowie nur Verkaufsoptionsrechte auf Devisen oder Verkaufsoptionsrechte auf Devisenterminkontrakte erwerben, die auf dieselbe Währung lauten.

2. Eine indirekte Absicherung über eine dritte Währung ist unter Verwendung von Devisenterminkontrakten nur zulässig, wenn sie zum Zeitpunkt des Abschlusses dem gleichen wirtschaftlichen Ergebnis wie bei einer Direktabsicherung entspricht und gegenüber einer Direktabsicherung keine höheren Kosten entstehen.

3. Devisenterminkontrakte und Kaufoptionsrechte auf Devisen und Devisenterminkontrakte dürfen im Falle schwerwiegender Verpflichtungsgeschäfte nur erworben werden, soweit sie zur Erfüllung des Geschäftes benötigt werden.

4. Die Verwaltungsgesellschaft wird von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen, wenn und soweit sie dies im Interesse der Anteilhaber für geboten hält.

5.5. Flüssige Mittel

Der jeweilige Teilfonds kann flüssige Mittel in Form von Barguthaben und regelmäßig gehandelten Geldmarktinstrumenten in Höhe von bis zu maximal 49% seines Netto-Teilfondsvermögens halten oder als Festgelder anlegen. Diese sollen grundsätzlich akzessorischen Charakter haben. Die Geldmarktinstrumente dürfen im Zeitpunkt des Erwerbs für den jeweiligen Teilfonds eine Restlaufzeit von höchstens 12 Monaten haben.

5.6. Weitere Anlagerichtlinien

Wertpapierleerverkäufe oder der Verkauf von Call-Optionen auf Vermögensgegenstände, welche nicht zum Fondsvermögen gehören, sind nicht zulässig.

Das Fondsvermögen darf nicht zur festen Übernahme von Wertpapieren benutzt werden.

Der Fonds wird nicht in Wertpapiere investieren, die eine unbegrenzte Haftung zum Gegenstand haben.

Das Fondsvermögen darf nicht in Immobilien, Edelmetallen, Edelmetallkontrakten, Waren oder Warenkontrakten angelegt werden.

Die Verwaltungsgesellschaft kann mit Einverständnis der Depotbank weitere Anlagebeschränkungen vornehmen, um den Bedingungen in jenen Ländern zu entsprechen, in denen Anteile vertrieben werden sollen.

Unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung gemäß Artikel 5, Punkt 5.1. des Verwaltungsreglements dürfen je Teilfonds bis zu 100% ausländische Investmentanteile für das jeweilige Netto-Teilfondsvermögen aus Staaten der Europäischen Union, der Schweiz, der USA, Kanada, Japan und Hongkong erworben werden.

5.7. Kredite und Belastungsverbote

Das Fondsvermögen darf nicht verpfändet oder sonst belastet, zur Sicherung übereignet oder zur Sicherheit abgetreten werden, es sei denn, es handelt sich um Kreditaufnahmen im Sinne der nachstehenden Ziffer a).

a) Kredite zu Lasten des Teilfonds dürfen nur kurzfristig und bis zur Höhe von 10% des Netto-Teilfondsvermögens aufgenommen werden, sofern die Depotbank der Kreditaufnahme und deren Bedingungen zustimmt.

b) Zu Lasten des Fondsvermögens dürfen weder Kredite gewährt noch für Dritte Bürgschaftsverpflichtungen eingegangen werden.

Art. 6. Ausgabe von Anteilen

Jede natürliche oder juristische Person kann vorbehaltlich Artikel 7 des Verwaltungsreglements durch Zeichnung und Zahlung des Ausgabepreises Anteile eines Teilfonds erwerben.

Die Anträge auf Ausgabe der Anteile können an jedem Tag, an dem die Banken in Luxemburg und München gewöhnlich geöffnet sind («Bankarbeitstag» oder im Folgenden auch «Bewertungstag» genannt), bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank oder allen Zahlstellen eingereicht werden. Anteile werden an jedem Bankarbeitstag zu einem Ausgabepreis ausgegeben, welcher dem Nettoinventarwert pro Anteil zuzüglich eines etwaigen Ausgabeaufschlages, dessen maximale Höhe im Verkaufsprospekt festgelegt ist, entspricht. Für alle Zeichnungen, die bei der Verwaltungsgesellschaft an einem Bankarbeitstag eingehen, gilt der am nächsten Bewertungstag (wie in Artikel 9 des Verwaltungsreglements definiert) ermittelte Ausgabepreis.

Der Ausgabepreis ist innerhalb von drei Bankarbeitstagen nach Eingang des Zeichnungsantrages (unter Einschluss des Tages des Eingangs des Zeichnungsantrages) bei der Verwaltungsgesellschaft oder einer der im Verkaufsprospekt aufgeführten Zahlstellen in der Fondswährung des betreffenden Teilfonds, welche im Verkaufsprospekt festgelegt ist, zahlbar.

Die Anteile werden unverzüglich nach Eingang des Ausgabepreises bei der Depotbank im Auftrag der Verwaltungsgesellschaft von der Depotbank zugeteilt und unverzüglich in entsprechender Höhe auf die Käufer übertragen.

Alle ausgegebenen Anteile eines Teilfonds haben gleiche Rechte.

Falls die Gesetze eines Landes niedrigere Ausgabeaufschläge vorschreiben, kann (können) die in jenem Land beauftragte(n) Vertriebsstelle(n) (die «Vertriebsstellen») die Anteile mit dem dort höchstzulässigen Ausgabeaufschlag verkaufen. Der Ausgabepreis kann sich um Stempelgebühren oder andere Belastungen, die in verschiedenen Ländern anfallen, in denen Anteile verkauft werden, erhöhen.

Soweit Ausschüttungs- und/oder Rücknahmepreisbeträge eines Teilfonds unmittelbar zum Erwerb von Anteilen eines anderen Teilfonds verwendet werden, kann ein von der Verwaltungsgesellschaft festgelegter Wiederanlagerabatt gewährt werden.

Sparpläne werden angeboten. Im Falle von Sparplänen wird höchstens ein Drittel von jeder der für das erste Jahr vereinbarten Zahlungen für die Deckung von Kosten verwendet und die restlichen Kosten auf alle späteren Zahlungen gleichmäßig verteilt.

Art. 7. Beschränkungen der Ausgabe von Anteilen

Die Verwaltungsgesellschaft hat bei der Ausgabe von Anteilen eines Teilfonds die Gesetze und Vorschriften aller Länder, in welchen Anteile angeboten werden, zu beachten. Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit aus eigenem Ermessen einen Zeichnungsantrag zurückweisen oder die Ausgabe von Anteilen zeitweilig beschränken, aussetzen oder endgültig einstellen, wenn es sich bei den Käufern um natürliche oder juristische Personen handelt, die in bestimmten Ländern oder Gebieten wohnhaft oder eingetragen sind. Die Verwaltungsgesellschaft kann auch natürliche oder juristische Personen vom Erwerb von Anteilen ausschließen, falls eine solche Maßnahme zum Schutz der Anteilhaber eines Teilfonds oder des Fonds selbst notwendig werden sollte. Weiterhin kann die Verwaltungsgesellschaft:

(a) aus eigenem Ermessen jeden Zeichnungsantrag auf Erwerb von Anteilen zurückweisen;

(b) jederzeit Anteile gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückkaufen, die von Anteilhabern gehalten werden, welche vom Erwerb oder Besitz von Anteilen ausgeschlossen sind.

Eingehende Zahlungen auf nicht unverzüglich ausgeführte Zeichnungsanträge werden von der Depotbank ohne Zinsen umgehend zurückgezahlt.

Art. 8. Anteilzertifikate

Die Anteile werden in Globalzertifikaten verbrieft. Ein Anspruch auf die Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht.

Art. 9. Berechnung des Inventarwertes

Das Netto-Fondsvermögen des Fonds lautet auf Euro. Der Wert eines Anteils («Inventarwert») lautet auf die im Verkaufsprospekt festgelegte Währung, in welcher der jeweilige Teilfonds aufgelegt wird («Teilfondswährung»). Der Inventarwert pro Anteil wird in Luxemburg an jedem Bewertungstag unter Aufsicht der Depotbank bewertet.

Die Berechnung erfolgt durch Teilung des Nettovermögens eines Teilfonds durch die Zahl der sich zum Zeitpunkt der jeweiligen Berechnung im Umlauf befindlichen Anteile dieses Teilfonds.

Das Netto-Teilfondsvermögen wird nach folgenden Grundsätzen berechnet:

a) Wertpapiere bzw. Geldmarktinstrumente, die an einer Börse amtlich notiert sind, werden zum letzten verfügbaren bezahlten Kurs bewertet.

b) Wertpapiere bzw. Geldmarktinstrumente, die nicht an einer Börse notiert sind, die aber an einem anderen geregelten, anerkannten Markt gehandelt werden, werden zu dem Kurs bewertet, der nicht geringer als der Geldkurs und nicht höher als der Briefkurs zur Zeit der Bewertung sein darf und den die Verwaltungsgesellschaft für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Wertpapiere bzw. Geldmarktinstrumente verkauft werden können.

c) Wertpapiere bzw. Geldmarktinstrumente, die weder an einer Börse amtlich notiert, noch an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden, können zu ihrem jeweiligen Verkehrswert, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfaren Bewertungsregeln festlegt, bewertet werden.

d) Optionen werden grundsätzlich zu den letzten verfügbaren Börsenkursen bzw. Maklerpreisen bewertet. Sofern ein Bewertungstag gleichzeitig Abrechnungstag einer Option ist, erfolgt die Bewertung der entsprechenden Option zu ihrem jeweiligen Schlussabrechnungspreis («settlement price»).

e) Anteile an Organismen für gemeinsame Anlagen werden zu ihrem letzten festgestellten und erhältlichen Inventarwert, ggf. unter Berücksichtigung einer Rücknahmegebühr, bewertet.

f) Die flüssigen Mittel werden zu deren Nennwert zuzüglich anteiliger Zinsen bewertet. Festgelder mit einer Ursprungslaufzeit von mehr als 30 Tagen können zu dem jeweiligen Renditekurs bewertet werden, vorausgesetzt, ein entsprechender Vertrag zwischen dem Finanzinstitut, welches die Festgelder verwahrt, und der Verwaltungsgesellschaft sieht vor, dass diese Festgelder zu jeder Zeit kündbar sind und dass im Falle einer Kündigung ihr Realisierungswert diesem Renditekurs entspricht.

g) Die auf Wertpapiere bzw. Geldmarktinstrumente entfallenden anteiligen Zinsen werden mit einbezogen, soweit sie sich nicht im Kurswert ausdrücken.

h) Alle nicht auf die jeweilige Teilfondswährung lautenden Vermögenswerte werden zum letzten verfügbaren Devisenmittelkurs in die betreffende Teilfondswährung umgerechnet.

Falls außergewöhnliche Umstände eintreten, welche die Bewertung gemäß den oben aufgeführten Kriterien unmöglich oder unsachgerecht werden lassen, ist die Verwaltungsgesellschaft ermächtigt, zeitweilig andere von ihr nach Treu und Glauben festgelegte, allgemein anerkannte und von Wirtschaftsprüfern nachprüfbare Bewertungsregeln zu befolgen, um eine sachgerechte Bewertung des Fondsvermögens zu erreichen.

Die Verwaltungsgesellschaft kann bei umfangreichen Rücknahmeanträgen, die nicht aus den liquiden Mitteln und zulässigen Kreditaufnahmen des jeweiligen Teilfonds befriedigt werden können, nach vorheriger Zustimmung durch die Depotbank den Inventarwert bestimmen, indem sie dabei die Kurse des Tages zugrundelegt, an dem sie für den entsprechenden Teilfonds die Vermögenswerte tatsächlich verkauft, die je nach Lage verkauft werden müssen. In diesem Falle wird für gleichzeitig eingereichte Zeichnungs- und Rücknahmeanträge dieselbe Berechnungsweise angewandt.

Art. 10. Einstellung der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen und der Berechnung des Inventarwertes

Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, die Berechnung des Anteilwertes sowie die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen zeitweilig einzustellen, wenn und solange Umstände vorliegen, die diese Einstellung erforderlich machen, und wenn die Einstellung unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber gerechtfertigt ist, insbesondere

a) während der Zeit, in der die Rücknahmepreise eines erheblichen Teils der Investmentanteile im Dachfonds nicht verfügbar sind;

b) in Notlagen, wenn die Verwaltungsgesellschaft über Fondsanlagen nicht verfügen kann oder es ihr unmöglich ist, den Gegenwert der Anlagekäufe oder -verkäufe frei zu transferieren oder die Berechnung des Anteilwertes ordnungsgemäß durchzuführen;

Anleger, die ihre Anteile zum Rückkauf angeboten haben, werden von einer Einstellung der Anteilwertberechnung umgehend benachrichtigt und nach Wiederaufnahme der Anteilwertberechnung unverzüglich davon in Kenntnis gesetzt.

Art. 11. Rücknahme und Umtausch von Anteilen

Die Anteilinhaber sind berechtigt, an jedem Bankarbeitstag die Anträge auf Rücknahme ihrer Anteile bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank oder den Zahlstellen einzureichen.

Für Rücknahmeanträge, die an einem Bankarbeitstag in Luxemburg bei der Verwaltungsgesellschaft eingehen, gilt der am nächsten Bewertungstag (wie in Art. 9 des Verwaltungsreglements definiert) ermittelte Rücknahmepreis je Anteil.

Die Zahlung des Rücknahmepreises erfolgt innerhalb von drei Bankarbeitstagen nach Eingang des Rücknahmeantrages (unter Einbeziehung des Tages des Eingangs des Rücknahmeantrages) bei der Verwaltungsgesellschaft oder einer der im Verkaufsprospekt aufgeführten Zahlstellen.

Die Verwaltungsgesellschaft ist nach vorheriger Zustimmung durch die Depotbank berechtigt, umfangreiche Rücknahmen erst zu tätigen, nachdem entsprechende Vermögenswerte des betreffenden Teilfonds ohne Verzögerung verkauft wurden. In diesem Falle erfolgt die Rücknahme gemäß den Bestimmungen des letzten Absatzes von Artikel 9 des Verwaltungsreglements zum dann geltenden Inventarwert.

Der Rücknahmepreis wird in der Fondswährung des jeweiligen Teilfonds vergütet. Mit der Auszahlung des Rücknahmepreises erlischt der entsprechende Anteil.

Anleger, die ihre Anteile zum Rückkauf angeboten haben, werden von einer Einstellung der Inventarwertberechnung gemäß Artikel 10 des Verwaltungsreglements umgehend benachrichtigt und nach Wiederaufnahme der Inventarwertberechnung unverzüglich davon in Kenntnis gesetzt.

Die Depotbank ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, wie keine gesetzlichen Bestimmungen, z. B. devisenrechtliche Vorschriften, oder andere von der Depotbank nicht beeinflussbare Umstände, die Überweisung des Rücknahmepreises in das Land des Antragstellers verbieten oder einschränken.

Der Anteilinhaber kann an jedem Bankarbeitstag den Antrag auf vollständigen oder teilweisen Umtausch seiner Anteile in solche eines anderen Teilfonds bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank sowie bei jeder Zahlstelle einreichen. Für Umtauschanträge, die an einem Bankarbeitstag bei der Verwaltungsgesellschaft eingehen, gilt der am nächsten Bewertungstag (wie in Artikel 9 des Verwaltungsreglements) ermittelte Umtauschpreis je Anteil.

Hierfür kann gegebenenfalls eine Umtauschgebühr, deren maximale Höhe im Verkaufsprospekt beschrieben wird, erhoben werden.

Art. 12. Kosten

Jeder Teilfonds trägt folgende Kosten, soweit sie im Zusammenhang mit seinem Vermögen entstehen:

- alle Steuern, die auf das Vermögen, dessen Erträge und Aufwendungen zu Lasten des entsprechenden Teilfonds erhoben werden;

- eine jährliche Verwaltungsvergütung zugunsten der Verwaltungsgesellschaft von bis zu 2,00% p.a. und eine jährliche Depotbankvergütung zugunsten der Depotbank von bis zu 0,10% p.a., deren Höhe für den jeweiligen Teilfonds im Verkaufsprospekt bestimmt wird, deren Berechnung täglich auf Basis des Nettofondsvermögens des jeweiligen Teilfonds zum vorangegangenen Bewertungstag erfolgt und die monatlich nachträglich zahlbar sind.

Die Verwaltungsgesellschaft darf den einzelnen Teilfonds keine Verwaltungsvergütung für die erworbenen Anteile berechnen, wenn das betreffende Vermögen von ihr oder einer anderen Gesellschaft verwaltet wird, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist.

- übliche Courtage und Bankgebühren insbesondere Effektenprovisionen, die für Geschäfte mit Investmentanteilen und sonstigen Vermögenswerten des entsprechenden Teilfondsvermögens sowie mit Währungs- und Wertpapiersicherungsgeschäften anfallen;

- Kosten für Rechtsberatung, die der Verwaltungsgesellschaft oder der Depotbank entstehen, wenn sie im Interesse der Anteilinhaber des entsprechenden Teilfonds handeln;

- die Honorare der Wirtschaftsprüfer;

- die Kosten der Vorbereitung und Erstellung sowie der Hinterlegung und Veröffentlichung des Verwaltungsreglements sowie anderer Dokumente, die den entsprechenden Teilfonds betreffen, einschließlich Anmeldungen zur Registrierung, Prospekte oder schriftliche Erläuterungen bei sämtlichen Aufsichtsbehörden und Börsen (einschließlich örtlichen Wertpapierhändlervereinigungen), welche im Zusammenhang mit dem Teilfonds oder dem Anbieten der Anteile vorgenommen werden müssen;

- die banküblichen Gebühren ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Investmentanteile im Ausland;

- die Druck- und Vertriebskosten der Jahres- und Halbjahresberichte für die Anteilinhaber in allen notwendigen Sprachen, sowie Druck- und Vertriebskosten von sämtlichen weiteren Berichten und Dokumenten, welche gemäß den anwendbaren Gesetzen oder Verordnungen der genannten Behörden notwendig sind;

- die Kosten der für die Anteilinhaber bestimmten Veröffentlichungen;

- die Gebühren der Repräsentanten im Ausland;

- die Kosten für die Werbung und solche, welche direkt im Zusammenhang mit dem Anbieten und Verkauf von Anteilen anfallen;

- sämtliche Verwaltungsgebühren;

- sämtliche Kosten, die im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögenswerten stehen mit Ausnahme von Ausgabeaufschlägen und Rücknahmeabschlägen bei Anteilen von Zielfonds, die von der Verwaltungsgesellschaft selbst oder von einer anderen Gesellschaft, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, verwaltet werden.

Alle Kosten und Entgelte werden zuerst den laufenden Erträgen, dann den Netto-Kapitalgewinnen und zuletzt dem jeweiligen Teilfondsvermögen angerechnet.

Das Vermögen des Fonds haftet insgesamt für alle vom Fonds zu tragenden Kosten. Jedoch werden diese Kosten einem einzelnen Teilfonds gesondert berechnet, soweit sie ihn allein betreffen; im Übrigen werden diese Kosten den einzelnen Teilfonds im Verhältnis ihres Netto-Fondsvermögens anteilig belastet.

Die Gründungskosten, die sich auf ungefähr 75.000,- Euro belaufen, werden zunächst von der Verwaltungsgesellschaft getragen und dann über einen Zeitraum, der sich über das erste Geschäftsjahr erstreckt, von den jeweiligen Teilfondsvermögen anteilmäßig durch die Verwaltungsgesellschaft in Rechnung gestellt.

Die jährlichen, nicht einzeln bezifferbaren Kosten eines jeden Teilfonds werden im jeweiligen Anhang des Verkaufsprospekts aufgeführt.

Die Anlage in Zielfonds, welche durch die Verwaltungsgesellschaft selbst oder durch eine andere Gesellschaft, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, verwaltet werden, erfolgt zum Anteilwert der jeweiligen Zielfonds ohne Ausgabeaufschlag. Die Veräußerung von Anteilen an entsprechenden Zielfonds erfolgt ohne Rücknahmeabschläge.

Art. 13. Rechnungsjahr und Revision

Das Rechnungsjahr des Fonds beginnt am 1. Januar eines jeden Jahres und endet am 31. Dezember des darauffolgenden Jahres.

Die Bücher der Verwaltungsgesellschaft und jedes Teilfondsvermögen werden durch einen in Luxemburg zugelassenen Wirtschaftsprüfer kontrolliert, der von der Verwaltungsgesellschaft bestellt wird.

Art. 14. Ausschüttungspolitik

Unbeschadet einer anderweitigen Regelung im Verkaufsprospekt beabsichtigt die Verwaltungsgesellschaft, jedes Jahr den überwiegenden Teil der ordentlichen Nettoerträge der jeweiligen Teilfonds auszuschütten und diese nach Ab-

schluss des Geschäftsjahres auszuzahlen. Als ordentliche Nettoerträge der jeweiligen Teilfonds gelten vereinnahmte Erträge aus Investmentanteilen und Zinsen abzüglich der allgemeinen Kosten.

Daneben können die realisierten Kapitalgewinne zur Ausschüttung kommen. Ferner können die nicht realisierten Werterhöhungen sowie Kapitalgewinne aus den Vorjahren zur Ausschüttung gelangen. Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Anteile ausbezahlt.

Ein Ertragsausgleich wird vorgenommen.

Art. 15. Änderungen des Verwaltungsreglements

Die Verwaltungsgesellschaft kann mit Zustimmung der Depotbank das Verwaltungsreglement im Interesse der Anteilhaber jederzeit ganz oder teilweise ändern.

Änderungen des Verwaltungsreglements werden im Mémorial veröffentlicht und treten am Tage ihrer Hinterlegung beim Handels- und Gesellschaftsregister des Bezirksgerichts Luxemburg in Kraft. Die Verwaltungsgesellschaft kann weitere Veröffentlichungen analog Artikel 16 Absatz 1 des Verwaltungsreglements veranlassen.

Art. 16. Veröffentlichungen

Der Ausgabepreis und der Rücknahmepreis eines jeden Teilfonds sind jeweils bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, den Zahlstellen und den Vertriebsstellen verfügbar und werden, falls gesetzlich erforderlich oder von der Verwaltungsgesellschaft so bestimmt, jeweils in einer von der Verwaltungsgesellschaft bestimmten Zeitung jener Länder veröffentlicht, in denen die Anteile öffentlich vertrieben werden.

Spätestens 4 Monate nach Abschluss eines jeden Geschäftsjahres des Fonds wird die Verwaltungsgesellschaft den Anteilhabern einen geprüften Jahresbericht zur Verfügung stellen, der Auskunft gibt über sämtliche Teilfondsvermögen, deren Verwaltung und die erzielten Resultate. Spätestens 2 Monate nach Ende der ersten Hälfte eines jeden Geschäftsjahres des Fonds stellt die Verwaltungsgesellschaft den Anteilhabern einen Halbjahresbericht zur Verfügung, der Auskunft gibt über sämtliche Teilfondsvermögen und deren Verwaltung während des entsprechenden Halbjahres.

Die Verwaltungsgesellschaft wird im Jahresbericht und Halbjahresbericht den Betrag der Ausgabe auf- und ggf. der Rücknahmeabschläge angeben, die dem jeweiligen Teilfonds im Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rückgabe von Anteilen an anderen Investmentvermögen berechnet worden sind, sowie die Vergütung angeben, die dem Sondervermögen von einer anderen Kapitalanlagegesellschaft oder einer anderen Investmentgesellschaft einschließlich ihrer Verwaltungsgesellschaft als Verwaltungsvergütung für die im Sondervermögen gehaltenen Anteile berechnet wurde.

Jahresberichte und Halbjahresberichte des Fonds sind für die Anteilhaber bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und jeder Zahlstelle kostenlos erhältlich.

Art. 17. Dauer und Auflösung des Fonds

Der Fonds ist auf unbestimmte Zeit errichtet.

Der Fonds kann jederzeit durch die Verwaltungsgesellschaft aufgelöst werden.

Eine Auflösung erfolgt zwingend in folgenden Fällen:

- wenn die Depotbankbestellung gekündigt wird, ohne dass eine neue Depotbankbestellung innerhalb der gesetzlichen oder vertraglichen Fristen erfolgt;
- wenn die Verwaltungsgesellschaft in Konkurs geht oder aus irgendeinem Grund aufgelöst wird;
- wenn das Fondsvermögen während mehr als sechs Monaten unter einem Viertel der Mindestgrenze gemäß Artikel 1 des Verwaltungsreglements bleibt;
- in anderen, im Gesetz vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen vorgesehenen Fällen.

Die Verwaltungsgesellschaft kann Teilfonds jederzeit, auf bestimmte Zeit errichtete Teilfonds auch vor Ablauf ihrer Laufzeit auflösen, insbesondere in den Fällen einer wesentlichen Veränderung wirtschaftlicher und/oder politischer Rahmenbedingungen, im Interesse einer wirtschaftlichen Rationalisierung oder dann, wenn das Fondsvermögen eines Teilfonds unter eine Mindestgrenze absinkt, welche die Verwaltungsgesellschaft als Untergrenze für ein wirtschaftlich effizientes Management des entsprechenden Teilfonds ansieht.

Die Auflösung des Fonds oder eines Teilfonds wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von der Verwaltungsgesellschaft im Mémorial und mindestens drei Tageszeitungen, welche eine angemessene Auflage erreichen, bekannt gemacht. Eine dieser Tageszeitungen muss in Luxemburg herausgegeben werden. Wenn ein Tatbestand eintritt, der zur Liquidation des Fonds oder eines Teilfonds führt, werden die Ausgabe und die Rücknahme von Anteilen des Fonds bzw. des Teilfonds eingestellt. Die Depotbank wird den Liquidationserlös abzüglich der Liquidationskosten und -honorare, auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft oder gegebenenfalls der von ihr oder der Depotbank im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde ernannten Liquidatoren unter die Anteilhaber im Verhältnis ihrer jeweiligen Anteile verteilen. Liquidationserlöse, die zum Abschluss des Liquidationsverfahrens von Anteilhabern nicht eingefordert worden sind, werden, soweit dann gesetzlich notwendig, in Luxemburger Franken/Euro umgerechnet und von der Depotbank für Rechnung der berechtigten Anteilhaber nach Abschluss des Liquidationsverfahrens bei der Caisse de Consignations in Luxemburg hinterlegt, wo diese Beträge verfallen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist dort angefordert werden.

Weder Anteilhaber noch deren Erben bzw. Rechtsnachfolger können die Auflösung und/oder Teilung des Fonds oder eines Teilfonds beantragen.

Art. 18. Verschmelzung von Teilfonds

Die Verwaltungsgesellschaft kann gemäß nachfolgender Bedingungen jederzeit beschließen, einen oder mehrere Teilfonds des Fonds in einen anderen Teilfonds desselben Fonds oder in einen Teilfonds eines anderen Fonds einzubringen:

- sofern der Nettovermögenswert eines Teilfonds an einem Bewertungstag unter einen Betrag gefallen ist, welcher als Mindestbetrag erscheint, um diesen Teilfonds in wirtschaftlich sinnvoller Weise zu verwalten;
- sofern es wegen einer wesentlichen Änderung im wirtschaftlichen oder politischen Umfeld oder aus Ursachen wirtschaftlicher Rentabilität nicht als wirtschaftlich sinnvoll erscheint, diesen Teilfonds zu verwalten.

Eine solche Einbringung ist nur insofern vollziehbar wie die Anlagepolitik des einzubringenden Teilfonds nicht gegen die Anlagepolitik des aufnehmenden Teilfonds verstößt.

Der Beschluss der Verwaltungsgesellschaft zur Einbringung eines oder mehrerer Teilfonds wird entsprechend den Bestimmungen von Artikel 16 des Verwaltungsreglements veröffentlicht.

Die Anteilinhaber des einzubringenden Teilfonds haben während 30 Tagen das Recht, ohne Kosten die Rücknahme aller oder eines Teils ihrer Anteile zum einschlägigen Anteilwert nach dem Verfahren, wie es in Artikel 11 des Verwaltungsreglements beschrieben ist, zu verlangen. Die Anteile von Anteilhabern welche die Rücknahme ihrer Anteile nicht verlangt haben, werden auf der Grundlage der Anteilwerte des dem Tag des Inkrafttretens der Einbringung vorangegangenen Bewertungstages, durch Anteile des aufnehmenden Teilfonds ersetzt. Gegebenenfalls werden Bruchanteile ausgegeben.

Art. 19. Verjährung

Forderungen der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank verjähren 5 Jahre nach Entstehung des Anspruchs. Unberührt bleibt die in Artikel 17 enthaltene Regelung.

Art. 20. Anwendbares Recht, Gerichtsstand und Vertragssprache

Dieses Verwaltungsreglement unterliegt dem luxemburgischem Recht. Jeder Rechtsstreit zwischen Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank unterliegt der Gerichtsbarkeit des sachlich zuständigen Gerichts der Stadt Luxemburg.

Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank sind berechtigt, sich selbst und jeden Teilfonds der Gerichtsbarkeit und dem Recht eines jeden Landes zu unterwerfen, in dem Anteile dieses Teilfonds öffentlich vertrieben werden, soweit es sich um Ansprüche der Anleger handelt, die in dem betreffenden Land ansässig sind, und im Hinblick auf Angelegenheiten, die sich auf Zeichnung und Rücknahme der Anteile beziehen. Die deutsche Fassung des Verwaltungsreglements ist maßgebend.

Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank können im Hinblick auf Anteile, die an Anleger in dem jeweiligen Land verkauft wurden, für sich selbst und diesen Teilfonds Übersetzungen in Sprachen solcher Länder als verbindlich erklären, in welchen solche Anteile öffentlich vertrieben werden.

Art. 21. Inkrafttreten

Das Verwaltungsreglement tritt am Datum seiner Unterzeichnung in Kraft.

Luxemburg, den 18. Oktober 2001.

Die Verwaltungsgesellschaft

Unterschriften

Die Depotbank

Unterschriften

VERWALTUNGSREGLEMENT

Besonderer Teil

1. AM Generali Fondsstrategie Balance

Anlagepolitik

1. Der gemischte Teilfonds AM Generali Fondsstrategie Balance strebt als Hauptziel der Anlagepolitik die Erwirtschaftung eines möglichst hohen Wertzuwachses an, wobei Ausgewogenheit und Substanzerhalt hierbei im Vordergrund stehen. Die Fondsmittel werden in der Regel in Aktien- und Rentenfonds angelegt, die, je nach Marktlage, höher bzw. niedriger gewichtet werden können. Daneben kann der Teilfonds auch Anteile an gemischten Wertpapierfonds und Geldmarktfonds erwerben.

Je nach Marktlage kann auch vollständig in eine der vorgenannten Fondstypen angelegt werden.

2. Für den Teilfonds werden ausschließlich Anteile an

a) in der Bundesrepublik Deutschland aufgelegten Sondervermögen, die keine Spezialfonds sind, oder

b) offenen Investmentvermögen, die nach dem Auslandsinvestmentgesetz in der Bundesrepublik Deutschland öffentlich vertrieben werden dürfen und bei denen die Anteilinhaber das Recht zur Rückgabe der Anteile haben, die keine Spezialfonds sind und die in ihrem Sitzland einer funktionierenden Investimentaufsicht unterliegen, erworben.

3. Die Mehrzahl dieser Zielfonds muss in einem Mitgliedstaat der EU, der Schweiz, Kanada, den USA, Japan, oder Hongkong aufgelegt worden sein.

4. Für den Teilfonds AM Generali Fondsstrategie Balance sollen in ausgewogenem Verhältnis Anteile an Aktien- und Rentenfonds erworben werden. Das Teilfondsvermögen kann, je nach Einschätzung der Marktlage, auch vollständig in einer dieser Fondskategorien angelegt werden. Daneben kann der Teilfonds auch Anteile an gemischten Wertpapierfonds und Geldmarktfonds erwerben. Der Wert der Zielfondsanteile darf 51% des Wertes des Netto-Teilfondsvermögens nicht überschreiten. In Anteilen eines einzigen Zielfonds dürfen höchstens 20% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens angelegt werden. Für den Teilfonds dürfen nicht mehr als 10% der ausgegebenen Anteile des Zielfonds erworben werden. Bei Investmentvermögen, die aus mehreren Teilfonds bestehen (sogenannte Umbrella-Fonds), beziehen sich die in den beiden vorstehenden Sätzen geregelten Anlagegrenzen jeweils auf einen Teilfonds. Dabei darf es nicht zu einer übermäßigen Konzentration des Netto-Teilfondsvermögens auf einen einzigen Umbrella-Fonds kommen. Der Erwerb von Anteilen an Zielfonds, die mehr als 5% des Wertes ihres Vermögens in Anteilen an anderen Investmentvermögen anlegen dürfen, ist für den Teilfonds nur zulässig, wenn die vom Zielfonds gehaltenen Anteile nach den Vertragsbedingungen des Investmentfonds oder der Satzung der Investmentgesellschaft anstelle von Bankguthaben gehalten werden dürfen. Der Teilfonds darf weder in Future-, Venture Capital- oder Spezialfonds investieren noch Wertpapierdarlehens- und Pensionsgeschäfte tätigen.

5. Die Verwaltungsgesellschaft soll für den Teilfonds nur solche Investmentanteile und Vermögensgegenstände erwerben, die Ertrag und/oder Wachstum erwarten lassen. Es werden keine Vermögenswerte erworben, deren Veräußerung aufgrund vertraglicher Vereinbarung irgendwelchen Beschränkungen unterliegt.

6. Es ist beabsichtigt, die Erträge des Teilfondsvermögens am 15. März eines jeden Jahres, sofern dieser Tag ein Bankarbeitstag ist, auszuschütten.

Kosten

1. Die Verwaltungsgesellschaft erhält aus dem Teilfondsvermögen eine Verwaltungsvergütung von max. 2,00% p.a., die täglich auf das Netto-Teilfondsvermögen des vorangegangenen Bewertungstages zu berechnen und monatlich nachträglich auszuzahlen ist.

2. Die Depotbank erhält aus dem Teilfondsvermögen eine Depotbankvergütung von max. 0,10% p.a., die täglich auf das Netto-Teilfondsvermögen des vorangegangenen Bewertungstages zu berechnen und monatlich nachträglich auszuzahlen ist.

3. Die Verwaltungsgesellschaft kann dem Teilfondsvermögen außerdem folgende Kosten belasten:

- übliche Courtage und Bankgebühren insbesondere Effektenprovisionen, die für Geschäfte mit Investmentanteilen und sonstigen Vermögenswerten des entsprechenden Teilfondsvermögens sowie mit Währungs- und Wertpapiersicherungsgeschäften anfallen;

- Kosten für Rechtsberatung, die der Verwaltungsgesellschaft oder der Depotbank entstehen, wenn sie im Interesse der Anteilinhaber handeln;

- Honorare der Wirtschaftsprüfer;

- Kosten der Vorbereitung und Erstellung sowie der Hinterlegung und Veröffentlichung dieses Verwaltungsreglements sowie anderer Dokumente, die den Fonds betreffen, einschließlich Anmeldungen zur Registrierung, Prospekte oder schriftliche Erläuterungen bei sämtlichen Aufsichtsbehörden und Börsen (einschließlich örtlichen Wertpapierhändlervereinbarungen), welche im Zusammenhang mit dem Fonds oder dem Anbieten der Anteile vorgenommen werden müssen, die Druck- und Vertriebskosten der Jahres- und Halbjahresberichte für die Anteilinhaber in allen notwendigen Sprachen, sowie Druck- und Vertriebskosten von sämtlichen weiteren Berichten und Dokumenten, welche gemäß den anwendbaren Gesetzen oder Verordnungen der genannten Behörden notwendig sind, die Gebühren an die jeweiligen Repräsentanten im Ausland, sowie sämtliche Verwaltungsgebühren;

- die banküblichen Gebühren ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Investmentanteile im Ausland;

- Kosten für die Werbung und solche, welche direkt im Zusammenhang mit dem Anbieten und Verkauf von Anteilen anfallen;

- Kosten der für die Anteilinhaber bestimmten Veröffentlichungen;

- sämtliche Kosten im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögenswerten mit Ausnahme von Ausgabeaufschlägen und Rücknahmeabschlägen bei Anteilen von Zielfonds, die von der Verwaltungsgesellschaft selbst oder von einer anderen Gesellschaft, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, verwaltet werden.

- Die jährlichen, nicht einzeln bezifferbaren Kosten eines jeden Teilfonds werden im jeweiligen Anhang des Verkaufsprospekts aufgeführt.

2. AM Generali Fondsstrategie Dynamik

Anlagepolitik

1. Der an den Chancen der internationalen Aktienmärkte ausgerichtete Teilfonds AM Generali Fondsstrategie Dynamik strebt als Hauptziel der Anlagepolitik die Erwirtschaftung eines möglichst hohen Wertzuwachses an. Der Fokus richtet sich hierbei auf international anlegende Fonds, die erfolgreich interessante Themen und Trends aufgreifen und in die jeweils führenden internationalen Unternehmen investieren. Daneben kann der Teilfonds auch Anteile an Rentenfonds, gemischten Wertpapierfonds und Geldmarktfonds erwerben.

Je nach Marktlage kann auch vollständig in eine der vorgenannten Fondstypen angelegt werden.

2. Für den Teilfonds werden ausschließlich Anteile an

a) in der Bundesrepublik Deutschland aufgelegten Sondervermögen, die keine Spezialfonds sind, oder

b) offenen Investmentvermögen, die nach dem Auslandsinvestmentgesetz in der Bundesrepublik Deutschland öffentlich vertrieben werden dürfen und bei denen die Anteilinhaber das Recht zur Rückgabe der Anteile haben, die keine Spezialfonds sind und die in ihrem Sitzland einer funktionierenden Investimentaufsicht unterliegen, erworben.

3. Die Mehrzahl dieser Zielfonds muss in einem Mitgliedstaat der EU, der Schweiz, Kanada, den USA, Japan oder Hongkong aufgelegt worden sein.

4. Für den Teilfonds AM Generali Fondsstrategie Dynamik sollen vorwiegend Anteile an internationalen Aktienfonds erworben werden. Das Teilfondsvermögen kann, je nach Einschätzung der Marktlage, auch vollständig in dieser Fondskategorie angelegt werden. Daneben kann der Teilfonds auch Anteile an Rentenfonds, gemischten Wertpapierfonds und Geldmarktfonds erwerben. Der Wert der Zielfondsanteile darf 51% des Wertes des Netto-Teilfondsvermögens nicht unterschreiten. In Anteilen eines einzigen Zielfonds dürfen höchstens 20% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens angelegt werden. Für den Teilfonds dürfen nicht mehr als 10% der ausgegebenen Anteile des Zielfonds erworben werden. Bei Investmentvermögen, die aus mehreren Teilfonds bestehen (sogenannte Umbrella-Fonds), beziehen sich die in den beiden vorstehenden Sätzen geregelten Anlagegrenzen jeweils auf einen Teilfonds. Dabei darf es nicht zu einer übermäßigen Konzentration des Netto-Teilfondsvermögens auf einen einzigen Umbrella-Fonds kommen. Der Erwerb von Anteilen an Zielfonds, die mehr als 5% des Wertes ihres Vermögens in Anteilen an anderen Investmentvermögen anlegen dürfen, ist für den Teilfonds nur zulässig, wenn die vom Zielfonds gehaltenen Anteile nach den Vertragsbedingungen des Investmentfonds oder der Satzung der Investmentgesellschaft anstelle von Bankguthaben gehalten werden dürfen. Der

Teilfonds darf weder in Future-, Venture Capital- oder Spezialfonds investieren noch Wertpapierdarlehens- und Pensionsgeschäfte tätigen.

5. Die Verwaltungsgesellschaft soll für den Teilfonds nur solche Investmentanteile und Vermögensgegenstände erwerben, die Ertrag und/oder Wachstum erwarten lassen. Es werden keine Vermögenswerte erworben, deren Veräußerung aufgrund vertraglicher Vereinbarung irgendwelchen Beschränkungen unterliegt.

6. Es ist beabsichtigt, die Erträge des Teilfondsvermögens am 15. März eines jeden Jahres, sofern dieser Tag ein Bankarbeitstag ist, auszuschütten.

Kosten

1. Die Verwaltungsgesellschaft erhält aus dem Teilfondsvermögen eine Verwaltungsvergütung von max. 2,00% p.a., die täglich auf das Netto-Teilfondsvermögen des vorangegangenen Bewertungstages zu berechnen und monatlich nachträglich auszuführen ist.

2. Die Depotbank erhält aus dem Teilfondsvermögen eine Depotbankvergütung von max. 0,10% p.a. die täglich auf das Netto-Teilfondsvermögen des vorangegangenen Bewertungstages zu berechnen und monatlich nachträglich auszuführen ist.

3. Die Verwaltungsgesellschaft kann dem Teilfondsvermögen außerdem folgende Kosten belasten:

- übliche Courtage und Bankgebühren insbesondere Effektenprovisionen, die für Geschäfte mit Investmentanteilen und sonstigen Vermögenswerten des entsprechenden Teilfondsvermögens sowie mit Währungs- und Wertpapiersicherungsgeschäften anfallen;

- Kosten für Rechtsberatung, die der Verwaltungsgesellschaft oder der Depotbank entstehen, wenn sie im Interesse der Anteilhaber handeln;

- Honorare der Wirtschaftsprüfer;

- Kosten der Vorbereitung und Erstellung sowie der Hinterlegung und Veröffentlichung dieses Verwaltungsreglements sowie anderer Dokumente, die den Fonds betreffen, einschließlich Anmeldungen zur Registrierung, Prospekte oder schriftliche Erläuterungen bei sämtlichen Aufsichtsbehörden und Börsen (einschließlich örtlichen Wertpapierhändlervereinbarungen), welche im Zusammenhang mit dem Fonds oder dem Anbieten der Anteile vorgenommen werden müssen, die Druck- und Vertriebskosten der Jahres- und Halbjahresberichte für die Anteilhaber in allen notwendigen Sprachen, sowie Druck- und Vertriebskosten von sämtlichen weiteren Berichten und Dokumenten, welche gemäß den anwendbaren Gesetzen oder Verordnungen der genannten Behörden notwendig sind, die Gebühren an die jeweiligen Repräsentanten im Ausland, sowie sämtliche Verwaltungsgebühren;

- die banküblichen Gebühren ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Investmentanteile im Ausland;

- Kosten für die Werbung und solche, welche direkt im Zusammenhang mit dem Anbieten und Verkauf von Anteilen anfallen;

- Kosten der für die Anteilhaber bestimmten Veröffentlichungen;

- sämtliche Kosten im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögenswerten mit Ausnahme von Ausgabeaufschlägen und Rücknahmeabschlägen bei Anteilen von Zielfonds, die von der Verwaltungsgesellschaft selbst oder von einer anderen Gesellschaft, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, verwaltet werden.

Die jährlichen, nicht einzeln bezifferbaren Kosten eines jeden Teilfonds werden im jeweiligen Anhang des Verkaufsprospekts aufgeführt.

Luxemburg, den 18. Oktober 2001.

Die Verwaltungsgesellschaft

Unterschriften

Die Depotbank

Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 26 octobre 2001, vol. 559, fol. 45, case 1. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(68226/260/628) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 octobre 2001.

AIRVENTURES S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2086 Luxembourg, 23, avenue Monterey.

R. C. Luxembourg B 69.484.

Extrait des résolutions prises lors de la réunion du conseil d'administration du 13 mars 2001

- Mademoiselle Corinne Bitterlich, conseiller juridique, demeurant au 29, avenue du Bois, L-1251 Luxembourg est cooptée en tant qu'administrateur en remplacement de Monsieur Alexis Verougstraete, démissionnaire. Elle terminera le mandat de son prédécesseur, mandat venant à échéance lors de l'assemblée générale statutaire de l'an 2004.

Certifié sincère et conforme

AIRVENTURES S.A.

Signatures

Administrateurs

Enregistré à Luxembourg, le 21 mai 2001, vol. 553, fol. 29, case 3. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(33731/795/16) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

AIG, SICAV, Investmentgesellschaft mit veränderlichem Kapital.

Gesellschaftssitz: L-1470 Luxemburg, 69, route d'Esch.

STATUTEN

Im Jahre zweitausendeins, am dreissigsten Oktober.

Vor dem unterzeichneten Notar Edmond Schroeder mit Amtssitz in Mersch, bei dem diese Verhandlung hinterlegt werden soll, sind erschienen:

(1) AIG PRIVAT BANK AG, eine Aktiengesellschaft nach Schweizer Recht mit Sitz in CH-8021 Zürich, Pelikanstrasse 37,

vertreten durch Herrn Martin Bock, Privatbeamter, wohnhaft in Luxemburg, ausweislich einer Vollmacht unter Privatschrift.

(2) AIG FONDSLEITUNG (SCHWEIZ) AG, eine Aktiengesellschaft nach Schweizer Recht mit Sitz in CH-8600 Dübendorf-Zürich, Hochbordstrasse 3,

vertreten durch Herrn Martin Bock, vorgenannt, ausweislich einer Vollmacht unter Privatschrift.

Die erteilten Vollmachten, ordnungsgemäss ne varietur durch die Erschienenen und den Notar unterzeichnet, bleiben diesem Dokument beigelegt und werden mit diesem zusammen den Registerbehörden eingereicht.

Die Erschienenen haben in Ausführung ihrer Vertretungsbefugnis den Notar gebeten, die Satzung («Satzung») einer Gesellschaft, die zwischen den Erschienenen bestehen soll, wie folgt zu beurkunden:

Die Gesellschaft

Art. 1. Es wird hierdurch zwischen den Unterzeichnern und allen Eignern der danach ausgegebenen Gesellschaftsanteile eine Gesellschaft in der Form einer Aktiengesellschaft gegründet, die eine «Investmentgesellschaft mit veränderlichem Kapital» («SICAV») unter dem Namen AIG, SICAV («die Gesellschaft») darstellt.

Dauer

Art. 2. Die Gesellschaft wird für eine unbegrenzte Dauer gegründet. Sie kann jederzeit durch einen Beschluss der Gesellschafter aufgelöst werden, der in der Form erfolgt, die gemäss nachstehendem Artikel 33 für Satzungsänderungen vorgeschrieben ist.

Gegenstand

Art. 3. Der ausschliessliche Gegenstand der Gesellschaft ist die Anlage des Gesellschaftsvermögens zum Zwecke der Risikostreuung und um den Gesellschaftern (auch «Aktionäre» oder «Anteilseigner») das Ergebnis der Verwaltung der Anlagevermögen zukommen zu lassen. Die Gesellschaft kann jede Massnahme treffen und Geschäfte durchführen, die sie als zur Erfüllung und Entwicklung ihres Gesellschaftszwecks nützlich erachtet, in dem Umfange, wie es das Gesetz vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen bzw. jede spätere Fassung desselben (das «Gesetz vom 30. März 1988») erlaubt.

Geschäftssitz

Art. 4. Der Geschäftssitz der Gesellschaft wird in der Stadt Luxemburg, im Grossherzogtum Luxemburg, errichtet. Zweigniederlassungen oder andere Repräsentanzen können entweder in Luxemburg oder im Ausland durch Beschluss des Verwaltungsrates der Gesellschaft («der Verwaltungsrat») errichtet werden.

Falls der Verwaltungsrat entscheidet, dass Ereignisse politischer, militärischer Natur oder höherer Gewalt geschehen sind oder unmittelbar bevorstehen, die ausserhalb der Kontrolle des Verwaltungsrates sind und welche die normalen Geschäftstätigkeiten der Gesellschaft an ihrem Geschäftssitz oder den laufenden Kontakt mit Personen im Ausland beeinträchtigen könnten, so kann der Geschäftssitz vorübergehend ins Ausland verlegt werden, bis diese ausserordentlichen Umstände beendet sind. Derartige vorübergehenden Massnahmen haben keine Auswirkung auf die Nationalität der Gesellschaft, die, unbeschadet der vorübergehenden Verlegung ihres Geschäftssitzes, eine Luxemburger Gesellschaft bleiben wird.

Gesellschaftskapital - Anteile

Art. 5. (1) Das Gesellschaftskapital ist durch Anteile ohne Nennwert («Anteile») dargestellt, die zusammen jederzeit dem Netto-Inventarwert der Gesellschaft entsprechen, wie in der Folge definiert.

(2) Das Gründungskapital der Gesellschaft beträgt sechsunddreissigtausend Euro (EUR 36.000,-), vertreten durch 360 Aktien der Gesellschaft.

Das Mindestkapital der Gesellschaft entspricht dem Gegenwert in Euro von mindestens fünfzig Millionen Luxemburgischen Franken (LUF 50.000.000,-) und muß innerhalb von sechs Monaten nach dem Datum der Eintragung der Gesellschaft in Luxemburg in das amtliche Verzeichnis der Organismen für gemeinsame Anlagen erreicht werden.

(3) Der Verwaltungsrat ist ohne Einschränkung berechtigt, jederzeit Anteile zum Ausgabepreis pro Anteil gemäss Artikel 28 auszugeben, ohne den bestehenden Gesellschaftern der Gesellschaft ein Anrecht auf die neu auszugebenden Anteile zu gewähren. Der Verwaltungsrat der Gesellschaft kann jedem seiner Mitglieder oder einem Geschäftsführer der Gesellschaft oder jeder rechtmässig ermächtigten Person die Befugnis und Pflicht übertragen, Zeichnungen anzunehmen und Zahlung für solche neuen Anteile entgegenzunehmen und diese auszuhändigen.

(4) Solche Anteile können gemäss Beschluss des Verwaltungsrates verschiedenen Anlagevermögen («Teilfonds») angehören und ebenfalls nach Beschluss des Verwaltungsrates in unterschiedlichen Währungen notiert sein. Der Verwaltungsrat kann ausserdem bestimmen, dass innerhalb eines Teilfonds eine oder mehrere Klassen von Anteilen («Anteilklassen») mit unterschiedlichen Merkmalen ausgegeben werden, wie z.B. eine spezifische Ausschüttungs- oder Thesaurierungspolitik, eine spezifische Gebührenstruktur oder andere spezifischen Merkmale wie jeweils vom Verwaltungsrat bestimmt und im Verkaufsprospekt der Gesellschaft beschrieben.

Der Erlös der Ausgabe von Anteilen eines Teilfonds wird gemäss Artikel 3 dieser Satzung in solche zulässigen Anlagenwerte investiert, die den geographischen Regionen, Industriesektoren, Währungsgebieten entsprechen und die Vorschriften betreffend spezieller Formen von Aktien oder festverzinslichen Wertpapieren berücksichtigen, die der Verwaltungsrat für die betreffenden Teilfonds bestimmt.

(5) Die Gesellschaft kann von Zeit zu Zeit Gratisanteile ausgeben, wobei der Netto-Inventarwert pro Anteil dann auf dem Wege eines Splits verkleinert wird.

(6) In Übereinstimmung mit den anwendbaren Gesetzen ist die Gesellschaft jederzeit dazu berechtigt, als Gegenstück zur Einbringung von Vermögenssachwerten voll eingezahlte Anteile auszugeben, vorausgesetzt, diese Vermögenssachwerte entsprechen den Anlagebeschränkungen des oder der betreffenden Teilfonds. Der Wert solcher Vermögenssachwerte wird durch den Wirtschaftsprüfer der Gesellschaft anhand eines speziellen Prüfungsberichts und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen, die bei der Berechnung des Netto-Inventarwertes des Vermögens der Gesellschaft angewandt werden, festgelegt.

(7) Die konsolidierte Bilanz der Gesellschaft ist in Euro ausgedrückt. Zur Bestimmung des Gesellschaftskapitals werden die Netto-Inventarwerte jedes Teilfonds oder jeder Anteilsklasse, die nicht in Euro ausgedrückt sind, in Euro umgerechnet, so dass das Gesellschaftskapital der Summe aller Netto-Inventarwerte aller Teilfonds bzw. Anteilsklassen ausgedrückt in Euro entspricht.

(8) Sollte das Nettovermögen der Gesellschaft auf weniger als zwei Drittel des gesetzlich vorgeschriebenen Mindestkapitals fallen, ist der Verwaltungsrat verpflichtet, einer innerhalb von 40 Tagen einzuberufenden Hauptversammlung der Anteilseigner die Frage einer Auflösung der Gesellschaft zu unterbreiten. Die Hauptversammlung entscheidet ohne Quorum über die Frage der Auflösung mit einfacher Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Anteile.

(9) Sollte das Nettovermögen der Gesellschaft auf weniger als ein Viertel des gesetzlich vorgeschriebenen Mindestkapitals fallen, ist der Verwaltungsrat der Gesellschaft verpflichtet, auf einer ebenso einzuberufenden Hauptversammlung der Anteilinhaber die Frage einer Auflösung der Gesellschaft zu unterbreiten. Die Auflösung kann dann ohne Quorum durch ein Viertel der Stimmen der an der Hauptversammlung anwesenden oder vertretenen Anteilinhaber beschlossen werden.

Inhaber- und Namensanteile

Art. 6. (1) Der Verwaltungsrat kann entscheiden, Namens- oder Inhaberanteile auszugeben. Zertifikate für Inhaberanteile werden in vom Verwaltungsrat zu beschliessenden Stückelungen ausgegeben. Zertifikate über ausschüttende Anteile in Inhaberform müssen mit Ertragsscheinen versehen sein. Wenn ein Eigner von Inhaberanteilen die Zusendung oder den Austausch seiner Zertifikate in diejenigen eines anderen Teilfonds oder einer anderen Anteilsklasse, bzw. den Umtausch in Namensanteile (oder umgekehrt) wünscht, werden ihm die üblichen Gebühren belastet.

(2) Im Falle von Namensanteilen, oder wenn der Verwaltungsrat beschliesst, dass die Eigner eines Teilfonds oder einer Anteilsklasse keine Zertifikate erhalten oder wenn ein Anteilseigner keine Zertifikate zu erhalten wünscht, wird dem Anleger statt dessen eine Bestätigung seines Anteilsbesitzes zugestellt. Wünscht ein Eigner eines Namensanteils, dass ihm Anteilzertifikate oder eine Bestätigung für seine Anteile ausgestellt und zugesandt wird, werden ihm die üblichen Gebühren belastet.

(3) Bei Namensanteilen werden generell Bruchteile von Anteilen ausgegeben, welche auf drei Stellen hinter dem Komma auf- oder abgerundet werden. Bei Inhaberanteilen werden keine Bruchteile ausgegeben.

(4) Anteilzertifikate werden von zwei Verwaltungsratsmitgliedern oder einem Verwaltungsratsmitglied und einem rechtmässig vom Verwaltungsrat dazu ermächtigten Bevollmächtigten unterzeichnet.

(5) Unterschriften des Verwaltungsrates können entweder von Hand, in gedruckter Form oder als Faksimile geleistet werden. Die Unterschrift eines Bevollmächtigten ist handschriftlich zu leisten.

(6) Die Gesellschaft kann vorübergehend Anteilzertifikate in einer Form ausstellen, die der Verwaltungsrat jeweils beschliessen wird.

(7) Anteile werden nach Annahme der Zeichnung und vorbehaltlich der Zahlung des Ausgabepreises (gemäss Artikel 28) ausgegeben. Die Übertragung der Anteile in entsprechender Höhe an den Zeichner erfolgt innerhalb banküblicher Fristen nach Eingang des vollständigen Ausgabepreises bei der Depotbank.

(8) Zahlungen von Dividenden an Anteilseigner erfolgen, soweit es sich um ausschüttende Namensanteile handelt, an ihre Anschrift im Gesellschaftsregister («Aktienregister») oder an jene Anschrift, die dem Verwaltungsrat schriftlich angegeben worden ist. Bezüglich ausschüttender Inhaberanteile erfolgt die Zahlung von Dividenden gegen Vorlage des jeweiligen Ertragsscheins bei den von der Gesellschaft benannten Zahlstellen.

(9) Eine Dividende, die erklärt, aber nicht auf einen ausschüttenden Inhaberanteil ausbezahlt wurde, insbesondere wenn kein Ertragsschein vorgelegt wird, kann nach Ablauf eines Zeitraums von fünf Jahren ab der hierfür erfolgten Zahlungserklärung, vom Eigner eines solchen Anteils nicht mehr eingefordert werden und wird dem jeweiligen Teilfonds der Gesellschaft gutgeschrieben. Auf erklärte Dividenden werden vom Zeitpunkt ihrer Fälligkeit an keine Zinsen bezahlt.

(10) Sämtliche ausgegebenen Namensanteile der Gesellschaft werden im Aktienregister eingetragen, das von der Gesellschaft oder durch eine oder mehrere Personen geführt wird, die hierzu vom Verwaltungsrat ernannt werden. Dieses Aktienregister soll den Namen jedes Eigners von Namensanteilen, seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, (im Falle gemeinsam gehaltener Anteile nur die Adresse des im Zeichnungsantrag Erstgenannten) und die Anzahl der von ihm gehaltenen Anteile enthalten. Jede Übertragung und Rückgabe eines Namensanteils muss in das Aktienregister eingetragen werden, nach Zahlung einer üblichen Gebühr, die vom Verwaltungsrat für eine derartige Registrierung in Bezug auf den Rechtsanspruch auf den Anteil festgelegt wird.

(11) Anteile sind frei von Beschränkungen der Übertragungsrechte und Ansprüchen zu Gunsten der Gesellschaft.

(12) Die Übertragung von Inhaberanteilen erfolgt durch die Aushändigung der entsprechenden Anteilscheine.

(13) Die Übertragung von Namensanteilen erfolgt durch Eintragung in das Aktienregister anlässlich der Aushändigung des/der Zertifikate/s über diese Anteile (soweit ausgegeben) zusammen mit solchen Dokumenten für die Übertragung, die der Gesellschaft notwendig erscheinen.

(14) Jeder Eigner eines Namensanteils muss der Gesellschaft eine Anschrift mitteilen. Sämtliche Mitteilungen und Ankündigungen der Gesellschaft an den Anteilseigner können an jene Adresse geschickt werden, die in das Aktienregister eingetragen wurde. Im Falle von Miteigentümern an Anteilen wird lediglich die Anschrift des Erstzeichners im Aktienregister eingetragen und alle Mitteilungen werden an diese Anschrift gesandt. Falls ein Anteilseigner eine solche Anschrift nicht mitteilt, kann die Gesellschaft beschliessen, dass eine entsprechende Notiz in das Aktienregister eingetragen wird und dass angenommen wird, die Anschrift des Anteilseigners befände sich am Geschäftssitz der Gesellschaft oder an einer anderen Adresse, wie von der Gesellschaft beschliessen, bis der Anteilseigner der Gesellschaft eine andere Anschrift mitgeteilt hat. Der Anteilseigner kann zu jeder Zeit seine in dem Aktienregister eingetragene Anschrift korrigieren, durch schriftliche Mitteilung an die Gesellschaft an deren Geschäftssitz oder an eine Anschrift, gemäss Bestimmung der Gesellschaft.

(15) Falls infolge einer von einem Zeichner gemachten Zahlung die Ausgabe von Bruchteilsanteilen erforderlich bzw. vorgesehen ist, ist ein solcher Bruchteil in das Aktienregister einzutragen. Dieser Bruchteil beinhaltet keine Stimmberechtigung, jedoch berechtigt er, in dem Umfang wie von der Gesellschaft festgelegt, zu einem entsprechenden Anteil an der Dividende und am Liquidationserlös. Bei Inhaberanteilen werden nur Anteilscheine, die volle Anteile darstellen, ausgegeben. Ferner kann die Gesellschaft bestimmen, für einen Teilfonds oder eine Anteilsklasse bei Namensanteilen nur volle Anteile auszugeben.

(16) Für Inhaber- und Namensanteile können auch Sammelurkunden ausgestellt und die Lieferung effektiver Stücke kann ausgeschlossen werden.

Verlorene und zerstörte Zertifikate

Art. 7. Falls ein Eigner von Inhaberanteilen der Gesellschaft in zufriedenstellender Art nachweisen kann, dass sein Anteilschein verlegt, beschädigt oder zerstört ist, kann, auf sein Verlangen ein Duplikat des Anteilscheins unter den Bedingungen und Gewährleistungen ausgestellt werden, wie die Gesellschaft bestimmt, einschliesslich, jedoch nicht beschränkt auf eine Garantieerklärung von einer Versicherungsgesellschaft. Mit der Ausgabe eines neuen Anteilscheins, mit dem Vermerk «Duplikat», wird der ursprüngliche Anteilschein, an dessen Stelle der neue ausgegeben worden ist, ungültig. Die Gesellschaft ist berechtigt, nach ihrem Gutdünken, dem Anteilseigner die Kosten für die Beschaffung eines Duplikats oder die Ausstellung eines neuen Anteilzertifikates als Ersatz für den verlegten, beschädigten oder zerstörten Anteilschein zu belasten.

Einschränkung des Anteilbesitzes

Art. 8. (1) Der Verwaltungsrat hat das Recht, die Einschränkungen (ausser Einschränkung der Übertragung von Anteilen) zu erlassen, die er für notwendig erachtet, um sicherzustellen, dass keine Anteile der Gesellschaft oder Anteile eines Teilfonds und/oder einer Anteilsklasse von einer Person (im folgenden «ausgeschlossene Person» genannt) erworben oder gehalten werden:

(a) welche die Gesetze oder Vorschriften eines Landes und/oder behördliche Verfügungen verletzt; oder
 (b) deren Anteilsbesitz nach Meinung des Verwaltungsrats dazu führt, dass die Gesellschaft Steuerverbindlichkeiten bzw. andere finanzielle Nachteile erleidet, die sie ansonsten nicht erlitten hätte oder erleiden würde.

(2) Die Gesellschaft kann dementsprechend den Erwerb und Besitz von Gesellschaftsanteilen durch eine ausgeschlossene Person einschränken oder untersagen. Hierfür kann die Gesellschaft:

(a) die Ausgabe von Anteilen oder die Registrierung von Anteilübertragungen ablehnen, bis sie sich vergewissert hat, ob die Ausgabe oder die Registrierung nicht dazu führen könnte, dass dadurch ein rechtliches oder wirtschaftliches Eigentum an solchen Anteilen durch eine Person begründet würde, die vom Besitz von Gesellschaftsanteilen ausgeschlossen ist;

(b) jederzeit von jeder namentlich registrierten Person verlangen, der Gesellschaft alle Angaben zu liefern, welche die Gesellschaft für notwendig erachtet zwecks Klärung der Frage, ob diese Anteile rechtlich oder wirtschaftlich im Eigentum einer Person stehen oder stehen werden, die vom Besitz von Gesellschaftsanteilen ausgeschlossen ist;

(c) falls die Gesellschaft der Überzeugung ist, dass eine ausgeschlossene Person, entweder allein oder in Gemeinschaft mit einer anderen Person, rechtlicher oder wirtschaftlicher Eigner der Anteile ist, und falls diese Person die Anteile nicht einer berechtigten Person überträgt, Anordnung der zwangsweisen Veräusserung all dieser von einer ausgeschlossenen Person gehaltenen Anteile nach folgenden Modalitäten verlangen:

(i) Die Gesellschaft wird dem Anteilseigner, der als Eigner der erworbenen Anteile gilt, eine Aufforderung zustellen (nachstehend «Rücknahmeaufforderung» genannt), wobei sie, wie oben beschrieben, die zurückzukaufenden Anteile, den für diese Anteile zu zahlenden Preis und den Ort, wo der Rücknahmepreis dieser Anteile zahlbar ist, bestimmt. Jede solche Rücknahmeaufforderung kann einem solchen Anteilseigner auf dem Postweg zugestellt werden, durch frankierten Einschreibebrief an seine zuletzt bekannte oder im Aktienregister der Gesellschaft eingetragene Anschrift. Der Anteilseigner ist daraufhin verpflichtet, der Gesellschaft den oder die Anteilscheine, auf die sich die Rücknahmeaufforderung bezieht, zurückzugeben. Unmittelbar nach Geschäftsschluss am Tag, der in der Rücknahmeaufforderung genannt ist, verliert der Anteilseigner sein Eigentumsrecht an den in der Rücknahmeaufforderung genannten Anteilen und sein Name wird im Aktienregister gelöscht.

(ii) Der Preis (nachstehend «Rücknahmepreis» genannt), zu dem die genannten Anteile gemäss Rücknahmeaufforderung gekauft werden, ist der Betrag, der dem Netto-Inventarwert der Anteile je Teilfonds oder Anteilsklasse entspricht, wie er in Übereinstimmung mit Artikel 27 dieser Satzung berechnet wird, abzüglich einer entsprechenden Rücknahmegebühr und/oder Handelsgebühr gemäss Artikel 28.

(iii) Die Zahlung des Rücknahmepreises wird dem Eigner solcher Anteile in der Währung der jeweiligen Teilfonds oder -kategorie geleistet und wird durch die Gesellschaft bei einer Bank in Luxemburg oder bei einer anderen Zahlstelle (wie in der Rücknahmeaufforderung festgehalten) zur Zahlung gegen Aushändigung des Anteilscheins oder der Zertifikate, welche die Anteile beurkunden, wie sie in der Rücknahmeaufforderung benannt sind oder gegen Aushändigung von Zertifikaten, die Namensanteile verkörpern, wenn solche Zertifikate ausgegeben worden sind, hinterlegt. Nach Hinterlegung dieses Rücknahmepreises, verliert die Person die Rechte, die sie, wie in der Rücknahmeaufforderung aufgeführt, innehat sowie alle weiteren Rechte an den Anteilen, oder jegliche Forderungen gegen die Gesellschaft oder deren Vermögenswerte.

(iv) Die Ausübung durch die Gesellschaft der ihr gemäss diesem Artikel zustehenden Rechte kann in keinem Fall mit der Begründung in Frage gestellt oder als ungültig angesehen werden, dass kein ausreichender Nachweis des Eigentumsrechts von Anteilen einer Person vorgelegen habe, oder dass der tatsächliche Eigner von Anteilen ein anderer gewesen sei, als es gegenüber der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Rücknahmeaufforderung erschien, vorausgesetzt, dass in jedem Falle die besagten Rechte durch die Gesellschaft in gutem Glauben ausgeübt worden sind.

(d) die Stimmabgabe an einer Gesellschafterversammlung durch eine ausgeschlossene Person ablehnen.

Rechte der Gesellschafterversammlung

Art. 9. (1) Jede ordnungsgemäss abgehaltene Gesellschafterversammlung stellt das oberste Organ der Gesellschaft dar. Deren Beschlüsse sind für alle Gesellschafter verbindlich, unabhängig von dem Teilfonds oder der Anteilsklasse, die von denselben gehalten werden, soweit diese Beschlüsse nicht in die Rechte der getrennten Gesellschafterversammlung der Anteilseigner eines bestimmten Teilfonds oder eines bestimmten Anteilsklasse gemäss den nachfolgenden Bestimmungen eingreifen.

(2) Die Gesellschafterversammlung hat die weitgehendsten Befugnisse, alle Rechtshandlungen, die sich auf die allgemeinen Geschäfte der Gesellschaft beziehen, anzuordnen, auszuführen oder zu genehmigen.

Hauptversammlung

Art. 10. (1) Die jährliche Hauptversammlung der Gesellschafter wird in Übereinstimmung mit dem luxemburgischen Recht am Geschäftssitz der Gesellschaft oder an einem anderen in der Einladung genannten Ort in Luxemburg abgehalten. Diese findet am dritten Freitag des Monats Mai jeden Jahres, um 15.00 Uhr statt, und zum ersten Mal im Jahr 2003. Falls dieser Tag kein Bankgeschäftstag in Luxemburg ist, wird die Hauptversammlung am nächstfolgenden Bankgeschäftstag in Luxemburg abgehalten. Die Hauptversammlung kann im Ausland abgehalten werden, falls aussergewöhnliche Umstände dies nach Ermessen des Verwaltungsrats erforderlich machen.

(2) Andere Gesellschafterversammlungen können an dem Ort und zu dem Zeitpunkt abgehalten werden, die in der entsprechenden Einladung genannt werden.

Getrennte Gesellschafterversammlung

(3) Getrennte Gesellschafterversammlungen der Anteilseigner eines bestimmten Teilfonds oder bestimmten Anteilsklasse können auf Antrag des Verwaltungsrats einberufen werden.

Für die Beschlussfähigkeit und Abstimmungen gelten die in Artikel 11 niedergelegten Grundsätze sinngemäss. Eine getrennte Gesellschafterversammlung kann bezüglich der betreffenden Teilfonds oder Anteilsklassen über alle Angelegenheiten beschliessen, wie zum Beispiel die Ausschüttung von Dividenden eines bestimmten Teilfonds oder einer bestimmten Anteilsklasse, die laut Gesetz oder dieser Satzung nicht der Hauptversammlung oder dem Verwaltungsrat vorbehalten sind. Beschlüsse von getrennten Gesellschafterversammlungen dürfen nicht in die Rechte von Anteilseignern anderer Teilfonds oder Anteilsklassen, oder in die Rechte und Kompetenzen der Hauptversammlung oder des Verwaltungsrats eingreifen.

Beschlussfähigkeit und Abstimmung

Art. 11. (1) Die gesetzlichen Fristen und Formalitäten gelten für die Einberufung von Gesellschaftsversammlungen oder von getrennten Gesellschafterversammlungen von Anteilseignern eines oder mehrerer Teilfonds oder Anteilsklassen.

(2) Jeder ganze Anteil eines Teilfonds oder einer Anteilsklasse hat, unabhängig vom Netto-Inventarwert des jeweiligen Anteils, das Recht auf eine Stimme, vorbehaltlich der durch diese Satzung auferlegten Einschränkungen.

(3) Ein Anteilseigner kann an jeder Gesellschafterversammlung selbst teilnehmen oder sich mittels einer in Schriftform oder durch Telegramm, Fernschreiben oder Fernkopierer erteilten Vollmacht durch einen anderen Anteilseigner oder durch eine andere Person vertreten lassen.

(4) Unter Vorbehalt anderslautender gesetzlicher oder satzungsgemässer Bestimmungen werden Beschlüsse auf einer ordnungsgemäss einberufenen Gesellschafterversammlung durch einfache Mehrheit der anwesenden oder durch Vollmacht vertretenen und abgegebenen Stimmen gefasst. Der Verwaltungsrat kann alle weiteren Bedingungen festlegen, die durch die Anteilseigner zu erfüllen sind, um an einer Gesellschafterversammlung teilnehmen zu können.

Einladungen

Art. 12. Die Gesellschafterversammlungen werden durch den Verwaltungsrat mittels Einladung einberufen, die die Tagesordnung enthält. Diese erfolgt wenigstens 8 Tage vorher durch einen an die Eigner von Namensanteilen geschickten Brief. Falls Inhaberanteile ausgegeben sind, muss die Einberufung in Luxemburg im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, dem Amtsblatt des Grossherzogtums Luxemburg («Mémorial»), in einer Luxemburger Zeitung sowie in einer oder mehreren anderen Zeitungen in all jenen Ländern, wo Anteile öffentlich vertrieben werden, nach Wahl des Verwaltungsrats veröffentlicht werden.

Der Verwaltungsrat

Art. 13. (1) Die Gesellschaft wird durch den Verwaltungsrat geführt, der sich aus mindestens drei Mitgliedern zusammensetzt, die nicht Gesellschafter zu sein brauchen. Die Verwaltungsratsmitglieder werden durch die Gesellschafter für eine Dauer von maximal 6 Jahren gewählt und sind wiederwählbar. Sollte die Stelle eines Verwaltungsratsmitglieds infolge von Tod, Rücktritt oder in sonstiger Weise nicht mehr besetzt sein, können die verbliebenen Verwaltungsratsmitglieder auf dem Weg der Nachwahl mit einfacher Stimmenmehrheit ein Verwaltungsratsmitglied wählen, das die unbesetzte Stelle bis zur nächsten Hauptversammlung besetzen wird.

(2) Ein Verwaltungsratsmitglied kann jederzeit mit oder ohne Grund durch Gesellschafterbeschluss abberufen und/oder ersetzt werden.

(3) Auf der Hauptversammlung kann nur eine Person, die dem Verwaltungsrat bis zu diesem Zeitpunkt angehörte, als Mitglied des Verwaltungsrates gewählt werden, es sei denn

(a) diese andere Person wird vom Verwaltungsrat zur Wahl vorgeschlagen oder

(b) ein Gesellschafter, der bei der anstehenden Gesellschafterversammlung, die den Verwaltungsrat bestimmt, vollstimmrechtlich ist, unterbreitet dem Vorsitzenden - oder wenn dies unmöglich sein sollte, einem anderen Verwaltungsratsmitglied - schriftlich nicht weniger als sechs und nicht mehr als 30 Tage vor dem für die Gesellschafterversammlung vorgesehenen Datum seine Absicht, eine andere Person als seiner selbst zur Wahl oder zur Wiederwahl vorzuschlagen, zusammen mit einer schriftlichen Bestätigung dieser Person, sich zur Wahl stellen zu wollen, wobei jedoch der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung unter der Voraussetzung einstimmiger Zustimmung aller anwesenden Gesellschafter den Verzicht auf die oben aufgeführten Erklärungen beschliessen kann und die solcherweise nominierte Person zu Wahl vorschlagen kann.

Delegation

(4) Der Verwaltungsrat ist berechtigt, seine Vollmachten zur Führung des Tagesgeschäftes und der Angelegenheiten der Gesellschaft sowie der Umsetzung der täglichen Anlagepolitik an natürliche Personen oder Körperschaften, die nicht Mitglieder des Verwaltungsrates sein müssen, zu delegieren. Er kann unter eigener Verantwortung einen oder mehrere Fondsmanager bestellen und diesen die Verwaltung des Gesellschaftsvermögens übertragen.

Vergütung des Verwaltungsrats

(5) Die Vergütungen für Verwaltungsratsmitglieder werden von der Gesellschafterversammlung festgelegt. Sie umfassen auch Auslagen und sonstige Kosten, welche den Verwaltungsratsmitgliedern in Ausübung ihrer Tätigkeit entstehen, einschliesslich eventueller Kosten für Rechtsverfolgungsmassnahmen, es sei denn, solche seien veranlasst durch vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten des betreffenden Verwaltungsratsmitglieds.

Interne Organisation des Verwaltungsrates

Art. 14. (1) Der Verwaltungsrat wird aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, sowie gegebenenfalls einen oder mehrere stellvertretende Vorsitzende wählen. Er kann auch einen Sekretär ernennen, der nicht Mitglied des Verwaltungsrats zu sein braucht und für die Protokolle der Verwaltungsratssitzung und der Hauptversammlung verantwortlich ist.

(2) Eine Sitzung des Verwaltungsrats kann durch den Vorsitzenden oder durch zwei Mitglieder an den in der Einladung angegebenen Sitzungsort unter Angabe der Tagesordnung einberufen werden.

(3) Ist ein Vorsitzender gewählt, so führt er den Vorsitz der Verwaltungsratssitzungen. In seiner Abwesenheit ernennen die Verwaltungsratsmitglieder eine andere Person zum vorübergehenden Vorsitzenden durch Mehrheitsbeschluss der Anwesenden.

(4) Einladungen zu den Sitzungen des Verwaltungsrats erfolgen schriftlich, telegraphische oder per Telefax an alle Mitglieder mindestens 24 Stunden vor Beginn einer solchen Sitzung, mit Ausnahme dringender Umstände, in welchem Falle diese in der Einladung anzuführen sind. Auf Grund von Zustimmungserklärungen aller Verwaltungsratsmitglieder kann auf ein Einberufungsschreiben verzichtet werden. Eine Einladung ist ferner nicht erforderlich für Sitzungen, deren Daten durch Verwaltungsratsbeschluss im voraus festgelegt worden sind.

(5) Jedes Verwaltungsratsmitglied kann sich bei einer Verwaltungsratssitzung durch ein anderes Mitglied des Verwaltungsrats mittels einer Vollmacht in Schriftform oder durch Telegramm, Fernschreiber oder Fernkopierer vertreten lassen.

(6) Der Verwaltungsrat ist nur bei einer ordnungsgemäss erfolgten Einberufung der Sitzung beschlussfähig. Einzelne Verwaltungsratsmitglieder können die Gesellschaft nicht durch ihre individuellen Handlungen verpflichten, ausser wenn sie durch einen speziellen Verwaltungsratsbeschluss dazu ermächtigt sind.

(7) Vorbehaltlich der nachfolgenden Ausnahmen, kann der Verwaltungsrat nur rechtsgültig beraten oder beschliessen, wenn mindestens zwei seiner Mitglieder anwesend oder vertreten sind, wobei eine Teilnahme über Telefonverbindung gestattet ist. Beschlüsse werden durch die Mehrheit der Stimmen der an einer Sitzung anwesenden oder vertretenen Verwaltungsratsmitglieder gefasst. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats hat bei Stimmgleichheit den Stichentscheid.

(8) Die Verwaltungsratsmitglieder können auch auf dem Zirkularwege (Rundschreiben) einen Beschluss herbeiführen, durch schriftliche Zustimmung auf einer oder mehreren gleichlautenden Urkunden.

(9) Der Verwaltungsrat kann einen Geschäftsführer und einen stellvertretenden Geschäftsführer sowie weitere Organe oder sonstige Bevollmächtigte ernennen, wie es für die Geschäfte und die Verwaltung der Gesellschaft notwendig erscheint. Derartige Ernennungen können zu jeder Zeit vom Verwaltungsrat zurückgenommen werden.

(10) Die Geschäftsführer brauchen nicht Mitglieder des Verwaltungsrats oder Gesellschafter zu sein. Die so ernannten Geschäftsführer erhalten die Vollmachten und Pflichten, die ihnen vom Verwaltungsrat in seinem Beschluss übertragen werden. Der Verwaltungsrat kann Vollmacht für die tägliche Führung der Gesellschaft und die Umsetzung der Geschäftspolitik der Geschäftsführung an natürliche oder juristische Personen übertragen, die nicht Mitglieder des Verwaltungsrats sein müssen. Der Verwaltungsrat kann nach freiem Ermessen auch seine Vollmachten, Kompetenzen und

Entscheidungsspielräume auf ein Gremium übertragen, das aus von ihm ernannten Personen (gleich ob Verwaltungsratsmitglieder oder nicht) besteht.

Protokolle der Verwaltungsratssitzungen

Art. 15. Die Protokolle jeder Verwaltungsratssitzung werden durch den Vorsitzenden derselben und ein anderes Verwaltungsratsmitglied oder durch den Sekretär des Verwaltungsrats unterzeichnet. Abschriften oder Auszüge solcher Protokolle, die für Rechtsverfahren oder für andere Rechtszwecke erstellt werden, sind durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrats oder durch zwei Verwaltungsratsmitglieder oder durch den Sekretär des Verwaltungsrates zu unterzeichnen.

Festlegung der Anlagepolitik

Art. 16. (1) Der Verwaltungsrat ist mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet, alle Verwaltungshandlungen und Verfügungen im Gesellschaftsinteresse auszuführen. Alle Befugnisse, die nicht ausdrücklich durch Gesetz oder durch diese Satzung der Gesellschafterversammlung vorbehalten sind, können durch den Verwaltungsrat wahrgenommen werden.

(2) Vorbehaltlich derjenigen Angelegenheiten, die den Gesellschaftern in der Hauptversammlung gemäss Satzung und gemäss den vorstehenden Einschränkungen zustehen, ist der Verwaltungsrat befugt, insbesondere die Anlagepolitik für jeden Teilfonds nach dem Grundsatz der Risikostreuung zu bestimmen, unter Beachtung der Anlagebeschränkungen gemäss Gesetz vom 30. März 1988 oder Verordnungen sowie solcher, die vom Verwaltungsrat beschlossen werden.

(3) Der Verwaltungsrat ist unter Einhaltung des Grundsatzes der Risikostreuung bevollmächtigt, die Geschäfts- und Anlagepolitik für Investitionen zu bestimmen, die sich auf jeden Teilfonds beziehen, sowie die Richtung der Unternehmensführung und der Lenkung der geschäftlichen Angelegenheiten der Gesellschaft.

(4) Der Verwaltungsrat ist gleichfalls bevollmächtigt, jegliche Restriktionen festzulegen, die von Zeit zu Zeit Anwendung auf die Investitionen der Gesellschaft finden.

(5) Der Verwaltungsrat ist berechtigt, die Anlage des Vermögens der Gesellschaft in Folgendem zu veranlassen:

(a) Übertragbare Wertpapiere, die eine offizielle Zulassung an einer Börse in einem Geeigneten Staat besitzen;

(b) übertragbare Wertpapiere, die an einem sonstigen geregelten Markt in einem Geeigneten Staat gehandelt werden, der nach (bestimmten) Regeln betrieben wird, der anerkannt ist und dem Publikum offensteht (ein «geregelter Markt»); und/oder

(c) Kürzlich emittierte übertragbare Wertpapiere, wenn deren Emissionsbedingungen eine Verpflichtung enthalten, die besagt, daß man eine Zulassung für eine offizielle Zulassung an einer Börse in einem Geeigneten Staat oder an einem geregelten Markt, der in einem solchen Fall die Bedingungen eines Geeigneten Marktes erfüllt, beantragen wird, und daß eine solche Zulassung innerhalb der Frist von einem Jahr nach Emission erlangt wird.

Für vorstehende Zwecke ist unter einem «Geeigneten Staat» ein Mitgliedstaat der OECD und sämtliche sonstigen Länder Nord- und Südamerikas, Afrikas, Europas, des Pazifikbeckens und Australasiens zu verstehen, und ein «Geeigneter Markt» ist eine offizielle Börse oder ein Geregelter Markt in einem solchen Geeigneten Staat.

Sämtliche Wertpapiere, die vorstehend unter (a) bis (c) genannt sind, werden hiermit als «Geeigneten Wertpapiere» definiert.

(6) Dennoch ist ein Teilfonds berechtigt, Mittel in übertragbaren Wertpapieren anzulegen, die keine Geeigneten Wertpapiere sind, oder in Schuldtiteln, die wegen ihrer Merkmale, die unter anderem in ihrer Übertragbarkeit und jederzeitigen Veräußerbarkeit bestehen, einen Wert haben, der sich an jedem Bewertungsstichtag genau bestimmen läßt, als den übertragbaren Wertpapieren gleichwertig gelten, wenn der Gesamtwert solcher Schuldtitel und übertragbaren Wertpapiere, welche keine Geeigneten übertragbaren Wertpapiere sind, nicht mehr als 10% des Nettovermögens des Teilfonds übersteigt.

(7) Die Gesellschaft ist ferner berechtigt, bis zu 35% des Nettovermögens jedes Teilfonds in übertragbaren Wertpapieren anzulegen, die von einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union (ein «Mitgliedsstaat»), seinen örtlichen Behörden, von einem anderen Geeigneten Staat oder von einem öffentlichen internationalen Gremium, dem mindestens ein Mitgliedsstaat angehört, ausgegeben oder garantiert werden.

(8) Die Gesellschaft ist weiterhin berechtigt, bis zu 100% des Nettovermögens eines Teilfonds in übertragbaren Wertpapieren anzulegen, die von einem Mitgliedsstaat, seinen örtlichen Behörden oder von einem anderen Mitgliedsstaat der OECD oder von einem öffentlichen internationalen Gremium, dem mindestens ein Mitgliedsstaat angehört, ausgegeben oder garantiert werden, wenn die Gesellschaft Wertpapiere von mindestens sechs unterschiedlichen Emissionen hält und wenn die Wertpapiere einer einzigen Emission nicht mehr als 30% des gesamten Nettovermögens des betreffenden Teilfonds überschreiten.

(9) Die Gesellschaft ist berechtigt, bis zu 5% des Nettovermögens jedes Teilfonds in Aktien oder Anteilen von anderen Organismen für gemeinsame Anlagen in übertragbaren Wertpapieren («OGAW») anzulegen, die der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 20. Dezember 1985 (85/611/EWG) entsprechen.

Im Falle eines OGAW, der über eine gemeinsame Unternehmensführung oder Beherrschung oder über eine direkte oder indirekte Beteiligung wesentlicher Art mit der Gesellschaft verbunden ist, gilt folgendes:

(i) der OGAW muß sich gemäß seinen Gründungsdokumenten auf die Anlage in einem bestimmten geographischen Bereich oder Wirtschaftssektor spezialisiert haben; und

(ii) keine Gebühren oder Kosten von Transaktionen, die sich auf Anteile an solchen OGAW beziehen, dürfen der Gesellschaft in Rechnung gestellt werden.

Pooling

Art. 17. (1) Die Verwaltung der Vermögenswerte einzelner Teilfonds («partizipierende Teilfonds») kann durch die Anwendung von «Pooling»-Techniken erfolgen, wobei ein Teil oder das ganze Vermögen der partizipierenden Teilfonds auf gemeinschaftlicher Basis gemeinsam verwaltet wird. Derartige gemeinsam verwaltete Vermögen werden als «Pool»

bezeichnet, wobei jedoch solche Pools ausschliesslich für interne Verwaltungszwecke verwendet werden. Die Pools haben keine eigentliche Rechtspersönlichkeit und sind nicht direkt zugänglich für die Anleger.

(2) Wenn Vermögen eines oder mehrerer Teilfonds zusammen verwaltet werden, werden die Vermögenswerte, welche jedem Teilfonds zugeteilt werden, zunächst gemäss ihrer ersten Zuteilung von Vermögen in einem solchen Pool bestimmt und werden im Falle von zusätzlichen Zuteilungen oder Zurücknahmen abgeändert. Dividenden, Zinsen und andere Ertragsausschüttungen auf Vermögensgegenstände eines Pools werden diesem Pool zugerechnet und steigern dessen Wert.

(3) Die Ansprüche jedes partizipierenden Teilfonds an den einzelnen Pools entsprechen stets dem Verhältnis, das sich aus der Zusammensetzung des Vermögens des Pools im Vergleich zu den von den partizipierenden Teilfonds eingebrachten Vermögenswerten ergibt.

(4) Zusätzliche Anlagen, welche im Namen von gemeinsam verwalteten Teilfonds gemacht werden, werden diesen Teilfonds gemäss ihren respektiven Rechten zugeteilt und Vermögenswerte welche verkauft werden, werden in der gleichen Art und Weise von den betroffenen Vermögenswerten jedes partizipierenden Teilfonds entnommen.

(5) Soweit die Anlagepolitik der verschiedenen Teilfonds dies gestattet, kann der Verwaltungsrat mit Blick auf die effiziente Verwaltung bestimmen, dass ein Teil das ganze Vermögen eines oder mehrerer Teilfonds gemeinsam mit dem Vermögen anderer Organismen für gemeinsame Anlagen, wie im Verkaufsprospekt der Gesellschaft beschrieben, verwaltet wird.

Unvereinbarkeitsbestimmungen

Art. 18. (1) Kein Vertrag oder sonstige Tätigkeit zwischen der Gesellschaft und irgendeiner anderen Gesellschaft oder Firma wird durch den Umstand beeinträchtigt oder ungültig, dass ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder oder Geschäftsführer der Gesellschaft in einer anderen Gesellschaft Verwaltungsratsmitglied, Gesellschafter, Geschäftsführer, Angestellter oder sonstwie persönlich an einer solchen Gesellschaft oder Firma beteiligt sind.

(2) Jedes Verwaltungsratsmitglied oder jedes andere Organ der Gesellschaft, das als Verwaltungsratsmitglied, Gesellschafter, Geschäftsführer oder Angestellter einer Gesellschaft oder Firma dient, mit der die Gesellschaft vertragliche Beziehungen eingeht oder sonstwie Geschäfte tätigt, ist nicht, infolge einer solchen Verbindung mit der anderen Gesellschaften oder Firma, verhindert, für die Gesellschaft tätig zu sein und über deren Rechtsgeschäfte zu entscheiden.

(3) Falls ein Verwaltungsratsmitglied oder ein Geschäftsführer der Gesellschaft ein persönliches Interesse an einem Geschäft der Gesellschaft hat, muss er dieses persönliche Interesse dem Verwaltungsrat zur Kenntnis bringen und darf sich nicht mit solchen Geschäften befassen oder darüber abstimmen. Solche Rechtsgeschäfte und Interessen eines Verwaltungsratsmitglieds oder Geschäftsführers sind bei der nächsten Gesellschafterhauptversammlung offenzulegen.

(4) Der hier verwendete Ausdruck «persönliches Interesse» umfasst nicht jenes Interesse, das nur deshalb entsteht, weil das Rechtsgeschäft die AIG PRIVAT BANK AG oder die DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG S.A. (bzw. ein mit diesen Banken mittelbar oder unmittelbar verbundenes Unternehmen) oder ein anderes vom Verwaltungsrat bestimmtes Unternehmen betrifft.

Anspruchswahrung gegenüber Depotbank und Freistellung

Art. 19. (1) Die Gesellschaft ist berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen Ansprüche der Anteilseigner gegen die Depotbank geltend zu machen. Dies schliesst die Geltendmachung dieser Ansprüche durch die Anteilseigner nicht aus.

(2) Die Gesellschaft wird jedes Verwaltungsratsmitglied oder jeden Geschäftsführer, oder deren Erben, Testamentsvollstrecker oder Verwalter von allen vernünftigerweise aufgewandten Kosten im Zusammenhang mit irgendeinem Rechtsstreit/Klage oder gerichtlichen Verfahren freistellen, in das er als Partei, in Folge seiner Eigenschaft als aktives oder vormaliges Verwaltungsratsmitglied oder als Geschäftsführer der Gesellschaft oder, auf Verlangen der Gesellschaft, eines anderen Unternehmens, mit dem die Gesellschaft vertraglich verbunden ist oder dessen Gläubigerin sie ist, verwickelt wurde, falls er bei einem solchen Rechtsstreit oder Klage nicht von jeder Verantwortung freigestellt wird. Ausgenommen sind Vorkommnisse, für welche er rechtskräftig aufgrund einer Klage oder einem Rechtsverfahren wegen Fahrlässigkeit oder schlechter Geschäftsführung verurteilt wird. Im Falle eines Vergleichs wird Schadenersatz nur im Zusammenhang mit solchen Angelegenheiten geleistet, die durch den Vergleich gedeckt sind und hinsichtlich welcher die Gesellschaft von ihren Rechtsanwälten eine Bestätigung bekommt, dass die haftungspflichtige Person keine Pflichtverletzung trifft. Die vorstehenden Rechte auf Freistellung schliessen andere Rechte nicht aus, auf die solche Personen einen berechtigten Anspruch haben.

Vertretung

Art. 20. Die Gesellschaft wird durch die gemeinsamen Unterschriften von zwei Verwaltungsratsmitgliedern verpflichtet oder - falls der Verwaltungsrat entsprechende Delegationsbeschlüsse gefasst hat - durch die gemeinsamen Unterschriften eines Verwaltungsrats und einem Geschäftsführer oder Prokuristen oder, für genau bezeichnete Einzelgeschäfte, durch die Einzelunterschriften solcher Personen, welchen durch Verwaltungsratsbeschluss oder durch zwei Verwaltungsratsmitglieder die entsprechenden Befugnisse erteilt wurden.

Wirtschaftsprüfer

Art. 21. Die Hauptversammlung der Gesellschafter ernennt einen Wirtschaftsprüfer («réviseur d'entreprises agréé»), der gegenüber der Gesellschaft die in Artikel 89 des Gesetzes vom 30. März 1988 beschriebenen Pflichten wahrnimmt.

Ausgabe der Anteile

Art. 22. (1) Wie nachfolgend im Einzelnen geregelt, werden Anteile eines Teilfonds von der Gesellschaft grundsätzlich an jedem Bewertungstag und zu dem hierzu entsprechenden Ausgabepreis zum Verkauf angeboten und ausgegeben. Der Ausgabepreis wird auf der Grundlage des Nettinventarwertes pro Anteil des jeweiligen Teilfonds oder der jeweiligen Anteilsklasse, in Übereinstimmung mit den Vorschriften von Artikel 28 dieser Satzung berechnet.

(2) Der Verwaltungsrat ist jederzeit berechtigt, die Ausgabe von Anteilen eines Teilfonds mit einer Gebühr zu belegen, Einschränkungen und Bedingungen zu unterwerfen, wie die im geltenden Verkaufsprospekt beschrieben sind.

(3) Die Ausgabe von Anteilen erfolgt in der Regel nach dem Erhalt des ordnungsgemässen Zeichnungsantrages bei der Gesellschaft und innerhalb banküblicher Fristen nach Eingang des vollständigen Ausgabepreises bei der Depotbank gemäss den Grundsätzen, die jeweils vom Verwaltungsrat festgelegt werden und im geltenden Verkaufsprospekt der Gesellschaft dargelegt sind.

(4) Die Gesellschaft behält sich jederzeit das Recht vor, ohne Angabe von Gründen, Zeichnungen ganz oder teilweise abzulehnen. In diesem Fall werden bereits geleistete Zahlungen bzw. Guthaben an den Zeichner auf dessen Risiko zurücküberwiesen.

(5) Der Antrag auf Zeichnung von Anteilen ist vom Zeichner schriftlich direkt an die Gesellschaft oder durch Vermittlung Dritter bis zu dem im Verkaufsprospekt festgelegten Zeitpunkt vor dem Bewertungstag zu richten, an dem die Anteile ausgegeben werden sollen. Ein Erwerber muss seine Bank anweisen, den fälligen Betrag an die Gesellschaft zu überweisen, wobei die genaue Identität des (der) Zeichner(s), dessen (deren) Geburtsdatum und Adresse, der (die) betreffende(n) Teilfonds, dessen (deren) Anteile gezeichnet werden sollen, sowie (wenn zutreffend) innerhalb eines Teilfonds, welche Anteilsklassen gezeichnet werden, anzugeben sind.

(6) In Übereinstimmung mit den anwendbaren Gesetzen ist die Gesellschaft jederzeit dazu berechtigt, als Gegenstück zur Einbringung von Vermögenssachwerten voll eingezahlte Anteile auszugeben, vorausgesetzt, diese Vermögenssachwerte entsprechen den Anlagebeschränkungen des oder der betreffenden Teilfonds. Der Wert solcher Vermögenssachwerte wird durch den Wirtschaftsprüfer der Gesellschaft anhand eines speziellen Prüfungsberichts und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen, die bei der Berechnung des Netto-Inventarwertes des Vermögens der Gesellschaft angewandt werden, festgelegt.

Rücknahme und Umtausch der Anteile

Art. 23. (1) Wie nachfolgend im Einzelnen geregelt, hat die Gesellschaft das Recht, ihre Anteile jederzeit innerhalb der durch das Gesetz vorgesehenen Einschränkung bezüglich des Mindestkapitals zurückzukaufen.

(2) Jeder Gesellschafter kann beantragen, dass die Gesellschaft sämtliche oder einen, gegebenenfalls mit einem Minimum versehenen und vom Verwaltungsrat beschlossenen, Teil seiner Anteile zurückkauft.

(3) Die Gesellschaft ist ferner berechtigt, erhebliche Rücknahmen, auch im Zuge von Umtauschanträgen, die nicht aus flüssigen Mitteln getätigt werden können, erst zu tätigen, nachdem entsprechende Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds ohne Verzögerung verkauft wurden, wobei die Rücknahmen zum Netto-Inventarwert des Bewertungstages, an welchem der Verkauf getätigt wurde, abzüglich der eventuell anwendbaren Rücknahmegebühr, ausgeführt werden.

(4) Der Verwaltungsrat wird dafür Sorge tragen, dass jederzeit genügend Liquidität vorhanden ist, um unter normalen Umständen die Zahlung des Rücknahmepreises zu gewährleisten. Sollte jedoch im Falle von Rücknahmen aufgrund von aussergewöhnlichen Umständen die Liquidität des Anlagevermögens eines Teilfonds nicht für die Zahlung innerhalb dieses Zeitraums ausreichen, wird die Gesellschaft unverzüglich Gegenstände des Vermögens des Teilfonds veräussern, um die Zahlung so schnell wie möglich durchführen zu können, jedoch ohne Zinsen.

(5) Der Rücknahmepreis wird innerhalb von fünf Bankarbeitstagen in Luxemburg nach dem betreffenden Bewertungstag gezahlt. Der Lauf der vorgenannten Fristen beginnt bei der Rücknahme von Anteilen, für welche Zertifikate ausgestellt wurden, erst mit Zugang des Zertifikates bei der Gesellschaft. Der Rücknahmepreis wird auf der Grundlage des Netto-Inventarwertes pro Anteil des jeweiligen Teilfonds oder der jeweiligen Anteilsklasse, in Übereinstimmung mit den Vorschriften von Artikel 28 dieser Satzung berechnet, abzüglich von geschätzten Handelsgebühren.

(6) Der Antrag auf Rücknahme der Anteile ist vom Anteilseigner schriftlich direkt an die Gesellschaft oder über die Vermittlung Dritter bis zu dem im Verkaufsprospekt festgelegten Zeitpunkt vor dem Bewertungstag zu richten, an dem die Anteile zurückgegeben werden sollen. Die Anteilzertifikate müssen mit allen noch nicht fälligen Coupons versehen sein. Ein ordnungsgemäss erteilter Rücknahmeantrag ist unwiderruflich, ausser im Falle und während einer Aussetzung oder Aufschiebung der Rücknahme.

(7) Jeder Anteilseigner kann grundsätzlich den gänzlichen oder teilweisen Umtausch seiner Anteile in Anteile eines anderen Teilfonds, beziehungsweise in Anteile unterschiedlicher Anteils Kategorien beantragen, gemäss einer Umtauschformel und Grundsätzen, die jeweils vom Verwaltungsrat festgelegt werden und im geltenden Verkaufsprospekt der Gesellschaft dargelegt sind.

Der Verwaltungsrat ist jedoch berechtigt, den Umtausch der Anteile eines Teilfonds in Anteile eines anderen Teilfonds oder innerhalb eines Teilfonds, von einer Anteilsklasse in eine andere Anteilsklasse mit einer Gebühr zu belegen, Einschränkungen und Bedingungen zu unterwerfen oder gänzlich zu untersagen, wie die im geltenden Verkaufsprospekt beschrieben sind.

Verschmelzung und Auflösung von Teilfonds

Art. 24. (1) Der Verwaltungsrat kann beschliessen, einen oder mehrere Teilfonds oder Anteilsklassen zusammenzulegen, oder einen oder mehrere Teilfonds oder Anteilsklassen aufzulösen, indem die betroffenen Anteile entwertet werden und den betroffenen Anteilseignern der Nettoliquidationswert der Anteile dieses oder dieser Teilfonds oder Anteilsklassen zurückerstattet wird. Der Verwaltungsrat kann ebenfalls beschliessen, einen oder mehrere Teilfonds mit einem anderen luxemburgischen Organismus für Gemeinsame Anlagen zu verschmelzen.

Der Verwaltungsrat ist befugt, einen der vorgenannten Beschlüsse zu fassen

(a) im Falle einer wesentlichen Änderung der sozialen, politischen oder wirtschaftlichen Lage in den Ländern, in denen Anlagen für den jeweiligen Teilfonds getätigt werden oder in denen die Anteile dieses Teilfonds vertrieben werden, oder

(b) sofern der Wert der Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds derart fällt, dass eine wirtschaftlich effiziente Verwaltung dieses Teilfonds nicht mehr gewährleistet werden kann, oder

(c) im Rahmen einer Rationalisierung.

Falls der Verwaltungsrat beschliesst, einen Teilfonds aufzulösen, sind die Anteilhaber dieses Teilfonds berechtigt, die Rücknahme ihrer Anteile bis zum Tag der Liquidation zu beantragen. Die Gesellschaft berücksichtigt die Liquidationskosten im Netto-Inventarwert je Anteil, setzt jedoch keine Rücknahmegebühr unter diesen Umständen in Rechnung. Der Liquidationserlös, der von Anteilseignern nach Abschluss der Liquidation nicht gefordert wurde, bleibt bei der Depotbank für einen Zeitraum von sechs Monaten deponiert und wird anschliessend bei der Caisse des Consignations in Luxemburg hinterlegt, wo er nach 30 Jahren verfällt.

(2) Der Beschluss des Verwaltungsrates, die Verschmelzung eines oder mehrerer Teilfonds mit einem oder mehreren anderen Teilfonds der Gesellschaft oder mit einem anderen luxemburgischen Organismus für Gemeinsame Anlagen vorzunehmen, wird den betroffenen Anteilseignern gemäss nachfolgendem Punkt (3) mitgeteilt. In diesem Fall ist es den betroffenen Anteilseignern erlaubt, während der Mindestdauer eines Monats ab dem Datum der erfolgten Mitteilung die kostenfreie Rücknahme oder den kostenfreien Umtausch aller oder eines Teils ihrer Anteile zu dem anwendbaren Netto-Inventarwert zu beantragen. Nach Ablauf dieser Periode ist die Verschmelzung für alle verbleibenden Anteilseigner bindend. Im Falle der Verschmelzung einer oder mehrerer Anteilklassen der Gesellschaft mit einem luxemburgischen «fonds commun de placement» ist der Beschluss jedoch nur für die dieser Verschmelzung zustimmenden Anteilseigner bindend, bei allen anderen Anteilseignern wird davon ausgegangen, dass sie einen Antrag auf Rücknahme ihrer Anteile gestellt haben.

Der Erlös aus der Auflösung von Anteilen, der von den Anteilseignern nach erfolgter Auflösung einer Anteilkategorie nicht gefordert wurde, wird bei der Caisse des Consignations in Luxemburg hinterlegt, wo er nach 30 Jahren verfällt.

(3) Die Gesellschaft hat die Anteilseigner durch Veröffentlichung einer Rücknahmeankündigung in einer vom Verwaltungsrat zu bestimmenden Zeitung hierüber zu informieren. Sind alle betroffenen Anteilseigner und ihre Adressen der Gesellschaft bekannt, so erfolgt die Rücknahmeankündigung mittels Brief an diese Adressaten.

Bewertungen und Aussetzungen von Bewertungen

Art. 25. (1) Der Netto-Inventarwert je Anteil jedes Teilfonds und, sofern anwendbar, der Netto-Inventarwert der innerhalb eines Teilfonds ausgegebenen Anteilklassen, wird in dem vom Verwaltungsrat bestimmten und im Verkaufsprospekt aufgeführten Rhythmus, mindestens jedoch zweimal monatlich berechnet. Der Tag, an dem diese Berechnung vorgenommen wird, wird als «Bewertungstag» bezeichnet.

(2) Die Gesellschaft kann die Berechnung des Netto-Inventarwertes eines jeden Teilfonds, sowie die Ausgabe, den Umtausch und die Rücknahme von Anteilen eines Teilfonds, ebenso wie den Umtausch von Anteilen innerhalb eines Teilfonds zeitweilig aussetzen:

(a) wenn ein Markt oder eine Börse, an der ein wesentlicher Teil der Wertpapiere des entsprechenden Teilfonds gehandelt wird (ausser an gewöhnlichen Feiertagen), geschlossen, der Handel eingeschränkt oder ausgesetzt ist; oder

(b) wenn es nach Ansicht des Verwaltungsrates aufgrund besonderer Umstände unmöglich ist, Vermögenswerte zu verkaufen oder zu bewerten; oder

(c) wenn die normalerweise zur Kursbestimmung eines Wertpapiers des entsprechenden Teilfonds eingesetzte Kommunikationstechnik zusammengebrochen oder nur bedingt einsatzfähig ist; oder

(d) wenn die Überweisung von Geldern zum Kauf oder zur Veräusserung von Kapitalanlagen der Gesellschaft unmöglich ist; oder

(e) im Fall einer Entscheidung, die Gesellschaft zu liquidieren, an oder nach dem Tag der Veröffentlichung der ersten Einberufung einer sich mit diesem Thema befassenden Hauptversammlung der Anteilseigner zu diesem Zweck.

(3) Bei Eintritt eines Ereignisses, welches die Liquidation der Gesellschaft zur Folge hat, oder nach Eingang einer entsprechenden Anordnung der luxemburgischen Aufsichtsbehörde, wird die Gesellschaft die Ausgabe, Rücknahme und den Umtausch von Anteilen unverzüglich einstellen.

(4) Anteilseigner, die ihre Anteile zur Rücknahme oder Umwandlung angeboten haben, werden innerhalb von sieben Tagen schriftlich über eine solche Aussetzung sowie unverzüglich von der Beendigung derselben benachrichtigt.

(5) Die Aussetzung der Ausgabe bzw. Rücknahme und Umwandlung von Anteilen irgendeines Teilfonds hat keine Auswirkung auf die Berechnung des Netto-Inventarwertes und die Ausgabe, Rücknahme und Umtausch von Anteilen eines anderen Teilfonds.

Bestimmung des Netto-Inventarwertes

Art. 26. Der Netto-Inventarwert je Anteil (auch «Anteilwert») jedes Teilfonds und, soweit anwendbar, der Netto-Inventarwert je Anteil der innerhalb eines Teilfonds ausgegebenen Anteilklassen, wird in der betreffenden Währung an jedem Bewertungstag bestimmt, indem der gesamte Netto-Inventarwert der Aktiva des betreffenden Teilfonds durch die Anzahl der sich im Umlauf befindlichen Anteile dieses Teilfonds dividiert wird. Der gesamte Netto-Inventarwert des betreffenden Teilfonds repräsentiert dabei den Marktwert der ihm zugeordneten Vermögenswerte, abzüglich der Verbindlichkeiten.

Bewertungsvorschriften

Art. 27. Die Bewertung des Netto-Inventarwertes der verschiedenen Teilfonds erfolgt in folgender Weise:

(A) Die Aktiva der Gesellschaft beinhalten folgendes:

(a) sämtliche verfügbaren Kassen- bzw. Kontobestände, zuzüglich aufgelaufener Zinsen;

(b) alle Wechsel und andere Guthaben auf Sicht (inklusive der Erlöse von Wertpapierverkäufen, die noch nicht gutgeschrieben sind);

(c) alle Wertpapiere (Aktien, fest- und variabel verzinsliche Wertpapiere, Obligationen, Options- oder Subscriptionsrechte, Optionsscheine und andere Anlagen und Wertpapiere im Besitz der Gesellschaft);

(d) alle Dividenden und fälligen Ausschüttungen zugunsten der Gesellschaft in bar oder in anderer Form, soweit der Gesellschaft bekannt, unter Voraussetzung, dass die Gesellschaft die Bewertungsveränderung im Marktwert der Wertpapiere infolge der Handelspraktiken wie z.B. im Handel ex Dividende bzw. ex Bezugsrechte anpassen muss;

(e) alle aufgelaufenen Zinsen auf verzinsliche Wertpapiere, die die Gesellschaft hält, soweit nicht solche Zinsen in der Hauptforderung enthalten sind;

(f) alle finanziellen Rechte, die sich aus dem Einsatz derivativer Instrumente ergeben;

(g) die vorläufigen Aufwendungen der Gesellschaft, soweit diese nicht abgeschrieben wurden, unter der Voraussetzung, dass solche vorläufigen Aufwendungen direkt vom Kapital der Gesellschaft abgeschrieben werden dürfen; und

(h) alle anderen Aktiva jeder Art und Zusammensetzung, inklusive vorausbezahlte Aufwendungen.

Der Wert solcher Anlagewerte wird wie folgt festgelegt:

(1) Der Wert von frei verfügbaren Kassabeständen bzw. Einlagen, Wechsel und Sichtguthaben, vorausbezahlte Aufwendungen, Bardividenden und Zinsen gemäss Bestätigung oder aufgelaufen, aber nicht eingegangen, wie oben dargestellt, soll zum vollen Betrag verbucht werden, es sei denn aus irgendeinem Grund sei die Zahlung wenig wahrscheinlich oder nur ein Teil einbringlich, weshalb der Wert hiervon nach Reduktion eines Abschlages ermittelt werden soll, nach bestem Wissen der Gesellschaft, mit dem Zwecke, den effektiven Wert zu ermitteln.

(2) Zum Anlagevermögen gehörende Wertpapiere die amtlich notiert sind oder an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden, sind zum letzten verfügbaren Kurs an dem Hauptmarkt, an dem diese Wertpapiere gehandelt werden, bewertet. Dabei können die Dienste eines von dem Verwaltungsrat genehmigten Kursvermittlers in Anspruch genommen werden. Investmentfondsanteile sind zu ihrem letzten verfügbaren Rücknahmepreis bzw. Netto-Inventarwert zu veranschlagen. Wertpapiere, deren Kurs nicht marktgerecht ist, sowie alle anderen zulässigen Anlagewerte (einschliesslich Wertpapiere, die nicht an einer Börse amtlich notiert sind oder an einem geregelten Markt gehandelt werden), werden zu ihren wahrscheinlichen Realisierungswerten eingesetzt, die nach Treu und Glauben durch oder unter der Leitung der Geschäftsleitung der Gesellschaft bestimmt werden.

(3) Der Realisierungswert von nicht auf einer Börse amtlich notierten oder an einem geregelten Markt gehandelten Termin- oder Optionskontrakten ist ihr Netto-realisierungswert, wie er gemäss einer fortwährend angewandten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbarer Methode von der Gesellschaft bestimmt wird.

Der Realisierungswert von auf einer Börse amtlich notierten oder an einem geregelten Markt gehandelten Termin oder Optionskontrakten wird auf der Grundlage der letzten verfügbaren Settlement-Preise dieser Kontrakte auf den Börsen oder geregelten Märkten, auf denen die Gesellschaft die betreffenden Kontrakte handelt, bestimmt, wobei jedoch der Realisierungswert einem von der Gesellschaft als angemessen und vernünftig angesehenen Wert entspricht, wenn die entsprechenden Kontrakte an einem Bewertungstag nicht realisiert werden konnten.

(4) Alle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die nicht auf die Währungen des entsprechenden Teilfonds lauten, werden in die jeweilige Währung dieses Teilfonds zu dem am Bewertungszeitpunkt von einer Bank oder einem anderen verantwortlichen Finanzinstitut mitgeteilten Wechselkurs umgerechnet.

Wird aufgrund besonderer Umstände, wie zum Beispiel versteckten Kreditrisikos, eine Bewertung nach Massgabe der vorstehenden Regeln undurchführbar oder unrichtig, ist die Gesellschaft berechtigt, andere allgemein anerkannte, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbare Bewertungsgrundsätze anzuwenden, um eine angemessene Bewertung des Anlagevermögens zu erzielen.

(B) Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft beinhalten folgendes:

(a) alle Kreditaufnahmen, Wechsel und andere fälligen Beträge; inklusive Sicherheitshinterlagen wie margin accounts etc. im Zusammenhang mit dem Einsatz von derivativen Instrumenten;

(b) alle fälligen bzw. aufgelaufenen administrativen Aufwendungen inklusive der Gründungs- und Registrierungskosten bei den Regierungsstellen wie auch Rechtsberatungsgebühren, Prüfungsgebühren alle Gebühren der Anlageberater, der Depotstelle, Vertriebsstellen und aller anderen Repräsentanten und Agenten der Gesellschaft die Kosten der Pflichtveröffentlichungen und des Verkaufsprospekts, der Geschäftsabschlüsse und anderer Dokumente, die den Anteilseigner verfügbar gemacht werden. Weichen die zwischen der Gesellschaft und den von ihr hinzugezogenen Dienstleistungserbringern wie Anlageberater, Vertriebsberater, Depotbank vereinbarten Gebührensätze für solche Dienstleistungen bezüglich einzelner Teilfonds voneinander ab, so sind die entsprechenden unterschiedlichen Gebühren ausschliesslich dem jeweiligen Teilfonds zu belasten. Marketing- und Werbungsaufwendungen dürfen nur im Einzelfall durch Beschluss des Verwaltungsrates gegebenenfalls auf Antrag eines Beirats einem Teilfonds belastet werden;

(c) alle fälligen und noch nicht fälligen bekannten Verbindlichkeiten inklusive der erklärten, aber noch nicht bezahlten Dividenden;

(d) ein angemessener für Steuer zurückgestellter Betrag, berechnet auf den Tag der Bewertung sowie andere Rückstellungen oder Reserven, die vom Verwaltungsrat genehmigt sind;

(e) alle anderen Verbindlichkeiten der Gesellschaft irgendwelcher Natur gegenüber dritten Parteien, wobei jedoch solche Verbindlichkeitenvertraglich auf eine oder mehrere Teilfonds beschränkt werden können.

Zum Zwecke der Bewertung ihrer Verbindlichkeiten kann die Gesellschaft alle administrativen und sonstigen Aufwendungen mit regelmässigem bzw. periodischem Charakter mit einbeziehen, indem sie diese für das gesamte Jahr oder jede andere Periode bewertet und den sich ergebenden Betrag proportional auf die jeweilige aufgelaufene Zeitperiode aufteilt. Diese Bewertungsmethode darf sich nur auf administrative und sonstige Aufwendungen beziehen, die alle Teilfonds gleichmässig betreffen.

(C) Für jeden Teilfonds wird der Verwaltungsrat in folgender Weise ein Anlagevermögen erstellen:

(a) Der Erlös der Zuteilung und Ausgabe von Anteilen jedes Teilfonds soll in den Büchern der Gesellschaft demjenigen Anlagevermögen zugeordnet werden, für das dieser Teilfonds eröffnet worden ist und die entsprechenden Anlagewerte und Verbindlichkeiten sowie Einkünfte und Aufwendungen sollen diesem Anlagevermögen gemäss den Richtlinien dieses Artikels zugeordnet werden.

(b) Wenn irgendein Anlagewert von einem anderen Aktivum abgeleitet worden ist, sollen derartige abgeleitete Aktiva in den Büchern der Gesellschaft dem gleichen Anlagevermögen zugeordnet werden, wie die Aktiva, von denen sie her-

stammen und bei jeder neuen Bewertung eines Anlagewerts wird der Wertzuwachs bzw. Wertverlust dem betreffenden Anlagevermögen zugeordnet.

(c) Falls die Gesellschaft eine Verbindlichkeit eingegangen ist, die in Beziehung zu irgendeinem Aktivum eines bestimmten Anlagevermögens oder zu irgendeiner Aktivität in Zusammenhang mit einem Aktivum irgendeines Anlagevermögens steht, wird diese Verbindlichkeit dem betreffenden Anlagevermögen zugeordnet.

(d) Falls ein Anlagewert oder eine Verbindlichkeit der Gesellschaft nicht als eine einem bestimmten Anlagevermögen zuzuordnende bestimmte Grösse angesehen werden kann und auch nicht alle Teilfonds gleichmässig betrifft, kann der Verwaltungsrat nach Treu und Glauben solche Anlagewerte oder Verbindlichkeiten zuordnen.

(e) Ab dem Tage an dem eine Dividende für einen Teilfonds erklärt wird, ermässigt sich der Netto-Inventarwert dieses Teilfonds um den Dividendenbetrag, vorbehaltlich jedoch immer der Regelungen für den Verkauf und Rücknahmepreis der ausschüttenden und thesaurierenden Anteile jedes Teilfonds, wie in diesen Artikeln dargelegt.

(D) Für den Zweck der Bewertung im Rahmen dieses Artikels gilt folgendes:

(a) Anteile, die gemäss Artikel 23 zurückgekauft werden, sollen als bestehende behandelt und eingebucht werden bis unmittelbar nach dem durch den Verwaltungsrat festgelegten Zeitpunkt, an dem eine solche Bewertung durchgeführt wird, und von diesem Zeitpunkt an bis der Preis hierfür bezahlt ist werden sie als eine Verbindlichkeit der Gesellschaft behandelt;

(b) alle Anlagen, Kassenbestände und übrigen Aktiva irgendeines Anlagevermögens, die nicht auf die Währung des betreffenden Teilfonds lauten, werden unter Berücksichtigung ihres Marktwertes zu dem an dem Tag der Netto-Inventarwertberechnung geltenden Wechselkurs umgerechnet; und

(c) an jedem Bewertungstag müssen alle Käufe und Verkäufe von Wertpapieren, die durch die Gesellschaft an eben diesem Bewertungstag kontrahiert wurden, soweit möglich, in die Bewertung miteinbezogen werden.

Ausgabepreis und Rücknahmepreis

Art. 28. (1) Wann immer die Gesellschaft Anteile zur Zeichnung anbietet, basiert der Preis der angebotenen Anteile auf dem Netto-Inventarwert je Anteil (wie oben definiert) für den jeweiligen Teilfonds bzw. Anteilsklasse, erhöht um eine Verkaufsgebühr, soweit von der Vertriebsstelle oder der Gesellschaft beschlossen, die ganz oder teilweise an die Vertriebsstelle oder an die Gesellschaft zu zahlen ist, wobei diese Verkaufsgebühr sich nach den jeweiligen Gesetzen richtet und ein vom Verwaltungsrat beschlossenes Maximum nicht überschreiten darf. Ferner können Verkaufsgebühren für jeden Teilfonds bzw. jede Anteilsklasse unterschiedlich sein, unter der Massgabe, dass innerhalb eines Teilfonds bzw. einer Anteilsklasse gleiche Zeichnungsanträge eines- und desselben Ausgabetales gleich behandelt werden müssen insofern die betreffende Verkaufsgebühr der Gesellschaft zusteht. Der so errechnete Preis («Ausgabepreis») ist innerhalb eines vom Verwaltungsrat zu beschliessenden Zeitraums von nicht mehr als sieben Bankarbeitstagen nach Zuteilung der Anteile zahlbar.

Ausnahmsweise kann der Ausgabepreis mit Zustimmung des Verwaltungsrats und in Übereinstimmung mit allen anwendbaren Gesetzen insbesondere mittels einer Sonderbewertung der betreffenden Sacheinlagen durch den Wirtschaftsprüfer der Gesellschaft derart geleistet werden, dass der Gesellschaft vom Erwerber in Übereinstimmung mit der Anlagepolitik und den Anlagebeschränkungen Wertpapiere übertragen werden.

Soweit Sparpläne angeboten werden, wird die Verkaufsgebühr nur auf die tatsächlich geleisteten Zahlungen erhoben. Eine Vorwegbelastung von Verkaufsgebühren, die nachfolgende Anteilkäufe betreffen, ist ausgeschlossen.

(2) Bei jeder Rücknahme von Anteilen wird der Preis, zu dem diese Anteile zurückgenommen werden, auf Basis des Netto-Inventarwertes des jeweiligen Teilfonds bzw., Anteilsklasse berechnet, ermässigt um eine Rücknahmegebühr, soweit vom Verwaltungsrat beschlossen, die ganz oder teilweise an die Vertriebsstelle oder an die Gesellschaft zu zahlen ist, wobei diese Verkaufsgebühr sich nach den jeweiligen Gesetzen richtet und ein vom Verwaltungsrat beschlossenes Maximum nicht überschreiten darf. Ferner können Verkaufsgebühren für jeden Teilfonds bzw. jede Anteilsklasse unterschiedlich sein. Der so definierte Preis («Rücknahmepreis») wird gemäss Artikel 23 ausbezahlt.

(3) Der Verwaltungsrat der Gesellschaft kann ferner Sparpläne zur Zeichnung von Anteilen einer oder mehrerer Teilfonds, sowie Auszahlpläne zur Auszahlung von Anteilen einer oder mehrerer Teilfonds, zulassen.

Rechnungsjahr

Art. 29. (1) Das Rechnungsjahr der Gesellschaft beginnt am 1. Januar eines Jahres und endet am 31. Dezember des gleichen Jahres. Das Erste Rechnungsjahr beginnt mit der Gründung der Gesellschaft und endet am 31. Dezember 2002.

(2) Die Jahresabschlüsse der Gesellschaft erfolgen in Euro. Falls gemäss Artikel 5 verschiedene Teilfonds bestehen, deren Anteilwerte auf anderen Währungen als Euro lauten, werden diese in Euro umgerechnet und in den zusammengefassten (konsolidierten) geprüften Jahresabschluss in Euro einbezogen, der mit dem Bericht des Verwaltungsrats und der Einladung zur Jahreshauptversammlung allen Namensanteileignern 15 Tage vor jeder Jahreshauptversammlung zur Verfügung gehalten wird.

Gewinnverteilung, Ausschüttung

Art. 30. (1) Die getrennten Gesellschafterversammlungen der Anteilseigner des jeweiligen Teilfonds beschliessen auf Antrag des Verwaltungsrats über die Verwendung des Nettogewinnes dieses Teilfonds, wobei jeweils die Eigner thesaurierender Anteile und die Eigner ausschüttender Anteile getrennt beschliessen. Die Ergebnisse der Gesellschaft können ausgeschüttet werden, insoweit das wie in Artikel 5 definierte Mindestkapital der Gesellschaft davon nicht berührt wird.

(2) Zwischendividenden können durch Verwaltungsratsbeschluss zu jeder Zeit auf die Anteile eines Teilfonds ausbezahlt werden.

(3) Dividenden können für die ausschüttenden Anteile jedes Teilfonds, wenn ausgegeben, erklärt werden unter der Voraussetzung, dass immer eine Dividende auf ausschüttenden Anteilen eines Teilfonds erklärt wird; die Verkaufs- und Rücknahmepreise der ausschüttenden Anteile und der thesaurierenden Anteile desselben Teilfonds, wenn ausgegeben, sind bei einer Dividendenausschüttung entsprechend anzupassen. Falls eine Dividende auf ausschüttende Anteile eines

Teilfonds erklärt wird, muss ein entsprechender Betrag jedem thesaurierenden Anteil des gleichen Teilfonds zugeordnet werden.

(4) Die erklärten Dividenden werden normalerweise in der Währung des betreffenden Teilfonds bzw. Anteilsklasse gezahlt, können jedoch auch in einer anderen, vom Verwaltungsrat zu beschliessenden Währung an den von demselben festgelegten Orten und Zeiten bezahlt werden. Der Verwaltungsrat kann den zur Umrechnung der Dividendenbeträge in die Währung ihrer Zahlung anwendbaren Wechselkurs festlegen.

(5) Auf beschlossene, jedoch nicht von einem Anteilseigner eingeforderte Ausschüttungen werden keine Zinsen gezahlt.

(6) Ausschüttungen, die nicht innerhalb von fünf Jahren eingefordert werden, fallen an die Gesellschaft zurück und werden dem Teilfonds, aus dessen Vermögen sie gezahlt wurden, zugerechnet.

Namensgebung der Gesellschaft

Art. 31. Die Gesellschaft wird Verträge mit Gesellschaften der AIG-GRUPPE abschliessen, im Rahmen derer diese der Gesellschaft bei der Führung ihrer Geschäfte umfassende Dienste leisten. Falls diese Verträge aus irgendeinem Grund gekündigt werden und die AIG-GRUPPE aufhört, für die Gesellschaft Dienstleistungen zu erbringen oder sie zu unterstützen, ist die Gesellschaft verpflichtet, auf erste Aufforderung der AIG-GRUPPE hin, ihren Namen in eine Firmenbezeichnung zu ändern, die den Begriff «AIG» nicht mehr enthält.

Ausschüttung bei Auflösung

Art. 32. Falls die Gesellschaft aufgelöst wird, erfolgt die Liquidation durch einen oder mehrere Liquidatoren (bei denen es sich um natürliche oder juristische Personen handeln kann), die von der Hauptversammlung benannt werden, die eine solche Auslösung beschliesst und Vollmachten und Entgelte festlegt. Der Nettoerlös der Liquidation, bezogen auf jeden Teilfonds bzw. Anteilsklasse, wird durch die Liquidatoren unter den betroffenen Anteilseignern im Verhältnis ihrer Anteile an diesem Teilfonds bzw. Anteilsklasse aufgeteilt.

Satzungsänderung

Art. 33. Diese Satzung kann jederzeit durch Beschluss der Gesellschafter abgeändert oder ergänzt werden, vorausgesetzt, dass die in dem Luxemburger Gesetz vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften in seiner jeweils neusten Fassung (das «Gesetz vom 10. August 1915») vorgesehenen Bedingungen über Beschlussfähigkeit und Mehrheiten in der Abstimmung eingehalten werden.

Alle Änderungen der Rechte von Anteilseignern eines Teilfonds im Verhältnis zu denjenigen eines anderen Teilfonds können nur erfolgen, falls diese mit den im Gesetz vom 10. August 1915 für Satzungsänderungen vorgesehenen Bedingungen auch in dem betreffenden Teilfonds erfüllt sind.

Allgemein

Art. 34. Alle Angelegenheiten, die nicht durch diese Satzung bestimmt werden, werden durch das Gesetz vom 10. August 1915 und das Gesetz vom 30. März 1988 bestimmt.

Zeichnung des Gründungskapitals

Das Gründungskapital der Gesellschaft wird wie folgt gezeichnet und in bar eingezahlt:

Aktionär	Gezeichnetes Kapital	Anzahl der Aktien
(1) AIG PRIVAT BANK AG, vorgeannt:	35.900,- EUR	359
(2) AIG FONDSLEITUNG (SCHWEIZ) AG, vorgeannt:	100,- EUR	1
Gesamt:	36.000,- EUR	360

Der Nachweis der erfolgten Zahlung aller Beträge wurde erbracht, wie ausdrücklich vor dem unterzeichneten Notar erklärt.

Das Kapital wird zum Zwecke der Registrierung mit LUF 1.452.235,- veranschlagt.

Kosten

Die Kosten, Aufwendungen, Vergütungen und Gebühren jeglicher Art, die von der Gesellschaft im Ergebnis ihrer Gründung zu übernehmen sind, werden auf LUF 250.000,- veranschlagt.

Erklärung

Der unterzeichnete Notar erklärt hiermit, dass die Bedingungen, wie in Artikel 26 des Gesetzes vom 10. August 1915 ausgeführt, erfüllt worden sind.

Hauptversammlung der Aktionäre

Die vorstehenden Personen, welche das genannte gezeichnete Kapital der Gesellschaft vertreten, und welche erklären, dass sie auf ordnungsgemässe Weise geladen worden sind, berufen hiermit sofort eine ausserordentliche Hauptversammlung ein.

Nach ordnungsgemässer Konstituierung haben dieselben nun einstimmig die folgenden Beschlüsse gefasst:

Erster Beschluss

Zu Mitgliedern des Verwaltungsrats werden ernannt:

- Dr. Thomas Lips, Mitglied der Geschäftsleitung AIG PRIVAT BANK AG, CH-8021 Zürich, Pelikanstrasse 37,
- Werner Vontobel, Mitglied der Geschäftsleitung AIG PRIVAT BANK AG, CH-8021 Zürich, Pelikanstrasse 37,
- Stefan Bolt, Mitglied der Direktion AIG PRIVAT BANK AG, CH-8021 Zürich, Pelikanstrasse 37,

- Stefan Kräuchi, Geschäftsführer AIG FONDSLEITUNG (SCHWEIZ) AG, CH-8600 Dübendorf-Zürich, Hochbordstrasse 3,

Die Mitglieder des Verwaltungsrats wählen einstimmig Herrn Dr. Thomas Lips zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats.

Die Mandate der Mitglieder des Verwaltungsrats enden mit der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschafter der Gesellschaft des Jahres 2003.

Zweiter Beschluss

Der eingetragene Geschäftssitz der Gesellschaft ist in Luxemburg, 69, route d'Esch.

Dritter Beschluss

Zum Wirtschaftsprüfer der Gesellschaft wird PricewaterhouseCoopers, S.à r.l., 400, route d'Esch, L-1471 Luxembourg, bestellt.

Das Mandat des Wirtschaftsprüfers endet mit der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschafter der Gesellschaft des Jahres 2003.

Was hiermit beurkundet wird, geschehen und verhandelt in Luxemburg zu vorstehendem Datum.

Die Erschienenen sind dem Notar in Person mit Namen, Vornamen, Personenstand und Wohnsitz bekannt. Nachdem der Notar den Erschienenen die Verhandlung vorgelesen und erläutert hat, haben der Notar und die Erschienenen nun wie folgt unterzeichnet.

Gezeichnet: M. Bock, E. Schroeder.

Enregistré à Mersch, le 30 octobre 2001, vol. 419, fol. 84, case 8. – Reçu 50.000 francs.

Le Receveur (signé): A. Muller.

Für gleichlautende Ausfertigung, zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, erteilt.

Mersch, den 31. Oktober 2001.

E. Schroeder.

(69540/228/788) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 5 novembre 2001.

FIBLOG COMPANY S.A., Société Anonyme en liquidation.

Siège social: L-1258 Luxembourg, 32, rue Jean-Pierre Brasseur.

R. C. Luxembourg B 34.424.

L'an deux mille un, le vingt-six septembre,

Par-devant Nous, Maître Edmond Schroeder, notaire de résidence à Mersch.

S'est réunie l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de FIBLOG COMPANY SA, une société anonyme en liquidation constituée par acte du notaire Joseph Kerschen, alors de résidence à Luxembourg-Eich, le 13 juillet 1990.

Les statuts ont été modifiés les 22 août 1990, 12 janvier 1993 par actes du même notaire et par actes du notaire Paul Frieders, de résidence à Luxembourg les 29 décembre 1993, 20 juillet 1994 et 12 février 1998.

Les statuts et leurs modifications ont été publiés au Mémorial C 30, Recueil Spécial des Sociétés et Associations du 29 janvier 1991, C 74 du 16 février 1991, C 199 du 3 mai 1993, C 151 du 20 avril 1994, C 486 du 26 novembre 1994 et C 384 du 27 mai 1998.

La société est inscrite au registre de commerce près du Tribunal d'Arrondissement de Luxembourg sous le numéro B 34.424.

L'assemblée est présidée par M. Romain Thillens, réviseur d'entreprises, demeurant à Wiltz, qui désigne comme secrétaire M. Claude Arend, cadre de banque e.r., demeurant à Olm.

L'assemblée élit aux fonctions de scrutateur M. Dominique Ransquin, réviseur d'entreprises, demeurant à Luxembourg.

Il résulte d'une liste de présence et d'une procuration qui demeurera annexée au présent acte, après avoir été paraphée par le mandataire de l'actionnaire représenté et les membres du bureau, pour être soumises avec le présent acte à la formalité de l'enregistrement, que l'intégralité du capital social de cinq milliards (5.000.000.000) de Lires italiennes représenté par cinq millions (5.000.000) actions d'une valeur nominale de mille Lires chacune sont représentées et le mandataire de l'actionnaire de celles-ci déclare avoir connaissance de l'ordre du jour qui suit et accepter la tenue de l'assemblée générale extraordinaire sans convocation préalable.

L'ordre du jour de celle-ci est le suivant:

1. Approbation du projet de fusion par absorption convenu le 24 juillet 2001 devant le notaire Edmond Schroeder entre EUROTECNICA GROUP SA et FIBLOG COMPANY SA

2. Divers

Monsieur le Président expose le projet de restructuration aux termes duquel EUROTECNICA GROUP SA deviendra la tête du groupe pour toutes les participations majoritaires dans les sociétés filiales tout en maintenant un siège secondaire à Milan, sous son propre nom, suite à la fusion-absorption de FIBORG SA, le tout selon les termes du contrat de fusion acté devant le notaire instrumentant le 24 juin 2001 et publié au Mémorial C 674, Recueil des Sociétés en date du 24 août 2001 (le «Projet de Fusion»).

Le notaire instrumentant déclare avoir vérifié et attester par la présente au vœu de l'article 271 (2) de la loi du 10 août 1915 telle que modifiée par celle du 7 septembre 1987 (la «Loi de 1915») l'existence et la légalité des actes et formalités incombant à la société absorbante et à celle absorbée dans le cadre de la présente fusion, accomplie selon les dispositions de l'article 278 par une société absorbante qui est titulaire de la totalité des actions et autres titres conférant droit de vote de la société à absorber.

Après avoir délibéré sur l'ordre du jour, les actionnaires approuvent, chaque fois à l'unanimité, les résolutions suivantes:

1. L'assemblée approuve le Projet de Fusion et sa date effective au lendemain de la présente assemblée, soit le vingt-sept (27) septembre 2001.

2. L'assemblée constate qu'en vertu de l'approbation par les actionnaires du Projet de Fusion

- FIBORG COMPANY SA est dissoute sans autres formalités et la liquidation clôturée de droit;

- l'ensemble du patrimoine (activement et passivement) de FIBORG COMPANY SA est transféré à EUROTECNICA GROUP SA sans autres formalités, y inclus les 182.280 actions d'EUROTECNICA SpA actuellement détenues par la société absorbée, le tout avec extinction par compensation d'un emprunt effectué par la société absorbée auprès de la société absorbante étant entendu que 49,96% de ces 182.280 actions de EUROTECNICA SpA, soit 91.067 actions sont et restent attribuées et détenues par le siège secondaire (stable organization) de EUROTECNICA GROUP S.A. à Milan, en Italie, lequel résulte de la fusion absorption de FIBORG S.A. devenue effective ce jour.

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, l'assemblée est levée après signature du présent procès-verbal par les membres du bureau et le notaire.

Estimation des frais

Les comparants ci-dessus déclarent que les dépenses, frais, rémunérations et charges qui incomberont à la société en raison du présent acte et de sa publication s'élèveront à environ 100.000,- LUF.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, connus du notaire instrumentant par leurs nom, prénom usuel, état et demeure, ils ont signé le présent acte avec le notaire.

Signé: R. Thillens, C. Arend, D. Ransquin, E. Schroeder.

Enregistré à Mersch, le 2 octobre 2001, vol. 419, fol. 50, case 10. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): A. Muller.

Pour expédition conforme délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Mersch, le 9 octobre 2001.

E. Schroeder.

(63485/228/66) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 10 octobre 2001.

FRIE S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1233 Luxembourg, 13, rue Bertholet.

STATUTS

L'an deux mille un, le onze mai.

Par-devant Maître Alex Weber, notaire de résidence à Bascharage.

Ont comparu:

1.- La société TASWELL INVESTMENTS LTD, ayant son siège social à Tortola, P.O Box 3175, Road Town (British Virgin Islands),

ici représentée par Mademoiselle Regina Rocha Melanda, employée privée, demeurant à Dudelange,

en vertu d'une procuration donnée le 6 décembre 2000, laquelle a été déposée au rang des minutes du notaire sous-signé en vertu d'un acte de dépôt reçu en date du 11 janvier 2001;

2.- La société CARDALE OVERSEAS INC., ayant son siège social à Tortola, P.O Box 3175, Road Town (British Virgin Islands),

ici représentée par Mademoiselle Candice De Boni, employée privée, demeurant à Montigny-les-Metz (France),

en vertu d'une procuration donnée le 6 décembre 2000, laquelle a été déposée au rang des minutes du notaire sous-signé en vertu d'un acte de dépôt reçu en date du 11 janvier 2001.

Lesquels comparants, ès qualités qu'ils agissent, ont requis le notaire instrumentant de dresser acte constitutif d'une société anonyme qu'ils déclarent constituer entre eux et dont ils ont arrêté les statuts comme suit:

Titre 1^{er}.- Dénomination, Siège social, Objet, Durée

Art. 1^{er}. Il est formé une société anonyme sous la dénomination de FRIE S.A.

Art. 2. Le siège de la société est établi à Luxembourg.

Au cas où des événements extraordinaires d'ordre politique ou économique, de nature à compromettre l'activité normale au siège social ou la communication aisée de ce siège avec l'étranger se produiront ou seront imminents, le siège social pourra être déclaré transféré provisoirement à l'étranger, ou dans toute autre localité du Grand-Duché de Luxembourg, jusqu'à cessation complète de ces circonstances anormales.

La décision n'aura aucun effet sur la nationalité de la société. Pareille déclaration de transfert du siège sera faite et portée à la connaissance des tiers par l'organe de la société qui se trouvera le mieux placé à cet effet dans les circonstances données.

Art. 3. La société est constituée pour une durée indéterminée.

Art. 4. La société a pour objet la prise de participations, sous quelque forme que ce soit, dans des entreprises luxembourgeoises ou étrangères, l'acquisition par achat, souscription ou de toute autre manière, ainsi que l'aliénation par vente, échange ou de toute autre manière de titres, obligations, créances, billets et autres valeurs de toutes espèces, la possession, l'administration, le développement et la gestion de son portefeuille.

La société peut participer à la création et au développement de n'importe quelle entreprise financière, industrielle ou commerciale et prêter tous concours, que ce soit par des prêts, des garanties ou de toute autre manière à des sociétés filiales ou affiliées. La société peut emprunter sous toutes les formes et procéder à l'émission d'obligations.

D'une façon générale, elle peut prendre toutes mesures de contrôle et de surveillance et faire toutes opérations mobilières, immobilières, financières, commerciales et industrielles qu'elle jugera utiles à l'accomplissement ou au développement de son objet.

Dans l'exercice de toutes ses activités, la société pourra également, par simple décision du conseil d'administration, établir des filiales, succursales, agences ou sièges administratifs, aussi bien dans le Grand-Duché de Luxembourg, qu'à l'étranger.

Titre II.- Capital, Actions

Art. 5. Le capital social est fixé à trente et un mille euros (31.000,- EUR), représenté par trois cent dix (310) actions d'une valeur nominale de cent euros (100,- EUR) chacune.

Les actions de la société peuvent être créées au choix du propriétaire, en titres unitaires ou en titres représentatifs de plusieurs actions.

Les actions sont nominatives ou au porteur, au choix du propriétaire.

La société peut, dans la mesure où, et aux conditions auxquelles la loi le permet, racheter ses propres actions.

Titre III.- Administration

Art. 6. La société est administrée par un conseil composé de trois membres au moins, actionnaires ou non, nommés pour un terme qui ne peut excéder six ans, par l'assemblée générale des actionnaires, et toujours révocables par elle.

Le nombre des administrateurs ainsi que leur rémunération et la durée de leur mandat sont fixés par l'assemblée générale de la société.

Art. 7. Le conseil d'administration peut choisir parmi ses membres un président.

Le conseil d'administration se réunit sur la convocation du président, aussi souvent que l'intérêt de la société l'exige. Il doit être convoqué chaque fois que deux administrateurs le demandent.

Art. 8. Le conseil d'administration est investi des pouvoirs les plus étendus pour faire tous actes d'administration et de disposition qui rentrent dans l'objet social. Il a dans sa compétence tous les actes qui ne sont pas réservés expressément par la loi et les statuts à l'assemblée générale. Il est autorisé à verser des acomptes sur dividendes aux conditions prévues par la loi.

Art. 9. La société est engagée en toutes circonstances par la signature individuelle d'un administrateur, sans préjudice des décisions à prendre quant à la signature sociale en cas de délégation de pouvoirs et mandats conférés par le conseil d'administration en vertu de l'article 10 des statuts.

Art. 10. Le conseil d'administration peut déléguer la gestion journalière de la société à un ou plusieurs administrateurs qui prendront la dénomination d'administrateurs-délégués.

Il peut aussi confier la direction de l'ensemble ou de telle partie ou branche spéciale des affaires sociales à un ou plusieurs directeurs, et donner des pouvoirs spéciaux pour des affaires déterminées à un ou plusieurs fondés de pouvoirs, choisis dans ou hors son sein, actionnaires ou non.

Art. 11. Les actions judiciaires, tant en demandant qu'en défendant, sont suivies au nom de la société par le conseil d'administration, poursuites et diligences de son président ou d'un administrateur délégué à ces fins.

Titre IV.- Surveillance

Art. 12. La société est surveillée par un ou plusieurs commissaires nommés par l'assemblée générale, qui fixe leur nombre et leur rémunération, ainsi que la durée de leur mandat, qui ne peut excéder six ans.

Titre V.- Assemblée générale

Art. 13. L'assemblée générale annuelle se réunit de plein droit le quatrième vendredi du mois de mai, à 15.00 heures au siège social ou à tout autre endroit à désigner par les convocations.

Si ce jour est un jour férié légal, l'assemblée générale a lieu le premier jour ouvrable suivant.

S'il existe des titres faisant l'objet d'usufruit, le droit de vote appartient tantôt à l'usufruitier, tantôt au nu-propriétaire, selon que la délibération est de nature à porter atteinte au droit de l'usufruitier ou du nu-propriétaire.

Titre VI.- Année sociale, Répartition des bénéfices

Art. 14. L'année sociale commence le 1^{er} janvier et finit le 31 décembre de chaque année.

Art. 15. L'excédent favorable du bilan, déduction faite des charges sociales et des amortissements, forme le bénéfice net de la société. Sur ce bénéfice, il est prélevé cinq pour cent (5%) pour la formation du fonds de réserve légale; ce prélèvement cesse d'être obligatoire lorsque la réserve aura atteint le dixième du capital social, mais devrait toutefois être repris jusqu'à entière reconstitution, si à un moment donné et pour quelque cause que ce soit, le fonds de réserve avait été entamé.

Le solde est à la disposition de l'assemblée générale.

Titre VII.- Dissolution Liquidation

Art. 16. La société peut être dissoute par décision de l'assemblée générale.

Lors de la dissolution de la société, la liquidation s'effectuera par les soins d'un ou de plusieurs liquidateurs, personnes physiques ou morales, nommés par l'assemblée générale qui détermine leurs pouvoirs et leurs émoluments.

Titre VIII.- Dispositions générales

Art. 17. Pour tous les points non réglés par les présents statuts, les parties se réfèrent à la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales, et les modifications ultérieures.

Dispositions transitoires

1) Exceptionnellement, le premier exercice social comprendra tout le temps à courir de la constitution de la société jusqu'au 31 décembre 2001.

2) La première assemblée générale annuelle se tiendra en 2002.

Souscription

Les statuts de la société ayant été ainsi arrêtés, les comparants déclarent souscrire le capital comme suit:

1) La société TASWELL INVESTMENTS LTD, prénommée, une action.	1
2) La société CARDALE OVERSEAS INC., prénommée, trois cent neuf actions.	309
Total: trois cent dix actions.	310

Toutes les actions ont été entièrement libérées de sorte que la somme de trente et un mille euros (31.000,- EUR) se trouve dès à présent à la disposition de la société ainsi qu'il en a été justifié au notaire instrumentant.

Déclaration

Le notaire soussigné déclare avoir vérifié l'existence des conditions énumérées à l'article 26 de la loi sur les sociétés commerciales, et en constate expressément l'accomplissement.

Evaluation du capital social

Pour les besoins du fisc, il est déclaré que les trente et un mille euros (31.000,- EUR), représentant le capital social, équivalent à un million deux cent cinquante mille cinq cent trente-sept francs luxembourgeois (1.250.537,- LUF).

Estimation des frais

Le montant des frais, dépenses, rémunérations ou charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société ou qui sont mis à sa charge à raison de sa constitution, s'élève approximativement à soixante mille francs luxembourgeois (60.000,- LUF).

Assemblée générale extraordinaire

Les actionnaires sus-indiqués, représentant l'intégralité du capital souscrit ont immédiatement procédé à la tenue d'une Assemblée Générale Extraordinaire.

Après avoir vérifié qu'elle était régulièrement constituée, cette assemblée a adopté à l'unanimité les résolutions suivantes:

Première résolution

Le nombre des administrateurs est fixé à trois (3) et celui de commissaire aux comptes à un (1).

Deuxième résolution

Sont nommés administrateurs:

- 1) Mademoiselle Anne-Françoise Fouss, employée privée, demeurant à Arlon (Belgique);
- 2) Mademoiselle Candice De Boni, employée privée, demeurant à Montigny-les-Metz (France);
- 3) Mademoiselle Regina Rocha Melanda, employée privée, demeurant à Dudelange.

Le mandat des administrateurs prendra fin à l'issue de l'assemblée générale ordinaire statuant sur les comptes de l'exercice 2001.

Troisième résolution

A été nommé commissaire aux comptes:

Monsieur Lex Benoy, réviseur d'entreprises agréé, demeurant à Luxembourg.

Le mandat du commissaire aux comptes prendra fin à l'issue de l'assemblée générale ordinaire statuant sur les comptes de l'exercice 2001.

Quatrième résolution

Le siège social est établi à L-1233 Luxembourg, 13, rue Bertholet.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux mandataires, ils ont signé avec Nous, notaire, le présent acte.

Signé: R. Rocha Melanda, C. De Boni, A. Weber.

Enregistré à Capellen, le 18 mai 2001, vol. 421, fol. 76, case 1. – Reçu 12.505 francs.

Le Receveur (signé): J. Medinger.

Pour expédition conforme, délivrée aux parties sur demande, sur papier libre, aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Bascharage, le 25 mai 2001.

A. Weber.

(33696/236/148) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

IKOR INVESTMENT S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1840 Luxembourg, 40, boulevard Joseph II.

R. C. Luxembourg B 36.896.

L'an deux mille un, le quinze novembre.

Par-devant Maître Edmond Schroeder, notaire de résidence à Mersch.

S'est réunie l'Assemblée Générale Extraordinaire des actionnaires de la société anonyme holding IKOR INVESTMENT S.A., avec siège social à Luxembourg, constituée suivant acte reçu par Maître Jacques Delvaux, alors notaire de résidence à Esch-sur-Alzette, en date du 26 avril 1991, publié au Mémorial, Recueil Spécial des Sociétés et Associations C numéro 402 du 22 octobre 1991.

Les statuts ont été modifiés en dernier lieu suivant acte sous seing privé en date du 2 octobre 2001.

La séance est ouverte sous la présidence de Monsieur Emile Vogt, licencié ès Sciences Commerciales et Economiques, demeurant à Dalheim.

Le Président désigne comme secrétaire Madame Françoise De Wael, licenciée en sciences économiques appliquées, demeurant à Arlon (B).

L'assemblée élit comme scrutateur Monsieur Marc Neuen, fondé de pouvoirs principal, demeurant à Luxembourg.

Le Président déclare et prie le notaire d'acrier:

I.- Que les actionnaires présents ou représentés ainsi que le nombre d'actions qu'ils détiennent sont renseignés sur une liste de présence, signée par le Président, le secrétaire, le scrutateur et le notaire instrumentaire.

Ladite liste de présence ainsi que les procurations resteront annexées au présent acte pour être soumises avec lui aux formalités de l'enregistrement.

II.- Qu'il appert de cette liste de présence que toutes les actions représentant l'intégralité du capital souscrit, sont présentes ou représentées à la présente assemblée générale extraordinaire, de sorte que l'assemblée peut décider valablement sur tous les points portés à l'ordre du jour.

III.- Que l'ordre du jour de la présente assemblée est le suivant:

Ordre du Jour:

1. Réduction du capital social de la société à concurrence de EUR 18.483.532,56 pour le ramener de son montant actuel de EUR 27.033.532,56 à EUR 8.550.000 sans diminution du nombre d'actions.

2. Décision de procéder au remboursement de sa dette envers ses actionnaires par le paiement de EUR 18.483.532,56.

3. Modification subséquente du premier alinéa de l'article 5 des statuts de la société qui se lira dorénavant: «Le capital social est fixé à EUR 8.550.000,- représenté par 109.053 actions sans valeur nominale, chacune entièrement libérée.»

4. Pouvoirs conférés au conseil d'administration en exécution de ces décisions.

5. Divers.

Ces faits exposés et reconnus exacts par l'assemblée, cette dernière a pris à l'unanimité des voix, les résolutions suivantes:

Première résolution

L'assemblée décide de supprimer la valeur nominale des actions.

Deuxième résolution

L'assemblée décide de réduire le capital social à concurrence de EUR 18.483.532,56 (dix-huit millions quatre cent quatre-vingt-trois mille cinq cent trente-deux virgule cinquante-six euros) pour le ramener de son montant actuel de EUR 27.033.532,56 (vingt-sept millions trente-trois mille cinq cent trente-deux virgule cinquante-six euros) à EUR 8.550.000,- (huit millions cinq cent cinquante mille euros) par remboursement du même montant aux actionnaires.

Les annulations se feront proportionnellement aux actions détenues par tous les actionnaires.

Lors du remboursement aux actionnaires, les dispositions de l'article 69 de la loi du 10 août 1915, telle qu'amendée, devront être observées par la société.

Troisième résolution

L'assemblée confère tous pouvoirs au Conseil d'administration afin de procéder aux remboursements des actionnaires suite à la résolution qui précède.

Quatrième résolution

L'assemblée décide de modifier le premier alinéa de l'article 5 des statuts pour lui donner la teneur suivante:

«Le capital social est fixé à EUR 8.550.000,- (huit millions cinq cent cinquante mille euros) représenté par 109.053 (cent neuf mille cinquante-trois) actions sans valeur nominale, chacune entièrement libérée.»

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Frais

Le montant des frais, dépenses, rémunérations ou charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société ou qui sont mis à sa charge en raison de cet acte, s'élève approximativement à soixante-cinq mille francs luxembourgeois (65.000,- LUF).

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, tous connus du notaire par leurs nom, prénom, état et demeure, les comparants ont tous signé avec Nous, notaire, le présent acte.

Signé: E. Vogt, F. De Wael, M. Neuen, E. Schroeder.

Enregistré à Mersch, le 15 novembre 2001, vol. 420, fol. 5, case 3. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): A. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Mersch, le 15 novembre 2001.

E. Schroeder.

(72749/228/68) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2001.

OVERSEAS MEDIA INVESTMENTS S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1631 Luxembourg, 35, rue Glesener.

R. C. Luxembourg B 53.338.

Procès-verbal de la réunion du Conseil d'Administration du 15 novembre 2001

Présents à la réunion:

- Monsieur François Winandy
- Monsieur René Schmitter
- Madame Mireille Gehlen

Le Président du Conseil d'Administration constate que tous les Administrateurs sont présents et que, dès lors, il peut être valablement discuté de l'ordre du jour:

Ordre du Jour:

1. Décision sur l'opportunité d'adopter le projet de scission et de prendre toutes les mesures qui s'imposent du fait de cette adoption;
2. Pouvoirs à conférer;
3. Divers.

Après en avoir délibéré, le Conseil prend, à l'unanimité des voix, les résolutions suivantes:

Le Conseil d'Administration décide d'adopter le projet de scission tel qu'il apparaît en annexe, ce projet faisant partie intégrante du présent procès-verbal;

Conformément aux articles 290 et 307 (3) de la loi modifiée sur les sociétés commerciales, le Conseil d'Administration décide de publier le projet de scission conformément à l'article 9 de la loi modifiée sur les sociétés commerciales et de soumettre ledit projet à l'assemblée générale des actionnaires de la société OVERSEAS MEDIA INVESTMENTS S.A au moins un mois après sa publication.

Le Conseil d'Administration décide de donner pouvoir à Monsieur François Winandy de signer tous documents et d'accomplir toutes formalités au nom de la société aux fins de réaliser ces opérations et, en général, de faire tout ce qui sera nécessaire ou utile dans les circonstances.

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, le Président lève la séance.

F. Winandy / M. Gehlen / R. Schmitter

PROJET DE SCISSION DU 15 NOVEMBRE 2001

Dans un but de réorganisation par le regroupement des différentes activités stratégiques du groupe, le Conseil d'Administration de OVERSEAS MEDIA INVESTMENTS S.A, une société anonyme au capital social de GBP 80.000,00, représenté par 800 actions de valeur nominale de GBP 100,00 chacune, entièrement libérées, ayant son siège social à L-1631 Luxembourg, rue Glesener 35, inscrite au Registre de Commerce et des Sociétés à Luxembourg, section B sous le numéro 53.338, constituée suivant acte reçu par le notaire Jacques Delvaux en date du 12 décembre 1995, publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations numéro 107 du 1^{er} mars 1996, propose de procéder à la scission de la société par la constitution de deux nouvelles sociétés anonymes de droit luxembourgeois, dénommées ci-après les «nouvelles sociétés».

Les nouvelles sociétés auront chacune leur siège social à L-1631 Luxembourg, rue Glesener 35 et porteront les dénominations suivantes:

- OVERSEAS MEDIA INVESTMENTS S.A.
- OVERSEAS MEDIA TV S.A.

Le capital social de OVERSEAS MEDIA INVESTMENTS S.A. sera de GBP 60.000,00 et sera représenté par 800 actions.

Le capital social de OVERSEAS MEDIA TV S.A. sera de GBP 20.000,00 et sera représenté par 800 actions.

La scission de la société s'opère conformément aux dispositions des articles 288 et 307 de la loi modifiée du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales tels que modifiés (ci-après «la loi sur les sociétés»).

Les comptes retenus pour déterminer les conditions de l'opération sont ceux arrêtés au 9 novembre 2001.

Les actionnaires de la société sont appelés, à la date de l'Assemblée Générale Extraordinaire des actionnaires de la société (date de la scission) qui se tiendra un mois au moins après la publication du présent projet, à approuver la scission par laquelle la société transfère, par suite de sa dissolution sans liquidation, aux deux nouvelles sociétés OVERSEAS MEDIA INVESTMENTS S.A. et OVERSEAS MEDIA TV S.A, l'intégralité de son patrimoine, activement et passivement sans exception.

Sous réserve de l'approbation de l'assemblée générale des actionnaires de la société, celle-ci apportera, conformément à la section XV sous-section II de la Loi sur les Sociétés, aux deux nouvelles sociétés tous ses éléments d'actif et de passif, droits, valeurs et obligations sans exception ni réserve. En conséquence, le patrimoine de la société scindée sera intégralement dévolu aux deux nouvelles sociétés dans l'état où il se trouvera à la date de ladite scission.

D'un point de vue comptable, les opérations de la société seront considérées, à partir du 9 novembre 2001, comme accomplies pour le compte de celle des nouvelles sociétés issues de la scission à laquelle a été attribuée l'actif ou le passif sur lequel portent les opérations concernées.

En échange de l'apport de l'ensemble du patrimoine, activement et passivement, sans exception, les actionnaires de la société recevront pour une action de la société, une action dans OVERSEAS MEDIA INVESTMENTS S.A. et une action dans OVERSEAS MEDIA TV S.A., issues de la scission, sans soulte, le Conseil d'Administration avisant équitablement en cas de rompus.

En outre, l'article 307 (5) de la loi sur les sociétés est applicable à la scission, les actions de chacune des deux nouvelles sociétés étant attribuées aux actionnaires de la Société proportionnellement à leurs droits dans le capital de la Société. En ces circonstances, il est fait abstraction d'un rapport écrit d'un expert indépendant.

Les actions des nouvelles sociétés seront émises au porteur et donneront lieu à l'émission d'actions au porteur et/ou de certificats représentatifs d'actions au porteur dès que la scission sera approuvée. Les actions de la Société seront annulées le jour de l'Assemblée Générale Extraordinaire approuvant la scission.

Les nouvelles actions donneront droit au bénéfice dans les nouvelles sociétés dès le 9 novembre 2001.

Les actions des deux nouvelles sociétés donneront le droit de participer aux votes sur les bénéfices et boni de liquidation éventuels de ces sociétés dès l'approbation de la scission par l'assemblée générale des actionnaires de la société.

La société n'a émis aucune part bénéficiaire ni aucune action privilégiée. En conséquence, aucun actionnaire ne dispose de droits spéciaux et aucun titre autre que des actions n'est émis par les deux nouvelles sociétés.

Aucun avantage particulier n'est attribué au Commissaire aux Comptes, ni aux membres du Conseil d'Administration de la Société ou des sociétés bénéficiaires eu égard à l'opération de scission.

Les éléments du patrimoine total, actif et passif de la Société, tels qu'arrêtés au 9 novembre 2001 par le Conseil d'Administration, sont les suivants:

<i>Actif</i>	<i>GBP</i>	<i>Passif</i>	<i>GBP</i>
Actif immobilisé		Capitaux propres	
Immobilisations financières	4.041.538,93	Capital souscrit	80.000,00
Actif circulant		Réserves	
Créances	79.530,12	Réserve légale	8.000,00
Avoirs en banque, chèque et encaisse	400,92	Résultats reportés	3.351.608,40
	<u>79.931,04</u>		<u>3.439.608,40</u>
		Dettes	
		Autres dettes	646.672,94
		Bénéfice de la période	35.188,63
Total actif	4.121.469,97	Total passif	4.121.469,97

Les éléments du patrimoine de la Société seront repartis de la manière suivante:

Répartition

OVERSEAS MEDIA INVESTMENTS S.A.

<i>Actif</i>	<i>GBP</i>	<i>Passif</i>	<i>GBP</i>
Actif immobilisé		Capitaux propres	
Immobilisations financières	3.713.354,37	Capital souscrit	60.000,00
Actif circulant		Réserves	
Créances	57.354,36	Réserve légale	6.000,00
Avoirs en banque, chèque et encaisse	320,74	Résultats reportés	3.037.857,30
	<u>57.675,10</u>		<u>3.103.857,30</u>
		Dettes	
		Autres dettes	645.367,88
		Bénéfice de la période	21.804,29
Total actif	3.771.029,47	Total passif	3.771.029,47

OVERSEAS MEDIA TV S.A.

<i>Actif</i>	<i>GBP</i>	<i>Passif</i>	<i>GBP</i>
Actif immobilisé		Capitaux propres	
Immobilisations financières	328.184,26	Capital souscrit	20.000,00
Actif circulant		Réserves	
Créances	22.175,76	Réserve légale	2.000,00
Avoirs en banque, chèque et encaisse	80,18	Résultats reportés	313.751,10
	<u>22.255,94</u>		<u>335.751,10</u>
		Dettes	
		Autres dettes	1.305,06
		Bénéfice de la période	13.384,34
Total actif	350.440,50	Total passif	350.440,50

Suit le projet d'acte constitutif de chacune des deux nouvelles sociétés:

OVERSEAS MEDIA INVESTMENTS S.A.

Siège social: Luxembourg.

STATUTS

Art. 1^{er}. Il est formé par la présente une société anonyme sous la dénomination de OVERSEAS MEDIA INVESTMENTS S.A.

Le siège social est établi à Luxembourg. Il peut être transféré dans tout autre endroit du Grand-Duché de Luxembourg par une décision du Conseil d'Administration.

La durée de la société est indéterminée.

Art. 2. La société a pour objet la prise de participations, sous quelque forme que ce soit, dans d'autres sociétés luxembourgeoises ou étrangères, ainsi que la gestion, le contrôle et la mise en valeur de ces participations.

La société peut notamment acquérir par voie d'apport, de souscription, d'option, d'achat et de toute autre manière des valeurs immobilières et mobilières de toutes espèces et les réaliser par voie de vente, cession, échange ou autrement.

La société peut également acquérir et mettre en valeur tous brevets et autres droits se rattachant à ces brevets ou pouvant les compléter.

La société peut emprunter et accorder à d'autres sociétés dans lesquelles la société détient un intérêt, tous concours, prêts, avances ou garanties.

La société peut également procéder à toutes opérations immobilières, mobilières, commerciales, industrielles et financières, nécessaires et utiles pour la réalisation de l'objet social.

Art. 3. Le capital social est fixé à GBP 60.000,00 divisé en 800 actions de GBP 75,00 chacune.

Art. 4. Les actions sont nominatives ou au porteur, au choix de l'actionnaire.

Les actions de la société peuvent être créées au choix du propriétaire, en titres unitaires ou en certificats représentatifs de plusieurs actions.

La société pourra procéder au rachat de ses actions au moyen de ses réserves disponibles et en respectant les dispositions de l'article 49-2 de la loi de 1915.

Art. 5. La société est administrée par un conseil composé de trois membres au moins, actionnaires ou non.

Les administrateurs sont nommés pour une durée qui ne peut dépasser six ans; ils sont rééligibles et toujours révocables.

En cas de vacance d'une place d'administrateur, les administrateurs restants ont le droit d'y pourvoir provisoirement; dans ce cas l'assemblée générale, lors de sa première réunion, procède à l'élection définitive.

Art. 6. Le conseil d'administration a le pouvoir d'accomplir tous les actes nécessaires ou utiles à la réalisation de l'objet social; tout ce qui n'est pas réservé à l'assemblée générale par la loi ou les présents statuts est de sa compétence.

Le conseil d'administration peut désigner son président; en cas d'absence du président, la présidence de la réunion peut être conférée à un administrateur présent.

Le conseil d'administration ne peut délibérer que si la majorité de ses membres est présente ou représentée, le mandat entre administrateurs, qui peut être donné par écrit, télégramme, télécopieur ou télex, étant admis. En cas d'urgence, les administrateurs peuvent émettre leur vote par écrit, télégramme, télécopieur ou télex.

Les décisions du conseil d'administration sont prises à la majorité des voix; en cas de partage, la voix de celui qui préside la réunion est prépondérante. Le conseil peut déléguer tout ou partie de ses pouvoirs concernant la gestion journalière ainsi que la représentation à un ou plusieurs administrateurs, directeurs, gérants ou autres agents, actionnaires ou non.

Il peut leur confier tout ou partie de l'administration courante de la société, de la direction technique ou commerciale de celle-ci.

La délégation à un membre du conseil d'administration est subordonnée à l'autorisation préalable de l'assemblée générale.

La société se trouve engagée par la signature conjointe de deux administrateurs, ou par la seule signature de l'administrateur-délégué.

Art. 7. La surveillance de la société est confiée à un ou plusieurs commissaires, actionnaires ou non, nommés pour une durée qui ne peut dépasser six ans, rééligibles et toujours révocables.

Art. 8. L'année sociale commence le premier janvier et finit le 31 décembre de chaque année.

Art. 9. L'assemblée générale annuelle se réunit de plein droit le 1^{er} du mois de juillet à 14.00 heures au siège social ou à tout autre endroit à désigner par les convocations.

Si ce jour est férié, l'assemblée se tiendra le premier jour ouvrable suivant.

Art. 10. Les convocations pour les assemblées générales sont faites conformément aux dispositions légales. Elles ne sont pas nécessaires lorsque tous les actionnaires sont présents ou représentés, et qu'ils déclarent avoir eu préalablement connaissance de l'ordre du jour.

Le conseil d'administration peut décider que, pour pouvoir assister à l'assemblée générale, le propriétaire d'actions doit en effectuer le dépôt cinq jours francs avant la date fixée pour la réunion; tout actionnaire aura le droit de voter en personne ou par mandataire, actionnaire ou non.

Chaque action donne droit à une voix, sauf les restrictions imposées par la loi.

Art. 11. L'assemblée générale des actionnaires a les pouvoirs les plus étendus pour faire ou ratifier tous les actes qui intéressent la société.

Elle décide de l'affectation et de la distribution du bénéfice net.

Art. 12. Sous réserve des dispositions de l'article 72-2 de la loi de 1915 le conseil d'administration est autorisé à procéder à un versement d'acomptes sur dividendes.

Art. 13. La loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales et ses modifications ultérieures trouveront leur application partout ou il n'y est pas dérogé par les présents statuts.

OVERSEAS MEDIA TV S.A.

Siège social: Luxembourg.

STATUTS

Art. 1^{er}. Il est formé par la présente une société anonyme sous la dénomination de OVERSEAS MEDIA TV S.A.

Le siège social est établi à Luxembourg. Il peut être transféré dans tout autre endroit du Grand-Duché de Luxembourg par une décision du Conseil d'Administration.

La durée de la société est indéterminée.

Art. 2. La société a pour objet la prise de participations, sous quelque forme que ce soit, dans d'autres sociétés luxembourgeoises ou étrangères, ainsi que la gestion, le contrôle et la mise en valeur de ces participations.

La société peut notamment acquérir par voie d'apport, de souscription, d'option, d'achat et de toute autre manière des valeurs immobilières et mobilières de toutes espèces et les réaliser par voie de vente, cession, échange ou autrement.

La société peut également acquérir et mettre en valeur tous brevets et autres droits se rattachant à ces brevets ou pouvant les compléter.

La société peut emprunter et accorder à d'autres sociétés dans lesquelles la société détient un intérêt, tous concours, prêts, avances ou garanties.

La société peut également procéder à toutes opérations immobilières, mobilières, commerciales, industrielles et financières, nécessaires et utiles pour la réalisation de l'objet social.

Art. 3. Le capital social est fixé à GBP 20.000,00 divisé en 800 actions de GBP 25,00 chacune.

Art. 4. Les actions sont nominatives ou au porteur, au choix de l'actionnaire.

Les actions de la société peuvent être créées au choix du propriétaire, en titres unitaires ou en certificats représentatifs de plusieurs actions.

La société pourra procéder au rachat de ses actions au moyen de ses réserves disponibles et en respectant les dispositions de l'article 49-2 de la loi de 1915.

Art. 5. La société est administrée par un conseil composé de trois membres au moins, actionnaires ou non.

Les administrateurs sont nommés pour une durée qui ne peut dépasser six ans; ils sont rééligibles et toujours révocables.

En cas de vacance d'une place d'administrateur, les administrateurs restants ont le droit d'y pourvoir provisoirement; dans ce cas l'assemblée générale, lors de sa première réunion, procède à l'élection définitive.

Art. 6. Le conseil d'administration a le pouvoir d'accomplir tous les actes nécessaires ou utiles à la réalisation de l'objet social; tout ce qui n'est pas réservé à l'assemblée générale par la loi ou les présents statuts est de sa compétence.

Le conseil d'administration peut désigner son président; en cas d'absence du président, la présidence de la réunion peut être conférée à un administrateur présent.

Le conseil d'administration ne peut délibérer que si la majorité de ses membres est présente ou représentée, le mandat entre administrateurs, qui peut être donné par écrit, télégramme, télécopieur ou télex, étant admis. En cas d'urgence, les administrateurs peuvent émettre leur vote par écrit, télégramme, télécopieur ou télex.

Les décisions du conseil d'administration sont prises à la majorité des voix; en cas de partage, la voix de celui qui préside la réunion est prépondérante. Le conseil peut déléguer tout ou partie de ses pouvoirs concernant la gestion journalière ainsi que la représentation à un ou plusieurs administrateurs, directeurs, gérants ou autres agents, actionnaires ou non.

Il peut leur confier tout ou partie de l'administration courante de la société, de la direction technique ou commerciale de celle-ci.

La délégation à un membre du conseil d'administration est subordonnée à l'autorisation préalable de l'assemblée générale.

La société se trouve engagée par la signature conjointe de deux administrateurs, ou par la seule signature de l'administrateur-délégué.

Art. 7. La surveillance de la société est confiée à un ou plusieurs commissaires, actionnaires ou non, nommés pour une durée qui ne peut dépasser six ans, rééligibles et toujours révocables.

Art. 8. L'année sociale commence le premier janvier et finit le 31 décembre de chaque année.

Art. 9. L'assemblée générale annuelle se réunit de plein droit le 1^{er} du mois de juillet à 16 heures au siège social ou à tout autre endroit à désigner par les convocations.

Si ce jour est férié, l'assemblée se tiendra le premier jour ouvrable suivant.

Art. 10. Les convocations pour les assemblées générales sont faites conformément aux dispositions légales. Elles ne sont pas nécessaires lorsque tous les actionnaires sont présents ou représentés, et qu'ils déclarent avoir eu préalablement connaissance de l'ordre du jour.

Le conseil d'administration peut décider que, pour pouvoir assister à l'assemblée générale, le propriétaire d'actions doit en effectuer le dépôt cinq jours francs avant la date fixée pour la réunion; tout actionnaire aura le droit de voter en personne ou par mandataire, actionnaire ou non.

Chaque action donne droit à une voix, sauf les restrictions imposées par la loi.

Art. 11. L'assemblée générale des actionnaires a les pouvoirs les plus étendus pour faire ou ratifier tous les actes qui intéressent la société.

Elle décide de l'affectation et de la distribution du bénéfice net.

Art. 12. Sous réserve des dispositions de l'article 72-2 de la loi de 1915 le conseil d'administration est autorisé à procéder à un versement d'acomptes sur dividendes.

Art. 13. La loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales et ses modifications ultérieures trouveront leur application partout où il n'y est pas dérogé par les présents statuts.

Enregistré à Grevenmacher, le 19 novembre 2001, vol. 168, fol. 85, case 7. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): G. Schlink.

(74008/231/249) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 novembre 2001.

MALABAR INTERNATIONAL FUND, Fonds commun de placement.

Amendment to the management regulations

Upon decision of MALABAR MANAGEMENT (LUXEMBOURG) S.A., acting as management company to MALABAR INTERNATIONAL FUND (the «Fund»), the Management Regulations of the Fund are amended, with effect on 5 December 2001, as follows:

1. In Article 1. - The Fund, the second paragraph is amended and a third paragraph is added to read as follows:

«The Fund's assets may be segregated in various pools of assets (hereafter a «sub-fund»), whereby assets of each sub-fund shall be invested in accordance with a specific investment policy as set forth in Article 4 hereafter.

The Management Company may decide to issue, within each sub-fund, two or more classes of Units (each a «class» or «classes») whose assets will be commonly invested but where a specific sales and/or redemption charge structure, fee structure, taxation, minimum subscription amount, hedging policy or any other distinct feature is applied to each class. Any reference to a sub-fund includes, if the context so requires, the reference to the class or classes of Units of the relevant sub-fund.»

2. In Article 4. - The Units, the first and the second paragraphs are amended to read as follows:

«The Management Company shall issue Units in the Fund which may be of different classes within each sub-fund and the proceeds of the issue of each class within a sub-fund shall be invested, pursuant to Article 5 hereof, in a specific portfolio of securities or other assets, corresponding to specific criteria which the Management Company shall determine. In respect of each sub-fund investments shall be made in accordance with specific investment guidelines to be determined by the Management Company.

For the purpose of determining the total net assets of the Fund, the net assets attributable to each sub-fund shall, if not expressed in United States Dollars, be converted into United States Dollars. The Management Company may however calculate the net asset value per Unit of each sub-fund in other currencies.»

3. In Article 5. - Investment Policy, the second paragraph shall read:

«The Management Company shall alone be entitled to fix the date of issue of any further sub-funds and to fix their investment policy.»

4. In Article 6. - Issue of Units in the Fund, Subscription in Kind, the word «sub-fund» in the second line of the fifth paragraph shall be replaced by the word «class».

5. In Article 7. - Switching between sub-funds, a second paragraph is added and the last paragraph is amended, to read as follows:

«Unitholders may not switch Units of a class into Units of another class in the same sub-fund but only into Units of the same class of another sub-fund.

Switching between sub-funds will be effected at the Net Asset Value per Unit of the respective classes established on the relevant common Valuation Date together with the applicable foreign exchange rate at the time of switching.»

6. In Article 9. - Net asset value, the first paragraph is amended to read as follows:

«The net asset value per Unit of each class shall be expressed in the reference currency of the relevant sub-fund, and shall be computed with respect to the Units of each class by the Management Company under the supervision of the Custodian at least twice a month on dates specified in the current Prospectus («a Valuation Date»). For such purpose the net assets of the relevant sub-fund to be allocated to each class, being the value of the assets of the sub-fund corresponding to the relevant class less the liabilities attributable to such class, will be divided by the number of Units of the relevant class outstanding.»

The third paragraph is replaced by the following wording:

«The assets of a specific sub-fund are solely accountable for the liabilities, commitments and obligations of that sub-fund.»

In the sixth paragraph, the words «class of units» or «class» are replaced by the word «sub-fund».

7. In Article 13. - Business year, Auditing, the references to the first accounting year and the first report of the Fund are deleted.

8. In Article 14. - Distributions, the reference to «specific pool of assets» is replaced by the reference to «class of Units».

9. In Article 16. - Announcements, the word «sub-fund» in the first line of the first paragraph is preceded by the words «class of each».

10. In Article 17. - Duration of the Fund, Liquidation, Amalgamation, the first sentence of the fourth paragraph shall read as follows:

«By decision of the Management Company under the same circumstances as provided above for the liquidation of a sub-fund, two or more sub-funds of assets may be amalgamated and the corresponding classes of Units switched into Units of the same classes in the other sub-fund.»

12 November 2001

MALABAR MANAGEMENT (LUXEMBOURG) S.A.

as Management Company

Signatures

BANQUE PICTET (LUXEMBOURG) S.A.

as Custodian

Signatures

Enregistré à Luxembourg, le 15 novembre 2001, vol. 560, fol. 16, case 8. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(72645/260/67) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2001.

BALI S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1528 Luxembourg, 5, boulevard de la Foire.

R. C. Luxembourg B 34.315.

—
Extrait du procès-verbal de la réunion du Conseil d'Administration du 26 mars 2001

«... Après en avoir délibéré, et en vertu de l'autorisation lui accordée par l'assemblée générale, le conseil prend, à l'unanimité des voix, les résolutions suivantes:

1. Le conseil d'administration décide de supprimer la valeur nominale des actions.

2. Conformément aux dispositions de la loi du 10 décembre 1998 modifiant la loi du 10 août 1915, le conseil d'administration, décide de convertir, avec effet rétroactif au 1^{er} novembre 2000, le capital social, actuellement exprimé en francs luxembourgeois en euro, de sorte qu'il s'établisse à EUR 867.627,34 (huit cent soixante-sept mille six cent vingt-sept euros et trente-quatre cents).

3. Le conseil d'administration décide d'augmenter le capital social souscrit par incorporation de bénéfices reportés de EUR 2.372,66 (deux mille cent soixante-douze euros et soixante-six cents) de sorte qu'il s'établisse à EUR 870.000,- (huit cent soixante-dix mille euros) sans émission d'actions nouvelles.

4. Le conseil d'administration décide de modifier le premier alinéa de l'article 5 des statuts pour lui donner la teneur suivante:

«**Art. 5. 1^{er} alinéa.** Le capital souscrit est fixé à EUR 870.000,- (huit cent soixante-dix mille euros) représenté par 35.000 (trente-cinq mille) actions sans désignation de valeur nominale.»

5. Mandat est donné à chaque administrateur, agissant individuellement, afin de procéder aux écritures comptables qui s'imposent, de procéder aux inscriptions dans les registres sociaux et d'établir des statuts coordonnés suite aux résolutions de la présente...»

Luxembourg, le 4 avril 2001.

Signature.

Enregistré à Luxembourg, le 18 avril 2001, vol. 552, fol. 1, case 10. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour extrait conforme, délivré à la demande de la société aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Hesperange, le 7 mai 2001.

G. Lecuit.

(33751/220/30) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

BALI S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1528 Luxembourg, 5, boulevard de la Foire.

R. C. Luxembourg B 34.315.

—
Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Hesperange, le 7 mai 2001.

G. Lecuit.

(33752/220/9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

AXIS INVESTMENTS S.A., Société Anonyme.**Capital social: EUR 450.000,-.**

Siège social: L-1420 Luxembourg, 77, avenue Gaston Diederich.

R. C. Luxembourg B 51.116.

ALCEN S.A., Société Anonyme.**Capital social: EUR 226.235,-.**

Siège social: F-75116 Paris, 66, rue de la Pompe.

—
PROJET DE FUSION

Le 28 novembre 2001, entre:

d'une part: le conseil d'administration de ALCEN S.A., société anonyme de droit français au capital de 226.235,- Euros dont le siège social est situé 66, rue de la Pompe, 75116 Paris, immatriculée au registre du commerce et des sociétés de Paris sous le numéro B 345 252 084, représenté par Madame Laurence Théry,

ladite société désignée dans les présentes par la «Société Absorbante»,

d'autre part: le conseil d'administration de AXIS INVESTMENTS S.A., société anonyme de droit luxembourgeois au capital de 450.000,- Euros dont le siège social est situé 77, avenue Gaston Diederich, L-1420 Luxembourg, immatriculée au registre du commerce et des sociétés de Luxembourg sous le numéro B 51.116, représenté par Madame Laurence Théry,

ladite société désignée dans les présentes par la «Société Absorbée».

Les conseils d'administration des sociétés ont adopté le projet de fusion suivant regroupant les modalités et conditions de la fusion par absorption de la Société Absorbée par la Société Absorbante:

La Société Absorbante est une société anonyme française régulièrement constituée le 23 mai 1988. Son capital de 226.235,- euros est divisé en 14.840 actions de même catégorie. La société n'a émis aucune action privilégiée, ni part bénéficiaire, ni certificat d'investissement, ni obligation, ni prêt participatif.

La Société Absorbée est une société anonyme luxembourgeoise constituée suivant acte notarié en date du 4 mai 1995 publié au Mémorial C, n° 392 du 17 août 1995. Son capital de 450.000,- euros est divisé en 18.000 actions sans valeur nominale toutes de même catégorie et entièrement libérées. La société n'a émis aucune action privilégiée, ni part bénéficiaire, ni certificat d'investissement, ni obligation, ni prêt participatif.

1. La Société Absorbante est titulaire de la totalité des actions de la Société Absorbée par l'effet d'une convention d'apports de droits sociaux en date du 2 novembre 2001.

2. La Société Absorbante étant propriétaire de la totalité des 18.000 (dix huit mille) actions de la Société Absorbée, la procédure de fusion simplifiée prévue aux articles 278 et suivants de la loi luxembourgeoise sur les sociétés commerciales du 10 août 1915 est applicable. De même manière, les dispositions spécifiques aux fusions simplifiées contenues aux articles L 236-1, L 236-23 et L 236-2 du nouveau Code de commerce français sont applicables à la présente opération.

3. La date effective de la fusion sera le [] décembre 2001 (la «Date Effective»), soit la date de la réunion des actionnaires de la Société Absorbante et de la Société Absorbée en assemblée générale extraordinaire en vue d'approuver ladite fusion simplifiée.

4. Le présent projet de fusion au regard de la loi luxembourgeoise sera publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations conformément à l'article 9 de la loi luxembourgeoise du 10 août 1915. Le présent projet de fusion fera également l'objet d'une publication légale en France.

Motifs et buts de la fusion

La présente fusion est motivée par la volonté des deux sociétés et de l'actionnaire majoritaire à hauteur de 99,9% de la Société Absorbante, de procéder à une restructuration patrimoniale. En effet, le but est de regrouper en une seule entité deux sociétés ayant un objet similaire et des activités identiques d'acquisition et de gestion de participations.

Comptes servant de base à la fusion

La fusion se fera sur la base de l'actif net corrigé de la Société Absorbée, éventuellement diminué d'une provision pour perte intercalaire destinée à couvrir les pertes comptables estimées de la Société Absorbée entre le 1^{er} janvier 2001 et la date prévue de la réalisation définitive de la fusion. Les actifs et passifs réévalués sont ceux reflétés par le bilan de la Société Absorbée au 31 décembre 2000.

Approbaton des comptes

Les comptes du dernier exercice social de la Société Absorbante, clos le 31 décembre 2000, ont fait l'objet d'un rapport général du commissaire aux comptes; ils ont été approuvés par les actionnaires réunis en assemblée générale. Mais compte tenu d'une antériorité de plus de six mois à la date du dépôt de traité d'apport, le conseil d'administration a arrêté une situation comptable au 31 octobre 2001.

Les comptes du dernier exercice social de la Société Absorbée, clos le 31 décembre 2000, ont fait l'objet d'un rapport général du commissaire aux comptes; ils ont été approuvés par les actionnaires réunis en assemblée générale. Mais compte tenu d'une antériorité de plus de six mois à la date du dépôt de traité d'apport, le conseil d'administration a arrêté une situation comptable au 23 novembre 2001 qui sera disponible pendant un mois au moins avant la tenue des assemblées d'approbation par les actionnaires des sociétés fusionnantes, pour inspection par les actionnaires aux sièges sociaux. Copie intégrale ou s'il le désire, partielle des documents visés ci-dessus peut être obtenue par tout actionnaire sans frais et sur simple demande.

Apports de la Société Absorbée au titre de la fusion

La Société Absorbée apporte à la Société Absorbante sous les garanties ordinaires de fait et de droit, l'universalité de son patrimoine. Il sera dévolu à la Société Absorbante dans l'état où il se trouvera lors de la réalisation de la fusion; il comprendra tous les biens, droits et valeurs appartenant à la Société Absorbée à cette époque, sans exception; la Société Absorbante deviendra débitrice des créanciers de la Société Absorbée aux lieux et place de celle-ci, sans que cette substitution emporte novation à leur égard.

Afin d'appliquer cette procédure de fusion simplifiée il a été convenu ce qui suit:

1.- A partir de la date de la réalisation de la fusion, l'actif et le passif de la Société Absorbée seront attribués à la Société Absorbante qui en aura la propriété et la jouissance et en assumera les obligations et charges à compter de cette date;

2.- Le montant net des apports de la Société Absorbée s'élève à 1.708.714,65 euros.

3.- La Société Absorbante déclare qu'étant propriétaire de 100% des actions formant le capital de la Société Absorbée, elle renoncera, si la fusion se réalise à exercer ses droits d'actionnaire unique et qu'en conséquence, il ne sera pas procédé à l'établissement d'un rapport d'échange ni à aucune augmentation de son capital;

4.- La Société Absorbée se trouvera dissoute du seul fait de la réalisation définitive de la fusion-absorption sans qu'il y ait lieu à liquidation;

5.- Les actions de la Société Absorbée détenues par la Société Absorbante seront annulées;

6.- La date à partir de laquelle les opérations des sociétés qui fusionnent sont considérées d'un point de vue comptable et fiscal être effectuées pour le compte de la Société Absorbante est fixée rétroactivement au 1^{er} janvier 2001;

7.- La Société Absorbante sera en charge de toutes les formalités, y compris les publications prescrites par la loi, qui sont indispensables ou utiles pour la réalisation de la fusion et le transfert et l'attribution de l'actif et du passif de la Société Absorbée;

Pour autant que la loi l'exige ou qu'il soit considéré comme nécessaire ou utile, des instruments de transfert adéquats seront créés par la Société Absorbante pour réaliser le transfert et l'attribution de l'actif et du passif susvisés;

8.- Tous les livres et documents de comptabilité seront déposés au siège social de la Société Absorbante tant que la loi l'exige.

Suivent les signatures.

Signatures.

Enregistré à Luxembourg, le 28 novembre 2001, vol. 560, fol. 73, case 9. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(75950/290/94) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 28 novembre 2001.

BRIC S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2086 Luxembourg, 23, avenue Monterey.

R. C. Luxembourg B 18.475.

Le bilan au 30 juin 2000, enregistré à Luxembourg, le 21 mai 2001, vol. 553, fol. 29, case 3, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 28 mai 2001.

BRIC S.A.

Signatures

Administrateurs

(33768/795/13) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

BRIC S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2086 Luxembourg, 23, avenue Monterey.

R. C. Luxembourg B 18.475.

Extrait des résolutions prises lors de l'Assemblée Générale Statutaire du 17 octobre 2000

- la cooptation de Mademoiselle Carole Caspari, employée privée, demeurant au 159, Mühlenweg, L-2155 Luxembourg en tant qu'Administrateur en remplacement de Madame Yolande Johans, démissionnaire est ratifiée. Son mandat viendra à échéance lors de l'Assemblée Générale Statutaire de 2004.

Certifié sincère et conforme

BRIC S.A.

Signatures

Administrateurs

Enregistré à Luxembourg, le 21 mai 2001, vol. 553, fol. 29, case 3. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(33769/795/16) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

AFRIVEST S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 69, route d'Esch.
R. C. Luxembourg B 25.227.

Le bilan au 31 décembre 1998, enregistré à Luxembourg, le 23 mai 2001, vol. 553, fol. 42, case 10, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 25 mai 2001.

Pour AFRIVEST S.A., Société Anonyme Holding

DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG, Société Anonyme

P. Frédéric / C. Day-Royemans

(33729/006/13) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

AFRIVEST S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 69, route d'Esch.
R. C. Luxembourg B 25.227.

Le bilan au 31 décembre 1999, enregistré à Luxembourg, le 23 mai 2001, vol. 553, fol. 42, case 10, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 25 mai 2001.

Pour AFRIVEST S.A., Société Anonyme Holding

DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG, Société Anonyme

P. Frédéric / C. Day-Royemans

(33730/006/13) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

ALDRINE S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1212 Luxembourg, 14A, rue des Bains.
R. C. Luxembourg B 56.145.

Extrait des décisions du conseil d'administration du 15 janvier 2001

Le conseil d'administration décide le changement de siège social de la société, avec effet au 1^{er} février 2001, comme suit:

Ancien siège social: 17, boulevard Royal, L-2449 Luxembourg

Nouveau siège social: 14A, rue des Bains, L-1212 Luxembourg

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Enregistré à Luxembourg, le 14 mai 2001, vol. 553, fol. 2, case 1. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(33733/000/14) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

AKILA FINANCE S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1840 Luxembourg, 40, boulevard Joseph II.
R. C. Luxembourg B 64.632.

Extrait de l'assemblée générale extraordinaire tenue le 19 février 2001

L'assemblée décide, avec effet au 1^{er} octobre 2000, de convertir le capital de la société qui est actuellement exprimé en francs français, en euros, d'arrondir celui-ci dans les limites de 4% autorisé par la loi du 10 décembre 1998 par incorporation des résultats reportés qui au 30 septembre 2000 s'élevaient à FRF 38.759.154,67 et de supprimer la désignation de valeur nominale des actions.

Après la conversion en euros le capital s'élèverait à EUR 487.371.763, 697.

L'assemblée décide d'arrondir celui-ci à EUR 500.000.000 par incorporation de EUR 12.682.236,303 qui seront prélevés sur les résultats reportés de sorte que le premier paragraphe de l'article 5 des statuts sera modifié pour être libellé comme suit:

«Le capital souscrit et libéré est fixé à cinq cent millions d'euros (EUR 500.000.000,-) représenté par trente et un millions neuf cent soixante-neuf mille quatre cent quatre-vingt-douze (31.969.492) actions sans désignation de valeur nominale, entièrement libérées.»

Enregistré à Luxembourg, le 28 mai 2001, vol. 553, fol. 51, case 9. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(33732/550/20) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

ALMANZARA S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1212 Luxembourg, 14A, rue des Bains.
R. C. Luxembourg B 61.135.

—
Extrait des décisions du conseil d'administration du 15 janvier 2001

Le conseil d'administration décide le changement de siège social de la société, avec effet au 1^{er} février 2001, comme suit:

Ancien siège social: 17, boulevard Royal, L-2449 Luxembourg

Nouveau siège social: 14A, rue des Bains, L-1212 Luxembourg

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Enregistré à Luxembourg, le 14 mai 2001, vol. 553, fol. 2, case 1. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(33734/000/14) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

ALVAMONTE INTERNATIONAL S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2086 Luxembourg, 23, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 41.144.

—
Le bilan au 31 décembre 1997, enregistré à Luxembourg, le 21 mai 2001, vol. 553, fol. 29, case 3, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 28 mai 2001.

ALVAMONTE INTERNATIONAL S.A.

Signatures

Administrateurs

(33735/795/13) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

ALVAMONTE INTERNATIONAL S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 11, rue Aldringen.
R. C. Luxembourg B 41.144.

—
Extrait des résolutions prises lors de l'assemblée générale statutaire du 11 mai 1998

- Les mandats d'administrateur de Madame Françoise Stamet, maître en droit, L-Bertrange et de Messieurs Jean-Paul Reiland, employé privé, L-Bissen et François Mesenburg, employé privé, L-Biwer sont reconduits pour une nouvelle période statutaire de six ans jusqu'à l'assemblée générale statutaire de l'an 2004.

- Le mandat du commissaire aux comptes de la société FIN-CONTROLE S.A., Société Anonyme, Luxembourg est reconduit pour une nouvelle période statutaire de six ans jusqu'à l'assemblée générale statutaire de l'an 2004.

Certifié sincère et conforme

ALVAMONTE INTERNATIONAL S.A.

Signatures

Administrateurs

Enregistré à Luxembourg, le 21 mai 2001, vol. 553, fol. 29, case 3. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(33736/795/18) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

ANICET ALEXANDRE S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1212 Luxembourg, 14A, rue des Bains.
R. C. Luxembourg B 59.796.

—
Extrait des décisions du conseil d'administration du 15 janvier 2001

Le conseil d'administration décide le changement de siège social de la société, avec effet au 1^{er} février 2001, comme suit:

Ancien siège social: 17, boulevard Royal, L-2449 Luxembourg

Nouveau siège social: 14A, rue des Bains, L-1212 Luxembourg

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Enregistré à Luxembourg, le 14 mai 2001, vol. 553, fol. 2, case 1. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(33738/000/14) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

ANNABELLE HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2086 Luxembourg, 23, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 23.502.

Le bilan au 31 juillet 2000, enregistré à Luxembourg, le 21 mai 2001, vol. 553, fol. 29, case 3, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 28 mai 2001.

ANNABELLE HOLDING S.A.

Signatures

Administrateurs

(33739/795/13) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

APONE S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 8, boulevard Joseph II.
R. C. Luxembourg B 53.643.

Extrait des résolutions prises lors de l'assemblée générale extraordinaire du 25 mai 2001

Le conseil d'administration se compose dorénavant comme suit:

- M. H.J.J. Moors, administrateur, Bertrange,
 - M. Serguei Archinov, consultant, Luxembourg,
 - M. J.-M. Di Cino, administrateur, Dudelange,
 - PAN EUROPEAN VENTURES S.A., société anonyme, avec siège social à 8, boulevard Joseph II, L-1840 Luxembourg.
- Les mandats viendront à échéance lors de l'assemblée générale statutaire de 2006.

Luxembourg, le 25 mai 2001.

Certifié sincère et conforme

APONE S.A.

Signatures

Enregistré à Luxembourg, le 28 mai 2001, vol. 553, fol. 50, case 5. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(33741/694/19) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

ROYAL LYS INVEST S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1118 Luxembourg, 23, rue Aldringen.

STATUTS

L'an deux mille un, le neuf mai.

Par-devant Maître Gérard Lecuit, notaire de résidence à Hesperange.

Ont comparu:

1. PARKSTONE OVERSEAS CORP., ayant son siège social à Tortola, BVI, ici représentée par Mademoiselle Marie-Laure Aflalo, administrateur de sociétés, demeurant à Luxembourg, en vertu d'une procuration générale donnée, le 23 avril 2001.

Laquelle procuration restera, après avoir été signée ne varietur par les comparants et le notaire instrumentant, annexée aux présentes pour être formalisée avec elles en copie.

2. Madame Joëlle Mamane, administrateur de sociétés, demeurant à Luxembourg.

Lesquels comparants, ès qualités qu'ils agissent, ont arrêté ainsi qu'il suit les statuts d'une société anonyme qu'ils vont constituer entre eux:

Dénomination - Siège - Durée - Objet - Capital

Art. 1^{er}. Il est formé une société anonyme sous la dénomination de ROYAL LYS INVEST S.A.

Art. 2. Le siège social est établi à Luxembourg.

Il pourra être transféré dans tout autre lieu de la commune par simple décision du conseil d'administration.

Lorsque des événements extraordinaires d'ordre politique, économique ou social, de nature à compromettre l'activité normale au siège social ou la communication aisée de ce siège avec l'étranger se produiront ou seront imminents, le siège social pourra être déclaré transféré provisoirement à l'étranger, sans que toutefois cette mesure ne puisse avoir d'effet sur la nationalité de la société, laquelle, nonobstant ce transfert provisoire du siège, restera luxembourgeoise.

Art. 3. La durée de la société est illimitée.

Art. 4. La société pourra accomplir toutes opérations commerciales, industrielles ou financières, ainsi que tous transferts de biens immobiliers ou mobiliers.

La société a en outre pour objet toutes les opérations se rapportant directement ou indirectement à la prise de participations sous quelque forme que ce soit, dans toute entreprise, ainsi que l'administration, la gestion, le contrôle et le développement de ces participations.

Elle pourra notamment employer ses fonds à la création, à la gestion, à la mise en valeur et à la liquidation d'un portefeuille se composant de tous titres et brevets de toute origine, participer à la création, au développement et au contrôle de toute entreprise, acquérir par voie d'apport, de souscription, de prise ferme ou d'option d'achat et de toute autre manière, tous titres et brevets, les réaliser par voie de vente, de cession, d'échange ou autrement, faire mettre en valeur ces affaires et brevets, accorder aux sociétés auxquelles elle s'intéresse tous concours, prêts, avances ou garanties.

Art. 5. Le capital social est fixé à trente et un mille Euro (31.000,- EUR) représenté par mille (1.000) actions d'une valeur nominale de trente et un Euro (31,- EUR) chacune.

Les actions sont nominatives ou au porteur, au choix de l'actionnaire, à l'exception de celles pour lesquelles la loi prescrit la forme nominative.

Les actions de la société peuvent être créées, au choix du propriétaire, en titres unitaires ou en certificats représentatifs de plusieurs actions.

Le capital autorisé est fixé à cent vingt-quatre mille Euro (124.000,- EUR) représenté par quatre mille (4.000) actions d'une valeur nominale de trente et un Euro (31,- EUR) chacune.

Le conseil d'administration est, pendant une période de cinq ans, à partir de la publication du présent acte au Mémorial, Recueil C, autorisé à augmenter en une ou plusieurs fois le capital souscrit à l'intérieur des limites du capital autorisé. Ces augmentations du capital peuvent être souscrites et émises sous forme d'actions avec ou sans prime d'émission ainsi qu'il sera déterminé par le conseil d'administration. Le conseil d'administration est encore autorisé expressément dans le cadre du capital autorisé, à recevoir à titre de libération des actions nouvellement souscrites en dehors des apports en numéraire, des apports en nature, tels que des titres, des créances. Le conseil est encore autorisé dans le cadre du capital autorisé, à utiliser les bénéfices réservés ou reportés en vue de leur incorporation au capital. Le conseil d'administration est spécialement autorisé à procéder à de telles émissions sans réserver aux actionnaires antérieurs un droit préférentiel de souscription des actions à émettre. Le conseil d'administration peut déléguer tout administrateur, directeur, fondé de pouvoir, ou toute autre personne dûment autorisée pour recueillir les souscriptions et recevoir paiement du prix des actions représentant tout ou partie de cette augmentation de capital.

Chaque fois que le conseil d'administration aura fait constater authentiquement une augmentation du capital souscrit, il fera adapter le présent article à la modification intervenue en même temps.

Le capital autorisé et le capital souscrit de la société peuvent être augmentés ou réduits par décision de l'assemblée générale des actionnaires statuant comme en matière de modification des statuts.

La société peut, dans la mesure où et aux conditions auxquelles la loi le permet, racheter ses propres actions.

Administration - Surveillance

Art. 6. La société est administrée par un conseil composé de trois membres au moins, actionnaires ou non.

Les administrateurs sont nommés pour une durée qui ne peut dépasser six ans; ils sont rééligibles et toujours révocables.

En cas de vacance d'une place d'administrateur nommé par l'assemblée générale, les administrateurs restants ainsi nommés ont le droit d'y pourvoir provisoirement. Dans ce cas, l'assemblée générale, lors de la première réunion, procède à l'élection définitive.

Art. 7. Le conseil d'administration a le pouvoir d'accomplir tous les actes nécessaires ou utiles à la réalisation de l'objet social; tout ce qui n'est pas réservé à l'assemblée générale par la loi ou les présents statuts est de sa compétence.

Art. 8. Le conseil d'administration désigne parmi ses membres un président; en cas d'absence du président, la présidence de la réunion peut être conférée à un administrateur présent.

Le conseil d'administration ne peut délibérer que si la majorité de ses membres est présente ou représentée, le mandat entre administrateurs, qui peut être donnée par écrit, télégramme, télex ou téléfax, étant admis. En cas d'urgence, les administrateurs peuvent émettre leur vote par écrit, télégramme, télex ou téléfax.

Les décisions du conseil d'administration sont prises à la majorité des voix; en cas de partage, la voix de celui qui préside la réunion est prépondérante.

Art. 9. Le conseil peut déléguer tout ou partie de ses pouvoirs concernant la gestion journalière ainsi que la représentation de la société en ce qui concerne cette gestion à un ou plusieurs administrateurs, directeurs, gérants ou autres agents, actionnaires ou non.

La délégation à un membre du conseil d'administration est subordonnée à l'autorisation préalable de l'assemblée générale.

Art. 10. La société se trouve engagée soit par la signature collective de deux administrateurs, soit par la signature individuelle du délégué du conseil.

Art. 11. La surveillance de la société est confiée à un ou plusieurs commissaires, actionnaires ou non, nommés pour une durée qui ne peut dépasser six années, rééligibles et toujours révocables.

Année sociale - Assemblée générale

Art. 12. L'année sociale commence le premier janvier et finit le trente et un décembre.

Art. 13. Les convocations pour les assemblées générales sont faites conformément aux dispositions légales. Elles ne sont pas nécessaires lorsque tous les actionnaires sont présents ou représentés, et qu'ils déclarent avoir eu préalablement connaissance de l'ordre du jour.

Le conseil d'administration peut décider que pour pouvoir assister à l'assemblée générale, le propriétaire d'actions doit en effectuer le dépôt cinq jours francs avant la date fixée pour la réunion; tout actionnaire aura le droit de voter en personne ou par mandataire, actionnaire ou non.

Chaque action donne droit à une voix.

Art. 14. L'assemblée des actionnaires de la société régulièrement constituée représente tous les actionnaires de la société. Elle a les pouvoirs les plus étendus pour faire ou ratifier tous les actes qui intéressent la société.

Art. 15. L'assemblée générale décide de l'affectation et de la distribution du bénéfice net.

Le conseil d'administration est autorisé à verser des acomptes sur dividendes en se conformant aux conditions prescrites par la loi.

Art. 16. L'assemblée générale annuelle se réunit de plein droit le premier lundi du mois de juin à 10.00 heures dans la commune du siège social ou à tout autre endroit à désigner par les convocations. Si ce jour est un jour férié, l'assemblée se tiendra le premier jour ouvrable suivant.

Art. 17. La loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales ainsi que ses modifications ultérieures trouveront leur application partout où il n'y est pas dérogé par les présents statuts.

Dispositions transitoires

- 1) Le premier exercice social commence le jour de la constitution et se termine le 31 décembre 2001.
- 2) La première assemblée générale ordinaire annuelle se tiendra en 2002.

Souscription - Libération

Les comparants ont souscrit un nombre d'actions et ont libéré en espèces les montants suivants:

1. PARKSTONE OVERSEAS CORP., préqualifiée, neuf cent quatre-vingt-dix-neuf actions	999
2. Madame Joëlle Mamane, prénommée, une action	1
Total: mille actions	1.000

Preuve de ces paiements a été donnée au notaire instrumentant de sorte que la somme de trente et un mille Euro (31.000,- EUR) se trouve à la disposition de la société.

Déclaration

Le notaire-rédacteur de l'acte déclare avoir vérifié l'existence des conditions énumérées à l'article 26 de la loi sur les sociétés commerciales, et en constate expressément l'accomplissement.

Estimation des frais

Pour les besoins de l'enregistrement, le capital social est évalué à un million deux cent cinquante mille cinq cent trente-sept francs luxembourgeois (1.250.537,- LUF).

Le montant des frais, dépenses, rémunérations ou charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société ou qui sont mis à sa charge en raison de sa constitution s'élève approximativement à cinquante mille francs luxembourgeois (50.000,- LUF).

Assemblée Générale Extraordinaire

Et à l'instant les comparants préqualifiés, représentant l'intégralité du capital social, se sont constitués en assemblée générale extraordinaire à laquelle ils se reconnaissent dûment convoqués, et après avoir constaté que celle-ci était régulièrement constituée, ils ont pris, à l'unanimité les résolutions suivantes:

- 1.- Le nombre des administrateurs est fixé à trois et celui des commissaires à un.
- 2.- Sont appelés aux fonctions d'administrateurs:
 - a) Madame Joëlle Mamane, prénommée,
 - b) Mademoiselle Marie-Laure Aflalo, prénommée,
 - c) Monsieur Philippe Aflalo, administrateur de sociétés, demeurant à Luxembourg.
- 3.- Est appelée aux fonctions de commissaire:

MONTBRUN REVISION, S.à r.l., ayant son siège social à Luxembourg.
- 4.- Les mandats des administrateurs et commissaire prendront fin à l'issue de l'assemblée générale annuelle de 2006.
- 5.- Le siège social est fixé à L-1118 Luxembourg, 23, rue Aldringen.
6. L'assemblée autorise le conseil d'administration à conférer la gestion journalière des affaires de la société ainsi que la représentation de la société en ce qui concerne cette gestion à un ou plusieurs de ses membres.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, ceux-ci ont signé le présent acte avec le notaire.

Signé: M.-L. Aflalo, J. Mamane, G. Lecuit.

Enregistré à Luxembourg, le 15 mai 2001, vol. 129S, fol. 57, case 12. – Reçu 12.505 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour copie conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Hesperange, le 25 mai 2001.

G. Lecuit.

(33714/220/146) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

CASA ASSISTANCE, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1221 Luxembourg, 57, rue de Beggen.

Monsieur José Marques Da Cunha démissionne de sa fonction de gérant avec effet immédiat.

J. Marques Da Cunha

Pour copie conforme

A. Gross

Enregistré à Luxembourg, le 25 mai 2001, vol. 553, fol. 49, case 10. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(33779/999/11) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 mai 2001.

ARGENTINIAN INVESTMENT COMPANY,

Société d'Investissement à Capital Variable, (in liquidation).

Registered office: L-1724 Luxembourg, 33, boulevard du Prince Henri.

R. C. Luxembourg B 35.162.

Notice is hereby given that an

EXTRAORDINARY GENERAL MEETING

of shareholders of ARGENTINIAN INVESTMENT COMPANY (the «Fund») will be held at the registered office, 33, boulevard du Prince Henri, L-1724 Luxembourg on 10th December 2001 at 10.00 a.m. with the following agenda:

Agenda:

1. To hear and approve the reports of the liquidator and of the auditor on the liquidation;
2. To grant discharge to the liquidator for the performance of his duties;
3. To grant discharge to the directors in office for the performance of their duties until the date of liquidation;
4. To decide on the close of the liquidation;
5. To decide to keep the records and books of the Fund for a time of 5 years at the former registered office;
6. To note that the deposit in escrow of the liquidation proceeds, which were not distributed to the persons entitled thereto at the close of the liquidation, will be deposited with the Caisse des Consignations.

The meeting may validly deliberate without any quorum and resolutions will be passed by simple majority of the shares represented at the meeting.

Shareholders who will not be able to attend the Extraordinary General Meeting may be represented by power of proxy, which is available at the registered office of the Fund. Only Shareholders on record at 12.00 (noon) on 6 December 2001 are entitled to vote at the Meeting and at any adjournments thereof.

(04988/801/24)

On behalf of the Liquidator.

TRANSMONDIA S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2311 Luxembourg, 3, avenue Pasteur.

R. C. Luxembourg B 15.036.

Le Conseil d'Administration a l'honneur de convoquer Messieurs les actionnaires par le présent avis, à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui aura lieu le 17 décembre 2001 à 11.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Approbation des rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation du bilan et du compte de pertes et profits au 31 décembre 2000, et affectation du résultat.
3. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes pour l'exercice de leur mandat au 31 décembre 2000.
4. Divers.

I (04933/005/15)

Le Conseil d'Administration.

SPARREIN GESELLSCHAFT, Société Anonyme.

Siège social: L-1631 Luxembourg, 35, rue Glesener.

R. C. Luxembourg B 16.663.

Les Actionnaires sont priés de bien vouloir assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra au siège social de la société extraordinairement le 21 décembre 2001 à 15.00 heures avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Présentation et approbation du rapport de gestion du Conseil d'Administration.
2. Présentation et approbation du rapport du Commissaire aux Comptes.

3. Présentation et approbation du bilan et du compte de profits et pertes arrêtés au 30 juin 2001.
4. Affectation du résultat.
5. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes.
6. Elections statutaires.
7. Conversion du capital social en euros avec effet rétroactif au 1^{er} juillet 2001 suivant la procédure par la loi du 10 décembre 1998.
8. Augmentation du capital par incorporation d'une partie des résultats reportés pour le porter à EUR 2.300.000,00.
9. Modification subséquente de l'article 5 alinéa 1^{er} des statuts.
10. Divers.

I (04969/802/22)

Le Conseil d'Administration.

ALPHA INVEST S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2453 Luxembourg, 5, rue Eugène Ruppert.
R. C. Luxembourg B 36.325.

Messieurs les Actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 20 décembre 2001 à 10.30 heures au siège social.

Ordre du jour:

1. Rapport de Gestion du Conseil d'Administration et du Commissaire aux comptes.
2. Approbation du bilan et du compte de pertes et profits au 31 décembre 2000. Affectation du résultat.
3. Décharge aux administrateurs et au commissaire aux comptes.
4. Elections statutaires.
5. Divers.

I (04975/595/15)

Le Conseil d'Administration.

FLEMING SERIES II FUNDS, Société d'Investissement à Capital Variable.

Registered office: L-2633 Senningerberg, 6, route de Trèves.
R. C. Luxembourg B 39.252.

Notice is hereby given to the Shareholders of FLEMING SERIES II FUNDS («the Company»), that the

ANNUAL GENERAL MEETING

of the Company (the «Meeting» will be held at the registered office of the Company on Wednesday 19th December 2001 at 3.00 p.m., or at any adjournment thereof, for the purpose of voting upon the following agenda:

Agenda:

1. Approval of the Management's and of the Auditor's reports;
2. Approval of the financial statements for the year ended 31st July 2001;
3. Discharge of the Directors in respect of their duties carried out for the year ended 31st July 2001;
4. Election of James B. Broderick as a Director and the re-election of the following current Directors: Iain O.S. Saunders, Veit O. Schuhen, André Elvinger and Pierre Jaans;
5. Re-appointment of DELOITTE & TOUCHE S.A. as Auditors;
6. Any Other Business.

A Shareholder entitled to attend and vote at the Meeting may appoint a proxy to attend and vote on his behalf and such proxy need not be a Shareholder of the Company.

Resolutions on the agenda of the Meeting will require no quorum and will be resolved by the majority of the Shareholders attending in person or by proxy.

Holders of bearer shares who wish to attend the Meeting must deposit their bearer share certificates five business days prior to the Meeting with one of the following institutions:

- J.P. MORGAN FLEMING ASSET MANAGEMENT (EUROPE), S.à r.l., European Bank and Business Centre, 6, route de Trèves, L-2633 Senningerberg, Grand Duchy of Luxembourg.

Shareholders who cannot personally attend the Meeting are requested to use the prescribed form of proxy (available at the registered office of the Company or via the Internet Site www.jpmorganfleming.com/extra) and return it at least five business days prior to the date of the Annual General Meeting to the Company, c/o J.P. MORGAN FLEMING ASSET MANAGEMENT (EUROPE), S.à r.l., L-2888 Luxembourg.

19th November 2001.

I (04989/755/31)

By order of The Board of Directors.

INTER MULTI INVESTMENT, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-2180 Luxembourg, 5, rue Jean Monnet.
R. C. Luxembourg B 31.217.

Nous vous prions de bien vouloir assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui se tiendra au 5, rue Jean Monnet, L-2180 Luxembourg le jeudi 20 décembre 2001 à 11.30 heures et qui aura l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

«Décision de convertir le capital social en Euro et d'adapter en conséquence les articles des statuts impactés par ce changement.»

Conformément aux dispositions de la loi du 10 décembre 1998 relative à la conversion par les sociétés commerciales de leur capital en Euros, l'Assemblée délibérera valablement quelle que soit la partie du capital représentée et les points de l'ordre du jour seront approuvés à la majorité simple des actionnaires présents ou représentés.

La présente convocation et une formule de procuration sont envoyées au moins 8 jours avant l'Assemblée, à tout propriétaire d'actions nominatives à son adresse portée au registre des actionnaires.

Pour avoir le droit d'assister ou de se faire représenter à cette Assemblée, les propriétaires d'actions au porteur sont priés de déposer leurs titres, cinq jours francs avant l'Assemblée aux guichets de BNP PARIBAS LUXEMBOURG, 10A, boulevard Royal, L-2093 Luxembourg où des formules de procuration sont disponibles.

Le projet de texte des statuts coordonnés comprenant les changements proposés est à la disposition des actionnaires au siège de la Société.

I (04974/755/23)

Le Conseil d'Administration.

RESSORDI S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1820 Luxembourg, 12-16, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 57.367.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra à Luxembourg, 12-16, avenue Monterey, le 20 décembre 2001 à 14.00 heures pour délibérer sur l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation du bilan, du comptes de pertes et profits et affectation des résultats au 30 décembre 2000.
3. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes quant à l'exercice sous revue.
4. Election statutaire.
5. Divers.

I (05000/029/16)

Le Conseil d'Administration.

UNI HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue de la Porte-Neuve.
R. C. Luxembourg B 31.745.

L'Assemblée Générale Extraordinaire convoquée pour le 26 novembre 2001 à 11.00 heures, n'ayant pu se tenir dans les conditions requises par l'Article 67 alinéa 2 de la loi sur les Sociétés Commerciales,

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui se tiendra le mardi 8 janvier 2002 à 10.00 heures au siège social avec pour

Ordre du jour:

1. Changement de la monnaie d'expression du capital social de la société de BEF en EUR avec effet au 1^{er} janvier 2001, au cours de 1,- euro pour 40,3399 BEF, le nouveau capital de la société s'élevant à quatre cent quatre-vingt-quinze mille sept cent quatre-vingt-sept euros et cinq cents (EUR 495.787,05).
2. Augmentation du capital social de la société pour le porter de son montant actuel de quatre cent quatre-vingt-quinze mille sept cent quatre-vingt-sept euros et cinq cents (EUR 495.787,05) à cinq cent mille euros (500.000,- EUR) par incorporation d'une partie des résultats reportés à concurrence de quatre mille deux cent douze euros et quatre-vingt-quinze cents (4.212,95 EUR).
3. Instauration d'un nouveau capital autorisé d'un montant de EUR 4.000.000,- par la création de 16.000 actions nouvelles sans désignation de valeur nominale, jouissant des mêmes droits et avantages que les actions existantes.
4. Modifications afférentes de l'article 5 des statuts.
5. Ajout d'un paragraphe à l'article 6 des statuts qui aura désormais la teneur suivante:

«En cas de vacance d'une place d'administrateur nommé par l'Assemblée Générale, les administrateurs restants ainsi nommés ont le droit d'y pourvoir provisoirement. Dans ce cas, l'Assemblée Générale, lors de la première réunion, procède à l'élection définitive.»

6. Suppression de la dernière phrase de l'article 9 des statuts.

7. Modification de l'article 10 des statuts pour lui donner la teneur suivante:

«**Art. 10.** L'assemblée générale se réunit de plein droit le deuxième mercredi du mois d'avril à quinze heures au siège social ou à tout autre endroit à désigner par les avis de convocation.»

8. Modification du dernier paragraphe à l'article 12 des statuts pour lui donner la teneur suivante:

«Le Conseil d'administration pourra verser des acomptes sur dividendes sous l'observation des règles y relatives.»

9. Suppression de l'article 14 des statuts.

Pour assister ou être représentés à cette assemblée, Messieurs les actionnaires sont priés de déposer leurs titres cinq jours francs avant l'Assemblée au siège social.

I (04994/755/35)

Le Conseil d'Administration.

LUX-CROISSANCE, SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: Luxembourg, 1, place de Metz.

R. C. Luxembourg B 38.527.

Mesdames, Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

L'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui sera tenue dans les locaux de la BANQUE ET CAISSE D'EPARGNE DE L'ETAT, LUXEMBOURG à Luxembourg, 1, rue Zithe, le lundi 10 décembre 2001 à 11.00 heures et qui aura l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Recevoir le rapport du Conseil d'Administration et le rapport du Réviseur d'Entreprises pour l'exercice clos au 30 septembre 2001.
2. Recevoir et adopter les comptes annuels arrêtés au 30 septembre 2001; affectation des résultats.
3. Donner quitus aux Administrateurs.
4. Nominations statutaires.
5. Nomination du Réviseur d'Entreprises.
6. Divers.

Les propriétaires d'actions au porteur désirant être présents ou représentés à l'Assemblée Générale devront en aviser la Société et déposer leurs actions au moins cinq jours francs avant l'Assemblée aux guichets d'un des établissements ci-après:

BANQUE ET CAISSE D'EPARGNE DE L'ETAT, LUXEMBOURG

BANQUE RAIFFEISEN S.C.

Les propriétaires d'actions nominatives inscrits au registre des actionnaires en nom à la date de l'Assemblée sont autorisés à voter ou à donner procuration en vue du vote. S'ils désirent être présents à l'assemblée Générale, ils doivent en informer la Société au moins cinq jours francs avant.

Des formules de procuration sont disponibles au siège social de la Société.

Les résolutions à l'ordre du jour de l'Assemblée Générale Ordinaire ne requièrent aucun quorum spécial et seront adoptées si elles sont votées à la majorité des voix des actionnaires présents ou représentés.

II (04872/755/29)

Le Conseil d'Administration.

EUROPA-BUS A.G., Aktiengesellschaft.

Gesellschaftssitz: L-9292 Diekirch, 4, rue Wathlet.

Die Aktionäre sind gebeten an der

ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG

der Gesellschaft für das Rechnungsjahr 2000, welche am Montag den 10. Dezember 2001 um 10.00 Uhr am Hauptsitz der Gesellschaft stattfindet, teilzunehmen.

Die Tagesordnung lautet wie folgt:

Tagesordnung:

1. Bericht des Verwaltungsrates und Bericht des Rechnungskommissars;
2. Erläuterung der Bilanz und der Gewinn und Verlustkonten per 31. Dezember 2000;
3. Entlastung der Verwaltungsräte;
4. Umwandlung der Devise des Gesellschaftskapitals;
5. Aufhebung des Nominalwertes der Aktie;
6. Anpassung des Artikel 5 der Statuten;
7. Verschiedenes.

II (04883/561/18)

Der Verwaltungsrat.

ISPI S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1930 Luxembourg, 12, avenue de la Liberté.
R. C. Luxembourg B 41.846.

Les Actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

des actionnaires qui se tiendra au siège social de la société à Luxembourg (Grand-Duché de Luxembourg), 12, avenue de la Liberté, le 17 décembre 2001 à 11.00 heures, pour délibérer sur l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Changement de la dénomination sociale de ISPI S.A. en ISPI HOLDING S.A. et modification subséquente de l'article 1^{er} des statuts de la société pour lui donner la nouvelle teneur suivante:
Art. 1^{er}. Il existe une société anonyme holding sous la dénomination de ISPI HOLDING S.A.
2. Conversion du capital social actuel d'un montant de LUF 38.750.000,- (trente-huit millions sept cent cinquante mille Francs Luxembourgeois) représenté par 77.500 (soixante-dix-sept mille cinq cents) actions d'une valeur nominale de LUF 500,- (cinq cent Francs Luxembourgeois) chacune en Euro au cours de change fixe entre le Franc Luxembourgeois et l'Euro de sorte que le capital social s'établisse après conversion à EUR 960.587,41 (neuf cent soixante mille cinq cent quatre-vingt-sept Euros et quarante et un Cents), avec effet au 1^{er} janvier 2001;
3. Augmentation du capital social souscrit obtenu après conversion par incorporation des résultats reportés à concurrence d'un montant de EUR 8.162,59 (huit mille cent soixante-deux Euros et cinquante-neuf Cents) en vue de le porter de son montant actuel converti de EUR 960.587,41 (neuf cent soixante mille cinq cent quatre-vingt-sept Euros et quarante et un Cents) à EUR 968.750,- (neuf cent soixante-huit mille sept cent cinquante Euros), sans émission d'actions nouvelles mais par la seule augmentation du pair comptable des 77.500 (soixante-dix-sept mille cinq cents) actions existantes.
4. Instauration d'un capital autorisé de EUR 1.281.250,- (un million deux cent quatre-vingt-un mille deux cent cinquante Euros) divisé en 102.500 (cent deux mille cinq cents) actions d'une valeur nominale de EUR 12,50 (douze Euros et cinquante Cents) chacune, avec pouvoir au conseil d'administration, pendant une période de cinq ans prenant fin le 26 octobre 2006, à augmenter en une ou plusieurs fois le capital souscrit à l'intérieur des limites du capital autorisé. Ces augmentations du capital peuvent être souscrites et émises sous forme d'actions avec ou sans prime d'émission, à libérer en espèces, en nature ou par compensation avec des créances certaines, liquides et immédiatement exigibles vis-à-vis de la société, ou même par incorporation de bénéfices reportés de réserves disponibles ou de primes d'émission, ainsi qu'il sera déterminé par le conseil d'administration.
5. Autorisation au conseil d'administration de déléguer tout administrateur, directeur, fondé de pouvoir, ou toute autre personne dûment autorisée, pour recueillir les souscriptions et recevoir le paiement du prix des actions représentant tout ou partie de la ou des augmentations de capital et autorisation au conseil d'administration de faire constater authentiquement chaque augmentation du capital social et de faire adapter, en même temps, l'article 5 des statuts aux changements intervenus.
6. Modification de l'article 5 des statuts pour l'adapter aux résolutions prises sur base de l'agenda.
7. Divers

Une première assemblée a eu lieu en date du 26 octobre 2001, laquelle n'a pas pu délibérer valablement faute de quorum de présence.

Les actionnaires sont avisés que l'Assemblée présentement convoquée pourra valablement délibérer sans quorum de présence et les résolutions pour être valables devront réunir les deux tiers au moins des voix des actionnaires présents ou représentés.

II (04785/000/45)

Le Conseil d'Administration.

LUX-EQUITY, SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: Luxembourg, 1, place de Metz.
R. C. Luxembourg B 45.423.

Mesdames, Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui sera tenue dans les locaux de la BANQUE ET CAISSE D'EPARGNE DE L'ETAT, LUXEMBOURG à Luxembourg, 1, rue Zithe, le jeudi 13 décembre 2001 à 11.00 heures et qui aura l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Recevoir le rapport du Conseil d'Administration et le rapport du Réviseur d'Entreprises pour l'exercice clos au 30 septembre 2001.
2. Recevoir et adopter les comptes annuels arrêtés au 30 septembre 2001; affectation des résultats.
3. Donner quitus aux Administrateurs.
4. Nominations statutaires.
5. Nomination du réviseur d'entreprises.
6. Divers.

Les propriétaires d'actions au porteur désirant être présents ou représentés à l'Assemblée Générale devront en aviser la Société et déposer leurs actions au moins cinq jours francs avant l'Assemblée aux guichets d'un des établissements ci-après:

BANQUE ET CAISSE D'EPARGNE DE L'ETAT, LUXEMBOURG
BANQUE RAIFFEISEN S.C.

Les propriétaires d'actions nominatives inscrits au registre des actionnaires en nom à la date de l'Assemblée sont autorisés à voter ou à donner procuration en vue du vote. S'ils désirent être présents à l'assemblée Générale, ils doivent en informer la Société au moins cinq jours francs avant.

Des formules de procuration sont disponibles au siège social de la Société.

Les résolutions à l'ordre du jour de l'Assemblée Générale Ordinaire ne requièrent aucun quorum spécial et seront adoptées si elles sont votées à la majorité des voix des actionnaires présents ou représentés.

II (04874/755/29)

Le Conseil d'Administration.

MARRIE, Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 3B, boulevard du Prince Henri.
R. C. Luxembourg B 17.798.

Messieurs les Actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

de la société qui se tiendra le *11 décembre 2001* à 11.00 heures au siège avec pour

Ordre du jour:

- Rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire;
- Approbation du bilan et du comptes de Profits et Pertes arrêtés au 30 septembre 2001;
- Affectation du résultat au 30 septembre 2001;
- Quitus aux administrateurs et au commissaire;
- Divers.

Pour assister à cette Assemblée, Messieurs les Actionnaires, sont priés de déposer leurs titres cinq jours francs avant l'Assemblée au Siège Social.

Signature

Le Conseil d'Administration

II (04896/531/19)

CENTROBANK, SICAV, Investmentgesellschaft mit variablem Kapital.

Gesellschaftssitz: L-2097 Luxembourg, 26, rue du Marché-aux-Herbes.
H. R. Luxemburg B 71.399.

Die Anteilhaber der CENTROBANK, SICAV werden hiermit zur

ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG

eingeladen, die am *10. Dezember 2001* um 14.00 Uhr in den Geschäftsräumen der Gesellschaft, 26, rue du Marché-aux-Herbes, L-2097 Luxembourg, stattfindet.

Tagesordnung:

1. Bericht des Verwaltungsrates über das Geschäftsjahr vom 3. September 1999 bis zum 30. September 2000.
2. Vorlage und Feststellung des Jahresabschlusses zum 30. September 2000. Bericht über die satzungsgemässe Gewinnverwendung sowie Genehmigung durch die Gesellschafterversammlung.
3. Beschluss über die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates.
4. Wahlen zum Verwaltungsrat.
5. Wahl des Wirtschaftsprüfers.
6. Sonstiges.

Zur Teilnahme an der ordentlichen Gesellschafterversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Anteilhaber berechtigt, die bis spätestens 3. Dezember 2001 die Depotbestätigung eines Kreditinstitutes bei der Gesellschaft einreichen, aus der hervorgeht, dass die Anteile bis zur Beendigung der Gesellschafterversammlung gesperrt gehalten werden. Anteilhaber können sich auch von einer Person vertreten lassen, die hierzu schriftlich oder durch Fernschreiben, Telegramm oder Telefax bevollmächtigt ist.

Gemäss Artikel 23 der Satzung der Gesellschaft vertritt die ordnungsgemäss einberufene Gesellschafterversammlung sämtliche Anteilhaber. Die Anwesenheit einer Mindestzahl von Anteilhaber ist nicht erforderlich. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der vertretenen Anteile gefasst.

Luxemburg, im November 2001.

II (04901/016/27)

Der Verwaltungsrat.

RAWI S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 5, boulevard de la Foire.
R. C. Luxembourg B 40.316.

Messieurs les actionnaires sont priés de bien vouloir assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra extraordinairement à l'adresse du siège social, le 12 décembre 2001 à 11.00 heures, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du Jour:

1. Présentation des comptes annuels au 31 décembre 1999, ainsi que les rapports du conseil d'administration et des rapports du commissaire aux comptes.
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 1999.
3. Décharge à donner aux administrateurs et au commissaire aux comptes.
4. Nominations statutaires.
5. Décision à prendre en vertu de l'article 100 de la loi sur les sociétés commerciales.
6. Autorisation au Conseil d'Administration dans le cadre de la loi du 10 décembre 1998, de procéder aux formalités de conversion du capital social (et du capital autorisé) en EUR, d'augmenter le capital social (et le capital autorisé), d'adapter ou de supprimer la désignation de valeur nominale des actions et d'adapter les statuts en conséquence.
7. Divers.

II (04902/534/21)

Le Conseil d'Administration.

D.B.C., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 5, boulevard de la Foire.
R. C. Luxembourg B 30.709.

Messieurs les actionnaires sont priés de bien vouloir assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra extraordinairement à l'adresse du siège social, le 12 décembre 2001 à 10.00 heures, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du Jour:

1. Présentation des comptes annuels au 31 décembre 1999, ainsi que les rapports du conseil d'administration et des rapports du commissaire aux comptes.
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 1999.
3. Décharge à donner aux administrateurs et au commissaire aux comptes.
4. Nominations statutaires.
5. Autorisation au Conseil d'Administration dans le cadre de la loi du 10 décembre 1998, de procéder aux formalités de conversion du capital social (et du capital autorisé) en EUR, d'augmenter le capital social (et le capital autorisé), d'adapter ou de supprimer la désignation de valeur nominale des actions et d'adapter les statuts en conséquence.
6. Divers.

II (04903/534/20)

Le Conseil d'Administration.

LOCAFER S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 5, boulevard de la Foire.
R. C. Luxembourg B 9.595.

Messieurs les actionnaires sont priés de bien vouloir assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui se tiendra devant notaire le 7 décembre 2001 à 14.00 heures au siège social avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du Jour:

1. Modification du statut de la société qui n'aura plus désormais celui d'une société holding défini par la loi du 31 juillet 1929
2. Le cas échéant, modification de l'article 4 des statuts en omettant la dernière partie de la dernière phrase qui fait référence à la loi du 31 juillet 1929.

II (04927/534/14)

Le Conseil d'Administration.
